

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 11. Juni 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3,00 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich 26 Bfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Bfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepalte Kolonelle ober deren Raum 40 Bfg., für politische und gewerkschaftliche Belegblätter und Besammlungs-Anzeigen 25 Bfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 10 Bfg., jedes weitere Wort 5 Bfg. über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Reaktionäres aus Württemberg.

Man schreibt uns aus Stuttgart vom 9. d. M.: Gestern und heute war in den beiden Kammern der württembergischen Landtage die Reaktion triumphal. Die Kammer der Abgeordneten beriet über die sozialpolitischen Anträge, welche von der sozialdemokratischen Fraktion zur Verbesserung der Lage der Staatsbahnen eingebracht waren. Die Anträge forderten die Abschaffung der Accordarbeit und die Einführung des Reunhunderttages in den Werkstätten der Staatsbahnen. Sie stießen auf den Widerstand nicht nur seitens der Regierung, sondern auch aller bürgerlichen Parteien. Die Hauptredner gegen die Anträge waren die Demokraten Schidhardt und Henning, die die abgegriffensten Einwände gegen die durchaus nicht übertriebenen Forderungen erhoben. Insbesondere qualte sie die Sorge, daß die Begehrlichkeit der Arbeiter der Privatindustrie geweckt werden könnte, wenn die Staatswerkstätten mit der Verkürzung der Arbeitszeit den Anfang machen. Suchten die parlamentarischen Vertreter der süddeutschen Demokratie durch einige billige und zu nichts verpflichtende Phrasen immerhin noch den Schein der Arbeiterfreundlichkeit zu wahren, so läßt ihr Presseorgan, der „Beobachter“, auch die letzte Hülle fallen, indem er heute ganz nach Scharfmacherart darauf hinweist, die Staatsarbeiter hätten niemals Unzufriedenheit mit ihrer Lage gezeigt, und das Vorgehen der Sozialdemokraten in diesem Fall sei ein Schulbeispiel dafür, wie von außen künstlich Unzufriedenheit in die Reihen zufriedener Arbeiter hineingetragen werde. Trotz einer ausgezeichneten, von gründlicher Beherrschung des Stoffes zeugenden Rede des Genossen Hildebrand wurde der sozialdemokratische Antrag, die Forderungen betreffend Abschaffung der Accordarbeit und Verkürzung der Arbeitszeit der Regierung „zur Verächtlichung“ zu überweisen, mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Im Mittelpunkt des Interesses aber steht das Scheitern der Schulvorlage in der Ersten Kammer. Was zu erwarten war, ist eingetreten: die Standesherrn haben gestern das von der Regierung geforderte kleine Jugendstudium, die Schulinspektion nicht mehr als ein Monopol der Geistlichkeit zu reservieren, sondern auch „auf christlichem Boden stehenden Pädagogen“ den Weg zur Schulinspektion frei zu machen, abgelehnt. Vergebens beschworen die Minister v. Weizsäcker und v. Breiting mit beweglichen Worten die katholischen Standesherrn, von ihrem Widerstande abzulassen; vergebens versicherten die Minister, daß auch nach Durchführung der „Reform“ die Konfessionalität des Unterrichts keinerlei Ansehung erfahren werde, und daß nur in dem Falle, wo geeignete geistliche Inspektoren nicht zu finden seien, Laien herangezogen werden würden. Fürst Duadt erklärte namens der katholischen Fürsten und Prinzen, es handle sich für sie um eine Gewissensfrage, jedes weitere Verhandeln sei überflüssig. Was habe, meinte er, Sachkenner von den angeblich besseren Schulverhältnissen? Das Resultat sei, daß mit einer einzigen Ausnahme lauter Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt wurden. Nach einer kurzen, aber lebhaften Debatte, in deren Verlauf sämtliche sechs von der Regierung ernannten „Lebenslänglichen“ Mitglieder der Ersten Kammer das Wort für den Regierungsentwurf ergriffen, wurde bei der Abstimmung ein Antrag Duadt mit 13 gegen 11 Stimmen angenommen, der die Laien von der Schulaufsicht ausschließt. Der Ministerpräsident v. Breiting gab hierauf die Erklärung ab, daß unter solchen Umständen der Rest des Entwurfs für ihn keinen Wert mehr habe und er die Vorlage zurückziehe.

Die Majorität, die sich gegen die Vorlage ergab, war gar nicht im Hause anwesend. Nur sieben von den zwölf katholischen Fürsten bemühten sich persönlich zu der Sitzung; die fünf übrigen verwandelten sich in sogenannte „Geisterstimmen“, das heißt, sie überrückten ihr Stimmrecht an ihre gesinnungsverwandten Kollegen. Zur Majorität schlug sich ein einziger Evangelischer, der holländische Graf Bentinck, ein. Dieser, der jährlich kaum vier Wochen in Deutschland verbringt, seinen ständigen Wohnsitz in Holland hat, aber als „geborener“ Gesetzgeber von Württemberg sein Stimmrecht ausübt, wenn Rot an Mann ist.

Die Niederlage der Regierung ist ihre eigene Schuld. Ihre Halbheit und Jaghaftigkeit ließ den adeligen Herren den Kammern schwellen. Ein gut Teil der Schuld trifft aber auch die württembergische Demokratie, die seit Jahren nur Hohn und Spott für die Sozialdemokratie hat, wenn sie den rücksichtslosen Kampf gegen die Erste Kammer predigte. Noch bei den letzten Landtagswahlen, wo die Sozialdemokratie die Forderung der Beseitigung der Ersten Kammer in den Vordergrund stellte, höhnten Führer der Volkspartei, die Sozialdemokratie möge doch einen „Weg“ zeigen, wie das möglich sei.

Und im Vorjahre wurde mit Zustimmung der Volkspartei die Steuerreform Gesetz, welche der Ersten Kammer ein Steuerbewilligungsrecht verschaffte, das sie bisher nicht besaß. Es steht daher der süddeutschen Demokratie schlecht an, wenn sie heute wegen der gestrigen Abstimmung Wehe über die Erste Kammer ruft. Wer soll an den Ernst ihres wilden, teutschen Manneswortes glauben? Die durchlauchtigen Herren haben diese Steifenheiten ganz richtig eingeschätzt, wenn sie ohne viel Federlesen ihnen die schallende Ohrfeige der Verwerfung der Schulvorlage verfeigten. Denn die Schulvorlage war kein Regierungselaborat, sondern ebenfalls ein Produkt volksparteilicher Halbheit. Die Volksparteiler stimmten bei der Beratung der Vorlage in der Kammer der Abgeordneten gegen die von den Sozialdemokraten eingebrachten Anträge, die eine wirkliche Reform der Schule be-

zweckten; sie stimmten gegen alle völlige Beseitigung der kirchlichen Schulaufsicht, weil sie „nicht Utopien nachjagen, sondern nur das Erreichbare fordern“ wollten. Nun haben sie zum wohlverdienten Spott ob ihrer matten Feigherzigkeit auch den Schaden.

Auch der billige Kniff, die drei katholischen, dem Königshause angehörigen Prinzen als die eigentlichen Wisselthäter hinzustellen, weil sie der Abstimmung ferngeblieben sind, ist kennzeichnend für die volksparteiliche Demagogie, die nicht wagt, ernsthaft mit der Institution der Ersten Kammer selbst anzubinden und sich an eine zufällige Nebenursache klammert. Der Sozialdemokratie aber werden die beiden Abstimmungen in den beiden Kammern Anlaß zu einem kräftigen agitatorischen Vorstoß gegen die geistige und wirtschaftliche Reaktion bieten; insbesondere der Kampf gegen die Erste Kammer wird mit aller Schärfe wieder aufgenommen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Juni.

„Rhinozeros“?

Freiherr v. Mirbach hält die Sozialdemokraten für Rhinozerosse. Wir selbst kennen den Kammerherrn der Kaiserin persönlich aus seiner Zeugnenschaft beim Kaiserinselekt. Weiläufig: Wie natürlich und selbstverständlich erscheint doch dieser Höfungsplan der Kaiserin, die von den Verstorbenen des Aus-der-Welt-Schwagens als unerhörteste Ausgeburt toller Abenteuerlichkeit zu Unrecht und zum Teil auch wider besseres Wissen verhöhnt wurde, neben der „Konto-Katze“ der Pommernbank! Freiherr v. Mirbach machte damals auf und nicht den Eindruck gerade überragender Intelligenz. Immerhin schien er doch durchaus versorgungsfähig und nicht als ein Sozialdemokrat nach seiner kammerherrlichen Vorstellung.

Auch der Pommernbankdirektor Schulz, der am Mittwoch den Wunsch zu haben schien, der Freiherr v. Mirbach möge unter seinem Zeugneseid ihn, den Angeklagten, als diskreten Ehrenmann anerkennen, hat offenbar keine geringe Meinung von der geistigen Begabung des Kammerherrn der Kaiserin, sonst würde er nicht bei ihm ein so feines Verständnis für die zartesten Andeutungen seiner Verteidigung vorausgesetzt haben. Anders der Geheimrat Dudge. Er äußerte über die Verführung des Freiherrn v. Mirbach Anschauungen, nach denen, wenn sie zutreffend wären, der unselige Kammerherr wirklich das sein müßte, wofür er die Sozialdemokraten hält. Ja, wir glauben sogar, daß ein einigermaßen normales Rhinozeros sich durch den Vorwurf solcher Vertrauenslosigkeit beleidigt fühlen würde.

Aber Herr Dudge, den ein merkwürdiges Geschick zu tieferen Einbliden in die Hintergründe der frommen Sitte und zu Auslagen über seine Wissenschaft plötzlich bestimmte, sagte von dem Freiherrn v. Mirbach nach unsern kenographischen Aufzeichnungen: „Wenn das wahr ist, was ich ermittelt habe...“ so hat der Herr Angeklagte, wie er seinen gesamten Aufsichtskreis und seine Mitdirektoren durch seine außerordentliche Geschäftsgewandtheit und Beredsamkeit fasziniert hat, auch einen vornehmen, hochgestellten Mann über seinen und seiner Bank Reichtum irreführt und vorgegeben, daß er in der Lage sei, im großen Maßstabe Wohltätigkeit großen Stils zu üben, und daß er sie üben könne und üben wolle.“

Ist diese Auffassung des Geheimrats Dudge möglich? Kann man an so viel Leichtgläubigkeit, so viel Beschränktheit glauben? Oder muß man nicht vielmehr zu der milderen Auffassung kommen, daß der Kammerherr der Kaiserin vorübergehend durch „Satans Lüge“ vertortelt worden war?

Die Frage ist bisher nicht erörtert worden: Was man dem allgemein über die Pommernbank dachte zu jener Zeit, als Freiherr v. Mirbach über den Empfang Hunderttausender quittierte?

Vom 11. bis 16. Oktober 1900 sind 350 000 M. auf das Konto des Freiherrn v. Mirbach bei der Pommernbank eingezahlt. In diesen selben Tagen wurde die Pommernbank Hofbank. Abgehoben wurden von diesem Konto 25 000 M. am 3. November 1900, 327 333,30 M. am 28. Dezember 1900.

In diesen selben Oktobertagen 1900 aber geschah noch etwas anderes, und dieses andre Ereignis macht es geradezu zur Unmöglichkeit, daß selbst ein unwissendes Kind noch an den strahlenden Glanz von Hypothekenbanken glauben konnte, geschweige denn der erfahrene Kammerherr der Kaiserin.

Ueber die Unsolidität der Hypothekenbanken war man schon unterrichtet, seitdem der junge Gelehrte Dr. Voigt 1899 den Verleumdungsschwindel nachgewiesen hatte. Immerhin blieb diese Kenntnis in engeren Kreisen, und man braucht nicht anzunehmen, daß ein Hofherr gelehrte Schriften liest. Aber am 21. August 1900 begann die „Frankfurter Zeitung“ ihre Artikel gegen die Sanden-Banken. Und diese erregten allgemeine Aufmerksamkeit, und sie können auch dem Herrn v. Mirbach nicht entgangen sein, der von ihm verwaltete Vermögen dort angelegt hatte! Man pflegt sich doch für die Banken zu interessieren, bei denen man Gelder stehen hat!

Da die Sanden-Banken auf die Angriffe nicht reagierten, wurde das Publikum mißtrauisch. Und in denselben Oktobertagen 1900, da auf das Konto des Herrn v. Mirbach die Hunderttausende eingezahlt wurden und die Pommernbank durch den Hofstiel vergoldet wurde, trat jener unaufhaltsame Sturz der Sandenpapiere ein, der bald zum Zusammenbruch führte! Schon am 26. und 28. November 1900 kam es zu jenen stürmischen Generalversammlungen über die Sandenbanken, in denen der Untergang für jeden klar vor Augen stand.

Und Herr v. Mirbach war über den Stand der Sandenbanken ausgezeichnet unterrichtet, so gut, daß er noch vor der Katastrophe das dort angelegte Vermögen der Kaiserin rechtzeitig retten konnte. In denselben Tagen aber, da der Freiherr den Zusammen-

bruch der Sandenbanken kommen sah, sollte der Freiherr v. Mirbach den Leitern einer ähnlichen, längst auch als verdächtig bekannten Bank, der Pommernbank, so viel Vertrauen geschenkt haben, daß er im Glauben an ihre märchenhaften Reichtümer und ihrer ebenso märchenhaften Wohltätigkeit Hunderttausende für Kirchenbauten harmlos annehmen konnte!

Die Pommernbank natürlich hatte damals allen Anlaß ihren Kredit zu stärken, da der Kurssturz der Sandenpapiere auch ihre Existenz bedrohte. Die Direktoren handelten sicher klug und im Interesse der Bank, als sie sich der Gunst des Freiherrn v. Mirbach versicherten und dem Himmel, der nicht durch papierne Pfandbriefe betrogen sein will, reichlich Bargeld opferten. Aber durfte der Kammerherr der Kaiserin so arglos sein, in diesen kritischen Zeitläuften über den Empfang von Hunderttausenden zu Wohltätigkeitszwecken zu quittieren?

So ein „Rhinozeros“ ist unwahrscheinlich, das giebt es nicht. Wir glauben nicht, daß selbst ein Hofmarschall so naiv ist. Herr Dudge hat sicher die Verführungskunst der Pommernbank-Direktoren eben so sehr überschätzt, wie die Intelligenz des Kammerherrn der Kaiserin beleidigend unterschätzt.

Die Presse über die Hofbankmysterien.

Gerade diejenigen Parteien, die stets am lautesten von Ordnung und Sittlichkeit rufen, schweigen vollständig zu dem namenlosen Hofbankskandal. Wo steht „Kreuz-Zeitung“, wo „Reichsboten“, um den Kirchenbauhelden zu schätzen?

Die liberale Presse hält es für unausweichlich, daß Freiherr v. Mirbach sich zum Wort meldet. Bezeichnend ist ein Artikel der „Vossischen Zeitung“. Sie preist den Segen der Offenheit und fordert Aufklärung, auf daß nicht — der Partei des Herrn Dudge ein zugkräftiger Agitationsstoff verlassen wird“. Es ist erfreulich, daß die Befürchtung vor sozialdemokratischer Agitation und ihrem Erfolg den Liberalismus drängt, das zu verlangen, was ihm sonst ansiehend weniger dringlich wäre.

Die „Kölnische Volkszeitung“ erhebt die Frage, ob die Gläubiger der Pommernbank die unbefugterweise von den Direktoren gemachten Geschenke nicht vom Freiherrn v. Mirbach zurückfordern können; der Landwirtschaftsminister v. Poddieski, der ein Rückforderungsrecht für die — unter seiner Aufsicht — entwendeten Gelder bezweifelt hat, kann kaum juristische Autorität genug beanspruchen, um diese Frage entscheiden zu wollen.

Uebrigens wird die „Kölnische Volkszeitung“ die Moral evangelischer Kirchenbauer gänzlich verlernen. Die hochgestellten Persönlichkeiten, welche von fremden, rechtsmäßig ihnen übergebenem Gelde Wohltätigkeiten erwiesen und Kirchen gebaut haben, werden natürlich nicht die Klagen der Geschädigten abwarten. Es ist selbstverständlich, daß sie das unsaubere Geld zurückgeben werden. Sollte die Offenheit davon nichts vernehmen, so soll man nicht vergessen, daß diese Frommen gute Werke stets in andächtiger Stille verrichten.

Der Reichstag

erledigte am Freitag in einer verhältnismäßig kurzen Sitzung den Rest des Beschlusses über die Bildung von Kaufmannsgerichten, dessen Beratung er gestern in der Debatte über das Frauenwahlrecht und das Wahlalter abgebrochen hatte. Wie schon gestern dargestellt, waren das Centrum und die Nationalliberalen in dieser Frage wieder umgefallen und hatten unter Preisgabe des aktiven Frauenwahlrechts und des Wahlalters von einundzwanzig Jahren in Kompromißanträgen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beantragt. Vergebens veruchte der „socialpolitische Leuchtturm des Centrums“, Herr Trimborn, unter allerlei Ausfällen gegen die Parteien der Linken diese Art „positiver“ Socialpolitik zu verteidigen. Der freisinnige Abgeordnete Träger verpötte in heiterer Form und Genosse Lipinski widerlegte in ernstlichen Ausführungen seine Scheingründe mit Leichtigkeit. Schließlich konnte das Centrum nicht einmal die Frucht seines Verrats ernten. Da die Linke in großer Zahl anwesend war, während das Centrum und die Rechte für dieses Geschick zum Schutze wirtschaftlich Schwacher nur geringes Interesse hatten, wurden die Kompromißanträge abgelehnt und die Kommissionsbeschlüsse fast durchweg aufrecht erhalten.

Recht merkwürdig war dabei die Stellung der Antifeministen; einmal erklärten sie, sie würden nach Annahme der Kompromißvorschläge gegen das ganze Gesetz stimmen, das andre Mal gaben sie die Bereitwilligkeit zu erkennen, sich in irgend einer Form dem Kompromiß bei der dritten Lesung anzuschließen.

Auch bei den übrigen Paragraphen gelang es wenigstens, die zahlreichen von der Rechten vorgeschlagenen Verschlechterungen abzuwehren, wenn auch unsere Verbesserungsvorschläge nicht durchdrangen. Leider steht die dritte Lesung noch aus, zu der die Rechte und das Centrum wohl die genügende Zahl von Abgeordneten zusammenkommen werden, um das Gesetz doch noch zu verschlechtern.

Sonnabend stehen Wahlprüfungen und Petitionen auf der Tagesordnung.

Am Montag soll die Plenarsitzung ausfallen.

Im Abgeordnetenhanse

holte sich am Freitag der Justizminister Schänstedt wieder mal eine empfindliche Niederlage. Er erklärte die in zweiter Lesung zum Beschlusse über die Dienstaufsicht bei den größeren Amtsgerichten gefassten Be-

Schlüsse für unannehmbar, und insolge dessen lehnte das Haus, ohne sich in weitere Debatten einzulassen, einstimmig nicht nur den genannten Gesetzentwurf, sondern auch den über die Regelung der Richtergehälter in dritter Lesung ab. Herr Schönstedt ist jetzt bereits länger als ein Jahrzehnt im Amte, aber es ist ihm in dieser ganzen Zeit nicht gelungen, auch nur ein einziges Gesetz durchzubringen. Trotzdem besitzt er in hohem Maße das Vertrauen des reaktionären Landtages. Dieser „Volksvertretung“ ist jede noch so winzige Reform bis in die tiefste Seele verhasst und deshalb schenkt sie Herrn Schönstedt, der personifizierten Reaktion, unbedingtes Vertrauen, auch wenn sie ihm seine Gesetze vor die Füße wirft. Am Sonnabend sieht neben kleineren Vorlagen und Petitionen der Gesetzentwurf betreffend die Erhöhung des Kapitals der Seehandlung auf der Tagesordnung.

Deutsches Reich.

Der Fall Trotha.

Kurz nach der Ernennung des Generalleutnants v. Trotha, der von Südwestafrika ungefähr so viel weiß wie ein Eskimo, zum Generalissimus gegen die Hereros, stand im braven „Lokal-Anzeiger“ eine gar feltame Kadelmeldung aus Südwestafrika. Danach habe der Gouverneur Leutwein erklärt, daß er sein Amt niederlegen werde, wenn Trotha anrücke, und daß man dann einen Aufstand aller Schwarzen fürchte.

Wir waren die Frage auf: Wie kommt dies Telegramm in den „Lokal-Anzeiger“? Offenbar doch nur mit Wissen und Wunsch des Auswärtigen Amtes.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ brachte sofort in dem ihr neuerdings eignen platt ironisch-bemähten Wilhelms-Ton ein Dementi unserer bescheidenen Hypothese. In der Wilhelmstraße habe man von dem Telegramm erst aus dem „Lokal-Anzeiger“ erfahren. Und der „Lokal-Anzeiger“ erklärte seinerseits, daß das Telegramm unmittelbar von der Redaktion in die Druckerei geschickt sei, aber er bereit nicht, wenn wir uns recht entsinnen, wer das Telegramm vor der Redaktion gehabt hat.

Wenn „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und „Lokal-Anzeiger“ sich gegenseitig bekräftigen, daß der „Vorwärts“ wieder einmal einen Mißgeschickel in die Welt gesetzt hat, so wissen wir allemal, daß wir die Wahrheit an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen haben müssen.

Jetzt schreibt nun die „Zukunft“, daß jenes „Dementi“ der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, „mindestens objektiv unwahr“ gewesen sei.

„Denn der Bericht war vorher in der Wilhelmstraße gelesen worden; Herr Dannhauer hat in Windhülz sogar gesagt, er habe dafür gesorgt, daß seine Depesche zuerst „im Amt“ gelesen werde. Und sie wurde nicht etwa von einem Geheimrat gelesen, sondern vom Kanzler selbst, bevor sie gedruckt wurde. Von dem Kanzler, der 24 Stunden vorher im Reichstag Trothas Ernennung für nötig erklärt hatte und nun die Veröffentlichung eines Berichtes erlaubte, dessen Zweck nur sein konnte, Trothas Entsendung zu hindern; eines Berichtes, der die Ausführung des vom Kaiser gefassten Entschlusses „eine eminente Gefahr für ganz Deutsch-Südwestafrika“ nannte. Daß offiziöse Angaben manchmal falsch sind, falsch sein müssen, ist nur den Naivsten neu; kluge Leute sorgen aber dafür, daß die Unwahrheit ihrer Angaben nicht öffentlich festgestellt werden kann. Und auf die politischen Zustände, in denen wir leben, fällt ein unfreundlich grelles Licht, wenn wir, nach der schroffen Ablehnung, erfahren, daß der Reichskanzler sich einer Zeitung — der einzigen, die, wie uns erzählt wird, der Kaiser täglich, nicht nur in zugerichteter Form, sondern in ihrer urwüchsigen Schönheit sieht — bedient, um einen kaiserlichen Entschluß, den er im Kronrat nicht zu hindern vermochte, durch das Telegramm eines Berichterstatters zu bekämpfen, den er öffentlich noch am selben Tage barsch für falsch unterrichtet erklären läßt.“

Uns will scheinen, daß das die Conto-K-Moral ins Politische überträgt ist. Hübsch aber wirkt dann allemal, wenn das über socialdemokratische Lügen schilt. Ach, wenn unsre Regierenden einmal einen öffentlichen Kongreß veranstalten würden und aussprechen, was ist. Das Protokoll! —

Die Einheitschule.

In der Hamburger Bürgerchaft kam in der letzten Sitzung ein Antrag der socialdemokratischen Fraktion auf vollständige Reorganisation des Hamburger Schulwesens, Einführung der allgemeinen obligatorischen Einheitschule unter organischer Angliederung der höheren Schulen zur Verhandlung. Unmittelbaren Anlaß zu diesem Antrage bot ein Antrag aus dem Centrum, versuchsweise der Volksschule eine dreistufige Selektion mit Unterricht in fremden Sprachen aufzubauen, um so einen Teil der Volksschüler mit besserer Bildung auszustatten. Dank der selbstlosen, aufopfernden Thätigkeit der Hamburger Volksschul-Lehrerschaft, vor allem dank der radikal fortschrittlichen Gesinnung, der bis auf eine geringe Minorität diese Lehrerschaft auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und besonders in der Pädagogik huldigt, stehen die Hamburger Volksschulen auf einem sehr hohen Niveau.

Die Organisation des Volksschulwesens läßt jedoch seit Jahren vieles zu wünschen übrig. Es fehlt an einem modernen Unterrichts-gesetz, es mangelt vor allem an einer energischen Weiterentwicklung des Bildungszieles, die von der heutigen Zeit kategorisch verlangt wird. Mittelschulen, wie in Preußen, kennt man in Hamburg nicht. Daher kommt es, daß vielfach tüchtige Hamburger Volksschüler weiterben an preussischen Mittelschulen namentlich in der Handelsbranche hinarbeitet werden. Diese Thatfache hat einen Hamburger Lehrer auf die Idee gebracht, durch Angliederung einer dreiklassigen Selektion an die bisherige Volksschule in einzelnen Schulen das Bildungsziel beträchtlich weiterzustrecken, vor allem den Absolventen dieser Selektion den Uebergang in die höheren Schulen zu ermöglichen. Einige Bürgervereine haben die Idee aufgegriffen, weil sie von ihrer Verwirklichung eine Kräftigung des kleinen Bürgerthums, des Mittelstandes, erhoffen und sie zu einem Antrage in der Bürgerchaft verdrückt.

Die übergroße Mehrheit der Hamburger Lehrerschaft ist jedoch eine entschiedene Gegnerin dieses Projekts. Sie sieht, wie ihr Vertreter Garro Köhne jüngst auf dem Königsberger Lehrertage, durchaus auf dem Boden der allgemeinen obligatorischen Einheitschule, an die sich das höhere Schulwesen in der Weise organisirte angliedern soll, daß die befähigten Schüler, eventuell auf Kosten des Staates, die den gemeinsamen Unterbau absolviert haben, in die höheren Klassen oder Schulen aufgenommen werden müssen.

Das ist die Auffassung, die auch die Socialdemokratie vertritt und dieses Princip legte die socialdemokratische Fraktion der Bürgerchaft in einem Antrage nieder, der Ablehnung des Antrages auf Schaffung der Selektenschule und eine umfassende Reorganisation des Schulwesens im oben dargelegten Sinne forderte.

Unser Genosse Stolten vertrat in einer großen, von hieser Sachkenntnis getragenen Rede den Antrag unter großer Aufmerksamkeit der gesamten Bürgerchaft. Die Rede machte sichtlich großen Eindruck, und sowohl von der Fraktion der Linken, wie auch von der Rechten wurde beantragt, den socialdemokratischen Antrag neben dem

Centrumsantrage auf Schaffung der Selektenschule einem Ausschuß zu überweisen, der die ganze Frage eingehend prüfen soll. Dieser Antrag wurde angenommen, was man einem immerhin bemerkenswerten Erfolg der socialdemokratischen Fraktion bezeichnen darf.

In derselben Sitzung wählte die Bürgerchaft auch zum erstenmal einen Socialdemokraten, den Genossen Stolten, in den Budgetausschuß. Ueberhaupt hat man sich dazu verstanden, in jeden bürgerchaftlichen Ausschuß einen Socialdemokraten hineinzuziehen, obwohl wir von 180 Sitzen der Bürgerchaft nur 13 inne haben.

Das preussische Lotteriegesetz ist in der Kommission mit allen gegen eine Stimme angenommen worden. Es soll vier Wochen nach der Veröffentlichung in Kraft treten.

Militär-Bestechungsprozeß.

Angelaßliche Durchstechereien und Bestechungen, wie sie nach dem Ausspruch des Gerichtshofes noch niemals in Sachen und auch wohl kaum in Deutschland vorgekommen sind, kamen vor der 2. Strafkammer des Landgerichts Dresden zu Tage. Im Sommer 1903 wurde der einzige Sohn des reichen Freigutbesitzers Oswald Wellmann in Sayda bei Freiberg für das 12. Infanterie-Regiment Nr. 177 zu Dresden ausgehoben. Der junge Rekrut und dessen Vater legten alle Hebel in Bewegung, um Wellmann d. J. das Kadettenleben zu eripieren. Als alle Gesuche um Befreiung vom Militärdienst abschlägig beschieden worden waren und auch der König das letzte Wort gesprochen hatte, traten die beiden Wellmanns mit dem Bezirksfeldwebel bei der 64. Infanterie-Brigade Paul Emil Ullmann aus Krottenzendorf bei Annaberg in Verbindung und stellten an diesen das Ansuchen, den jungen Wellmann in die Liste der zweijährigen Rekruten zu bringen und ihn zum zweijährigen Train umzuschreiben. Dabei ließ der zwanzigjährige Wellmann einige Goldstücke durch seine Finger gleiten. Vater und Sohn waren an den Richtigen gekommen. Der Feldwebel, der die ganzen Aushebungsgehefte zu besorgen hatte, zeigte sich willfährig.

Im Herbst 1903 kam Wellmann d. J. abermals zum Feldwebel und verlangte, daß letzterer ihn zum einjährigen Dienste beim Train umzuschreiben solle. Gegen ein Geschenk von 30 M. und die Aussicht auf weitere Geldunterstützung erwiderte der Feldwebel wiederum gefällig; er drängte im Auftrage des Bezirkskommandos sogar an das Trainbataillon in Pirna, daß Wellmann zum einjährigen Dienst umgeschrieben worden sei. Die Drahtmeldung fälligte der Feldwebel mit dem Namen des Generals v. Stieglitz. Rekrut Wellmann war mit einem male „Einjähriger“ und als solcher auch vor verlämmelter Mannschaft aufgerufen worden. Als Abfindung für diese Gefälligkeit gewährte der Vater dem Feldwebel bis 1907 ein zinsloses „Darlehen“ von 400 M. Lange dauerte die „Einjährigen“-Herrlichkeit des jungen Wellmann nicht.

Auf eine an das Kriegsministerium gelangte Beschwerde wegen der erfolgten Umschreibung verlangte das Generalkommando von der 64. Infanterie-Brigade Aufklärung. Diese Eingänge hatte der Feldwebel wieder gebucht noch seinen Vorgesetzten vorgelegt, vielmehr versteckt und zurückgehalten, und als Mahnschreiben einliefen, wieder zu Urkundensfälschungen seine Zuflucht genommen. Säbeltrasselnd kam er eines Tages zu dem Gemeindevorstand Nam in Sayda und verlangte eine Bescheinigung und Beglaubigung, daß Wellmann ein Besuch um Umschreibung beim Vorstand eingereicht habe, und daß dieses auch genehmigt worden sei. Der Gemeindevorstand sagte: „Dann muß ich Lügen schreiben“, aber er that, was Ullmann verlangte. Somit kam auch dieser Beamte wegen falscher Beurkundung mit auf die Anklagebank.

Das Gericht fällt ein strenges Urteil, um derartige unerhörte Durchstechereien und Bestechungen für die Folge unmöglich zu machen. Feldwebel Ullmann wurde wegen Bestechung, schwerer und einfacher Urkundenfälschung, Anstiftung eines Beamten zur Beglaubigung einer falschen Urkunde zu 1 Jahr 10 Monaten Gefängnis, Grabverlust und Veretzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes verurteilt, Wellmann d. J. erhielt sechs Monate, sein Vater drei und der Gemeindevorstand Adam einen Monat Gefängnis.

Soldatentreter. Landrat Graf v. Rejserling! zu Neustadt ist durch königlichen Erlaß als Mitglied mit erblicher Berechtigung ins Herrenhaus berufen worden.

Das Lamm Gottes und die polnische Sprache. Der katholische Arbeiterverein im ober-schlesischen Industrie-Orte Lipine wollte zur Fronleichnamprozession eine Ehrenprozession bauen. Die frommen Proletarier ließen als Inschrift an der Ehrenprozession in Polnisch, ihrer Mutter Sprache, folgenden erbaulichen Bibelzitat anfertigen: „Es kommt das Lamm Gottes, das die Sünden der Welt trägt. — Weibe bei uns, Jesu, bete mit deinen Kindern.“ Sie hatten aber nicht mit der zweifelslos auch frommen, aber selbstverständlich treu deutsch-gesinnten Obrigkeit gerechnet, die ihnen die Genehmigung zur Aufstellung der Ehrenprozession nur dann erteilen wollte, wenn die Bibelzitate in deutscher Sprache erscheinen würden. Die Leute mußten also die in jener gefährlichen Sprache geschriebenen Sprüche beiseite lassen und das Lamm Gottes in deutscher Sprache bitten, bei ihnen zu bleiben und mit ihnen zu beten — natürlich auch in deutscher Sprache, denn anders würde es ein preussischer Polizeibeamter auch Jesu selbst nicht erlauben.

Die Wirkung eines Verbots. Die reichsländische Regierung hat den Pariser „Matin“ verboten, weil er unangenehme Schilderungen über reichsländische Zustände gebracht hat.

Ueber die Folgen dieses schroffen Verbots lassen sich die „Verl. neuesten Nachrichten“ aus Weh berichten:

Die Nummern mit den „Schmähartikeln“ sind aufs neue gedruckt und werden in allen französischen Orten an der Grenze in Mißzellenplakaten zum Kauf angeboten. Dagegen die Postbeamten scharf aufpassen, kommen doch Exemplare hierher. Die Polizei glaubt, daß dem Verfasser der Artikel von hier aus das Material geliefert worden sei, und recherchiert eifrig in dieser Angelegenheit.

Danach scheinen die Artikel, die wir nicht kennen, doch auch Wahrheiten erzählt zu haben. Sonst würde man nicht nach dem „Material“ fahnden.

Sechs Wochen unter Hereros. Die Braunschweiger „Neuesten Nachrichten“ berichten: Die Frau des am 14. Januar dieses Jahres auf seinem Besitztum in Waterberg in Deutsch-Südwestafrika ermordeten Kaufmanns Sonnenberg, die ihre Rettung nur ihrer schwarzen Dienerin, dann aber auch dem Missionar Eich verbandt, ist dieser Tage bei ihren Eltern im benachbarten Wendeburg eingetroffen. Die Frau, die mit eigenen Augen anschauen mußte, wie die Hereros ihren Mann, der gerade seinen Mittagsschlaf hielt, erschlugen, ist von der Wunde des Hauptlings David vom 2. Februar bis 7. April mit herumgeschleppt worden, bis sie endlich bei Dumbo die Freiheit erhielt, wo Samuel Maharero seine gesamten Streitkräfte konzentriert hatte. Alle diese Jersfahrten mußte das damals drei Monate alte Kind der Frau Sonnenberg mitmachen, das trotzdem bräutig geblieben und mit der Milch ernährt wurde, die die mitgeführte Kuh gab. Die Hereros, die schon Blut gesehen hatten, waren, wie die Frau erzählt, die fanatischsten. Ihre Bestialität war so groß, daß sie zu weilen des Abends, wenn die Dämonen ins Lager geführt wurden, zwischen die Herde stürzten und den Tieren in die Rehle stachen. (3) Sehr groß war des Missionars Einfluß, der seit 31 Jahren bei Waterberg lebt. Eine unheimliche Bekanntschaft machte Frau Sonnenberg bei Dumbo in dem Lager, als alle Hauptlinge mit ihren Leuten vereinigt waren. Sie sah dort wiederholt die Brüder des von dem Prinzen Prosper Arenberg ermordeten Billy Cain, die von fast weißer Gesichtsfarbe waren und die sie mit süßeren, häufig erfüllten Blicken ansahen, was bei den einzigen „Weißen“, die sie unter den Hereros traf, seltsam, aber auch wieder erklärlich anmutet, wenn man die Umstände kennt, unter denen Cain sein Leben lassen mußte. Auch Bastards traf Frau Sonnenberg im Lager Samuels. Sie erklärten, sie seien zur Hererosfolge von den Hereros gezwungen worden. Sie wurden mit dem Anfertigen von Waffen und Munition beschäftigt.

Ausland.

Schweiz.

Der Anschlag eines Gefesgehörten.

Bern, 10. Juni. Heute mittag 1 Uhr gab ein seit einiger Zeit sich in Bern aufhaltender Russe auf den russischen Gesandten Schadowsky einen Revolveranschlag ab, der den Gesandten in den Kopf traf. Der Gesandte konnte sich noch selbst nach dem Hotel Berner Hof, wo er logiert, begeben; die Verwundung scheint schwer zu sein. Als Urheber des Anschlages wurde dann Ingenieur Baron Jüngh, der sich seit zwei Jahren in Bern aufhält, festgesetzt. Er hatte vor längerer Zeit in einer Zeitung Beschwerde über russische Behörden wegen Vorenthaltung ihm angeblich gehörender Güter erhoben und hatte, wie es heißt, einen Prozeß verloren; man glaubt, daß er geisteskrank ist. Der Gesandte wird von Professor Kocher behandelt; unmittelbare Lebensgefahr besteht nicht.

Bern, 10. Juni. Der Bundesrat hat heute nachmittag in einer Extra Sitzung beschloffen, Jüngh der Bundesanwaltschaft zu überweisen. Ferner hat der Bundesrat den Bundespräsidenten Comtesse beauftragt, sich sofort im Berner Hof, wo der Gesandte Quartier genommen hat, nach dem Befinden des Patienten zu erkundigen und der Familie sowie dem russischen Ministerium des Aeußern telegraphisch seine Teilnahme auszudrücken. — Es ist Professor Kocher gelungen, die Angel zu entfernen und man hofft auf einen normalen Genesungsprozeß, vorausgesetzt, daß keine Entzündung eintritt.

Frankreich.

Paris, 10. Juni. Deputiertenkammer. Charles Vos (rad. Soc.) bringt eine Interpellation ein über die neuen Tarife für die Gerichtslosten, welche die Lasten der kleinen prozessierenden Leute vermehren würden. Er verlangt Abschaffung dieser Kosten-erhöhung und wirft dem Ministerpräsidenten Combes vor, eine Politik des Verblüffensvollens und des Sand in die Augen Streuens zu treiben.

Rußland.

Das Jarentum gegen die verwundeten Soldaten.

Ein russisches Geheimdokument von kulturhistorischem Interesse wird in der letzten Nummer des „Ostbozdenie“ der Öffentlichkeit übergeben. Das Dokument lautet:

Ministerium der Innern Angelegenheiten.

Wirtschaftsdepartement.

Abteilung III.

17. April 1904.

Nr. 22688.

An den Herrn Gouverneur von Kaluga.

Infolge der Uebereinkunft zwischen den Bevollmächtigten der Landchaften von Moskau und andern Gouvernements zum Zwecke der Organisation der Hilfe für die Verwundeten und Kranken im Kriege wurde in Moskau eine Beratung der Landchaften veranstaltet, in welcher die verschiedenen Fragen der Organisation der Hilfe für die Verwundeten durch die Landchaften besprochen und die Grundlagen zur Vereinheitlichung der Thätigkeit der landchaftlichen Sanitärabteilung für den fernern Osten festgesetzt wurden.

Im vollen Mitgefühl für die Triebfedern, welche die örtlichen Initiatoren in ihren Bestrebungen leiten, dem Roten Kreuz mit Mitteln und mit vielen Mühen zu helfen — mußte ich dennoch berücksichtigen, daß durch die gesetzlichen Bestimmungen der Thätigkeit der Landchaften durch ihre Gouvernements- bzw. Bezirks-grenzen beschränkt ist... und daß deshalb die erörterte Thätigkeit der Landchaften als eine mit dem Gesetze im Widerspruch stehende erklärt werden muß.

Angehts dessen habe ich es für unabweisbar gehalten, Maßregeln in Aussicht zu nehmen, welche darauf hinausgehen, daß die gemeinsame Thätigkeit der Landchaften in der Frage der Hilfeleistung für die Verwundeten einerseits nicht außerhalb der Aufsicht der Gouvernementsverwaltung stehe und die ihr durch das Gesetz gezogenen Grenzen nicht überschreite und daß sie andererseits in der Zukunft zu ähnlichen Uebereinkünften der Landchaften in irgend welchen andern Fällen nicht dienen dürfe.

Nach meinem unterthänigen Bericht hat Se. Majestät am 15. April allerhöchst gestattet, meine Vorschläge in dieser Sache zur Ausführung zu bringen.

In Ausführung des Allerhöchsten Befehls habe ich den Gouverneur von Moskau beauftragt, die bei dem Moskauer Landchaftsamt organisierte Beratung mit der größten Aufmerksamkeit zu beobachten und die Bevollmächtigten der Landchaften zu verpflichten, dem Gouverneur alle Vorschläge zur Ausführung mitzuteilen und ihm die Sicherheit zu geben, daß weitere Uebereinkünfte mit Landchaften, die sich bisher der Moskauer Organisation nicht angeschlossen haben, unzulässig sind.

Gleichzeitig schlage ich Euer Hochwohlgebornen vor: 1. Daraus zu achten, daß in die von den Landchaften eingerichtete Sanitärabteilung keine Personen zugelassen werden, deren Wohlverhalten in irgend welcher Beziehung zweifelhaft erscheint. 2. Die Ausführung der Beschlüsse der Landhände über eine Uebereinkunft mit Landständen andrer Gouvernements aus irgend welchen andern Gründen ist nicht zuzulassen.

Gezeichnet: Der Minister für innere Angelegenheiten.

Staatssekretär Plehwe.

Die Furcht des Absolutismus vor einer etwaigen ständigen Uebereinkunft der Landstände — in denen sich vor dem Krieg teilweise eine liberale Opposition regte — ist das Leitmotiv des Dokuments, das die Aktion für Erweiterung der Krankenpflege stark lähmt. Der russische Absolutismus hat mit dem Humanitätsgedanken so wenig gemein, daß er selbst bei der Ausübung der Kräfte nicht auf die Thätigkeit, sondern auf das politische Wohlverhalten zu sehen befehlt! Die Kranken und verwundeten Soldaten müssen es büßen! —

Arbeiterdemonstrationen in Finnland. Am Sonntag haben in Helsingfors, Wiborg, Abo, Stoka, Tammerfors und mehreren andern Orten Finnlands große Demonstrationen gegen die russische Herrschaft stattgefunden. In Helsingfors, wo ungefähr 8000 Personen daran teilnahmen, wurde folgende Resolution angenommen:

„Mitbürger! Da wir wieder in zahlreichen Scharen unter Gottes freiem Himmel, unter der Fahne der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verammelt sind, ist es unsere Pflicht, den Schimpf abzuwaschen, der in der Verhaftung liegt, daß das finnische Volk mit Gleichmut das nun herrschende Regiment erträgt, den Raub und die Vergeudung von Staatsmitteln, wie sie jetzt in unserm Lande betrieben werden. Diese Verhaftung ist eine freche Lüge. Im Gegenteil gärt im Volke eine wachsende Unzufriedenheit, die nicht verschwinden wird, bevor nicht die Geselozigkeit und Gewalt aufhört. Wir fordern Aufhebung aller ungesetzlichen Verordnungen! Wir fordern, daß die Diktaturmacht, die dem Generalgouverneur gegeben wurde, aufgehoben werde, daß unser landesbewiesenen Mitbürger zurückberufen, und daß Finnlands Stände einberufen werden zum Landtag. Wir fordern, daß unsre in Gefängnissen schmachtenden schuldlosen Kameraden auf freien Fuß gesetzt werden, und daß alle Mitbürger wieder in den Genuß ihrer gesetzlichen Rechte kommen. Wir fordern für finnische Bürger vollständige Vereinigungs-, Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit!

Wieder mit der Waffir und Unterdrückung! Wieder mit Plehwe, Dobrifoff und ihrem Werkzeug: unserm kriegenden Senat! Es lebe die Freiheit!“

Türkei.

Konstantinopel, 10. Juni. Die Vorkämpfer Englands, Frankreichs und Russlands haben gestern der Pforte den dringenden Rat erteilt, bei der Unterdrückung der armenischen Unruhen im Vilajet Wilis Ausschreitungen zu verhindern. Die Pforte versprach, ihre in dieser Angelegenheit erlassenen Befehle energisch zu erneuern.

Der bulgarische Agent Ratschowitsch gab auf der Pforte im Namen seiner Regierung entschiedene Erklärungen ab, wonach

Sofort die strengsten Maßregeln in Bulgarien ergriffen werden sollen, durch welche die Ueberführung von Explosivstoffen von Bulgarien nach der Türkei verhindert werden kann. Da feststeht, daß die Aufgabe des Buletts nach Gengheli aus Bulgarien erfolgte, wird die Post auf Wunsch der bulgarischen Regierung derselben die Frachtbriefe ausliefern, damit man durch die Schrift den Verbrecher ermitteln kann.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags beschäftigte sich am Freitag mit der Erledigung einer Resolution Grober, worin die Regierung ersucht wird, im Interesse der heimischen Landwirtschaft dahin zu wirken, daß denjenigen Gemeinden, die in außergewöhnlicher Weise von Einquartierungslasten betroffen werden, Zuschläge zu den üblichen Entschädigungssätzen vom Reiche gezahlt werden. Unter Darlegung der Schäden des bestehenden Einquartierungswesens begründete der Abgeordnete Erzberger diese Resolution und schlug vor, es zunächst bei dem allgemeinen Satz (von 80 Pf.) der Entschädigung mit Rücksicht auf die Finanzlage zu belassen, aber in Orten, die innerhalb sechs Jahren mehrfach von Einquartierungen betroffen werden, 90 Pf. beim zweiten Mal, 110 beim dritten Mal pro Mann und Tag zu bezahlen. Ein Regierungs-Kommissar erklärte, daß die Regierung sich mit der Frage der Erhöhung der Entschädigungssätze bereits beschäftigt habe. Die Durchführung des angeregten Gedankens sei keineswegs einfach. Abgeordneter Graf v. Oriola wies darauf hin, daß in Hessen vielfach die Gemeinden zu den Verpflegungssätzen Zuschläge leisteten. Das dürfe nicht so weiter gehen. Aber der Vorschlag Erzbergers sei nicht annehmbar. Geheimrat Herz legte die Entwicklung der gesetzlichen Vorschriften dar. Abg. Prinz Arenberg führte eine Reihe von Mängeln an und wies besonders darauf hin, daß in den Mandaten durch Mißführung von Equipagen usw. ein verwerflicher Luxus getrieben würde; da müsse geparkt werden, schon um die Mandate kriegsmäßiger zu gestalten. Um die Verpflegungssätze erhöhen zu können, solle man an andern Stellen sparen, so zum Beispiel bei den geradezu unheimlich hohen Wohnungsmieten für die Wohnungen der kommandierenden Generale; es sei unglücklich, daß man einem Manne mit einem Gehalte von 30 000 M. eine Wohnung für ebenfalls 30 000 M. zur Verfügung stelle. Abg. Wachem schilderte die unhaltbaren Zustände in der Esel, die durch die Quartierlasten geradezu ausgepörrt werde.

Veranlaßt durch den Gang der Diskussion änderten die Vertreter des Centrums ihre Resolution dahin ab, daß sie principiell eine Revision des Gesetzes über die Mandatentuschädigungen von 1875 und eine Erhöhung der Verpflegungssätze forderten und diese Forderung an Stelle der früheren Eingangsworte setzten. Abg. Singer polemisierte gegen die Regierungsvertreter, die ihre Position durch ihre wiederholten Neben nur verschlechtert hätten. Bei einer zeitgemäßen Regelung der Entschädigungssätze käme höchstens ein Aufwand von 2 Millionen Mark in Frage. Der abgeänderten Resolution würden die Sozialdemokraten zustimmen, weil wir nicht wollten, daß Pflichten des Reiches auf weniger leistungsfähige Schultern abgewälzt würden. Es käme wesentlich darauf an, die Sätze selbst zu erhöhen. — Nach längerer Diskussion wurde die veränderte Resolution einstimmig angenommen. Die Arbeiten der Budgetkommission sind damit bis auf weiteres abgegeschlossen.

Die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses hat die Wahl der Abgg. Dr. Wolff-Gorff (L.) und Peltastohn (fr. Bg., S. Bromberg) für ungültig erklärt.

Partei-Nachrichten.

Die Angriffe auf die Selbstverwaltung der Krankenkassen,

wie diese bei den Kerkstetris in Köln, Solingen und Leipzig seitens der Aufsichtsbehörden angefaßt wurden, wollte die sozialdemokratische Fraktion zum Gegenstand der Besprechung im Reichstage machen und wählte, wie dieses seinerzeit mitgeteilt ist, einen Ausschuss zur Vorbereitung der Frage. Bei näherer Prüfung der Angelegenheit stellte sich heraus, daß man die Debatte nicht auf die Arztfrage beschränken dürfe, da zahllose andre, zum Teil noch schlimmere Eingriffe in die Selbstverwaltung erfolgt sind. Die Fälle, die aus den Kerkstetris hervorgegangen sind, eignen sich jetzt noch nicht zur Besprechung im Reichstage, zumal das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist und möglicherweise noch Remedur durch Entscheidung der höchsten Verwaltungsgerichte geschaffen wird. Unsere Genossen kamen zu der Ansicht, daß augenblicklich durch eine Interpellation im Reichstage an dem Verlauf der schwebenden Streitigkeiten zwischen Ärzten und Aufsichtsbehörden mit den Krankenkassen nichts geändert wird.

Wenn wir über die Materie diskutieren, dann dürfen wir uns nicht auf einzelne Mängel des Gesetzes beschränken, sondern wir müssen eine gründliche Reform des Gesetzes fordern, durch welche die Krankenversicherung dahin gebracht wird, daß sie ihren angeleglichen Zweck erfüllt und das Selbstverwaltungsrecht der Versicherten in jeder Richtung sichergestellt wird.

Da nun der feste Entschluß bei der Regierung und der Mehrheit des Reichstags besteht, den Reichstag vor dem 18. Juni zu vertragen, so waren unsere Genossen gezwungen, auch die Debatte über diese Frage bis zum Herbst zu verschieben. Bis dahin werden wahrscheinlich die endgültigen Erkenntnisse über die schwebenden Fragen vorliegen. Nach eingehender Debatte sagte die Fraktion den Beschluß: in dem jetzigen Abschnitt der Session von der Einbringung einer Interpellation betreffend die Arztfrage Abstand zu nehmen und im Herbst die ganze Krankenkassenfrage zur Debatte zu bringen. Dann wird auch die Arztfrage gründlicher, als dies jetzt möglich wäre, erörtert werden können, da alsdann voraussichtlich auch die von der Regierung verprochene Zusammenstellung der Kontrakte, welche die Krankenkassen mit den Ärzten geschlossen haben, vorliegen wird.

Die schweizerische Arbeiterpresse umfaßt gegenwärtig dreißig Blätter und zwar 14 politische, wovon 3 täglich, 2 wöchentlich dreimal, 5 wöchentlich zweimal und 4 wöchentlich einmal erscheinen; von den 13 Gewerkschaftsblättern erscheinen 7 wöchentlich und 6 alle 14 Tage; das Genossenschaftswesen wird durch 2 aller 14 Tage erscheinende Blätter, die politische Satyre durch ein Monatsblatt („Der neue Postillon“) vertreten, außerdem erscheinen der „Grünlalender“ und der „Schweizer Arbeiter-Notizlalender“.

Die preussische Ansiedelungsvorlage.

Berlin, 10. Juni. Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Beratung des neuen Ansiedelungsgesetzes trat heute in die Beratung dieses Gesetzes ein. Die Kommission beginnt mit der Beratung des § 13b (Ansiedelung der Polen).

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pole) führt an der Hand der Kommissions- und Plenarberatungen des Reichstags zum Bürgerlichen Gesetzbuch aus, daß die Vorlage mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch (§§ 62 und 111 des Einführungsgesetzes) unvereinbar sei. Ferner werde der Art. 4 der Reichsverfassung verletzt. Das Gesetz enthalte Mängel an Offenheit und Klarheit. Es sei mit großer Hast gemacht und enthalte daher auch juristisch-technisch und redaktionell viele Fehler.

Geb. Ober-Regierungsrat Sachs weist die Vorwürfe des Vorredners besonders bezüglich des § 62 zurück.

Abg. Peltastohn (fr. Bg.) glaubt nicht, daß eine formelle Verfassungsüberlegung vorliegt; es sei auch öffentliches Interesse für den Entwurf vorhanden, die Stärkung des Deutschtums in Polen. Formell sollten auch die Polen nicht anders behandelt werden wie die Deutschen. Aber in tatsächlicher Beziehung habe Dr. v. Dziembowski recht. Man müsse sich gegen den ersten Schritt wenden. Es hätte offen ausgesprochen werden sollen, daß das Gesetz bezwecke, die Ansiedelungen der Polen zu verbieten.

Abg. Koeren (C.) bestreitet, daß bei der jetzigen Verfassung ein Gesetz wie das vorliegende erlassen werden könnte. Es stehe in Widerspruch zu der durch Artikel 4 garantierten verfassungsmäßigen Gleichheit und zum Freizügigkeitsgesetz.

Abg. v. Klasing (L.) wendet sich gegen den Abg. Koeren. Schon öfter seien Ansiedelungen wegen Wilddiebstahls u. dgl. verlag worden, auch viele andre Beschränkungen der vollen Nutzung gebe es in Baupolizei-Verordnungen usw. Der Staat habe ein Recht, die Nutzung zu verhindern, wenn sie den nationalen Zielen widerspreche und eine Gefahr für das Bestehen des Reiches in sich berge. Weder eine Aenderung der preussischen noch der Reichsverfassung sei zuzugeben. Höchstens läge eine Verletzung des Freizügigkeitsgesetzes vor. Soweit wie der Abg. Koeren könne man aber in der Deutung des Gesetzes nicht gehen.

Minister des Innern Freiherr v. Hammerstein: Die ganze besondere Gesetzgebung in den Ostprovinzen sei hervorgerufen durch das politische Betragen der Polen, diese hätten es nicht verstanden, lediglich wirtschaftliche Ziele zu verfolgen und ihre politischen Ambitionen hintanzufegen. Dem müßte energisch entgegengetreten werden, zunächst nicht durch Unterdrückung der Polen, sondern durch Förderung des Deutschtums, wie auch das Gesetz von 1896 diese allein gewollt habe. Der Abg. v. Dziembowski habe die angeführten Bestimmungen nicht richtig angewendet. Er habe auch von „mehr oder minder staatsfremd“ gesprochen; das könne die Regierung nicht zugeben. Der Minister wendet sich dann gegen die Schlussfolgerung des Abg. Peltastohn: principis obsta. Hier habe man nur mit der Vorlage zu thun, was später werden würde, müsse dem späteren Landtage überlassen bleiben. Auch dieses Gesetz verlege nicht jedem Polen die Ansiedelung, sondern nur, was im öffentlichen Interesse geboten sei.

Geb. Justizrat Wedow tritt den Ausführungen des Abgeordneten Peltastohn entgegen, daß den Polen überhaupt der Erwerb von Grundeigentum verlag werde. Das vorliegende Gesetz sei rechtlich durchaus zulässig. Das sei aus den Erwägungen des Justizministeriums hervorgegangen. Auch die Gleichheit vor dem Gesetze werde nicht verletzt.

Abg. v. Heyling (L.) hält die Zulässigkeit der Eigentumsbeschränkung auch gegenüber dem Freizügigkeitsgesetz für gegeben. Nicht gegen die Polen allein sei das Gesetz gerichtet, es sei auch für die angrenzenden Provinzen, besonders für Oberschlesien bedeutungsvoll.

Abg. Koeren: Jede einzelne polnische Ansiedelung widerspreche den Zielen des Gesetzes von 1896. Der Justizminister habe gesagt, das Gesetz richte sich gegen das Polentum, nicht gegen die Polen. Woraus bestehe denn das Polentum? Stelle man sich auf den Standpunkt der Regierung, so ändere man doch die Verfassung. Schon beim Gesetz von 1896 seien schwere verfassungsmäßige Bedenken erhoben, dieses Gesetz aber gehe noch viel weiter.

Geheimrat Wedow tritt dem Abg. Koeren hinsichtlich des Art. 4 A.-B. entgegen.

Abg. Dr. v. Dziembowski (Pole) geht nochmals ausführlich auf die Erwerbs- und Eigentumsbeschränkungen und auf den Begriff des „öffentlichen Interesses“ ein.

Geheimrat Wedow geht wiederholt auf die Zulässigkeit des Entwurfs ein.

Abg. v. Gzartinski (Pole): Die polnischen Abgeordneten, die gewählten Vertreter, hätten immer erklärt, auf dem Boden der Verfassung zu stehen, wollten diese aber auch hochhalten. Dieses erkläre er hier nochmals namens seiner Fraktionsgenossen und weise alle andern Unterstellungen zurück.

Minister v. Hammerstein: Die polnischen Abgeordneten betont immer diesen Standpunkt hier, sie sollten es aber auch in der Heimat thun. Der Minister verweist auf die Solobvereine und geht weiter auf den Artikel 4 der Reichsverfassung ein. Nicht um Erwerb und Eigentum, sondern Anlegung von Polensolonien handle es sich. Auch diese seien unter Umständen zulässig, aber nicht unter den deutschen Ansiedelungen.

Abg. Dr. Kell (natl.) hat keinerlei Bedenken bezüglich der Verfassung. Das Gesetz behandle alle gleich. Die Verfassung könne Deutsche, Dänen u. a. m. treffen.

Abg. v. Wenkel (L.) findet ebenfalls kein Bedenken in dem Entwurf. Die jetzigen Zustände in Polen seien unhaltbar. Die Polen seien an allem schuld. Bei jeder Wahl in Kirche, Gemeinde u. dgl. würde nicht nach der Befähigung, sondern nach der Nationalität gefragt.

Abg. Bierck (fr.) folgt in juristischer Beziehung den Ausführungen des Abg. Dr. Kell.

Abg. Dr. Heilig (C.) legt dar, die eigentliche Landbevölkerung in Oberschlesien, die durch das Gesetz getroffen werde, habe deutsch gewöhlt.

Zur Geschäftsordnung meldet Abg. Dr. v. Dziembowski Besprechung der Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit u. dgl. Gesetzes an, im Anschluß an einen schriftlichen Geschäftsordnungs-Antrag. Dr. Heilig die Besprechung der wirtschaftlichen Folgen für Oberschlesien.

Nächste Sitzung Dienstag, 14. Juni, 11 1/2 Uhr.

Saarabien vor Gericht.

(Privat-Depechen des „Vorwärts“.)

St. Johann, 10. Juni 1904.

Sechster Verhandlungstag. Freitag.

Vormittagsitzung.

Zu Beginn der um 9 Uhr eröffneten Vormittagsitzung wurden zunächst beiderseitig Anträge auf Zeugenladung gestellt.

Rechtsanwalt Hilger teilt mit, daß für Grubenwächter Alles, Fahrsteiger David, Geheimrat Hilger und Sekretär Stimpfel die Genehmigung, auszusagen, eingetroffen sei.

Dr. Hansmann aus Böllingen behauptet zunächst, daß die Vergleute Waldau und Altmeier, die angeblich infolge der Wahl Unannehmlichkeiten gehabt haben und sich deshalb pensionieren ließen, pensioniert worden sind wegen andauernder Krankheit.

Der Steinhauer Speicher aus Püttlingen behauptet: Mir haben die betreffenden Leute gesagt, sie hätten leichte Vertrauensposten infolge der Wahl verloren und hätten sich deshalb pensionieren lassen. 1895 ist den Vergleuten der Besuch in seiner Wirtschaft bei Strafe der Maßregelung verboten worden. Eine Beschwerde bei dem Geheimrat Hilger war erfolglos.

Von Hilger wird dies zugegeben.

Speicher: Der Vergemann Blum soll für die Spionage in meiner Wirtschaft 20 M. vom Geheimrat Hilger erhalten haben.

Hilger: Ich stelle fest, daß nach den Akten die Mutter des Blum um jene Zeit 50 M. Unterstützung bekommen hat. Ferner sind die Vergleute vor dem Besuch der Speicherischen Wirtschaft gewarnt worden; ein ausdrückliches Verbot ist nicht erlassen. In dem Lokal lag unter anderm der „Wahre Jacob“ auf.

Speicher: Der „Wahre Jacob“ lag nicht auf, wie überhaupt keine sozialdemokratischen Zeitungen; wenn durch jemanden, wie Herr Hilger behauptet, der „Wahre Jacob“ in das Lokal gebracht worden ist, so ohne meine Kenntnis. Ein meist aus Vergleuten bestehender Unterstützungsverein sowie ein Unterstützungsverein hat mein Lokal verlassen, wie die Vorstandsmitglieder sagten, weil sie nicht in meiner Wirtschaft verkehren dürften; die Leute, die in der Versammlung riefen, in meinem Lokal zu bleiben, sind zur Strafe zur Arbeit an die Bahn kommandiert worden, wo sie bedeutend weniger verdienen als sonst (2,50 M. bis 2,80 M.), und sie mußten bis 42 Schichten im Monat machen. Erst nachdem ich meine Stellung als Gemeinderatsmitglied freiwillig niedergelegt hatte, besserte sich der Besuch meiner Wirtschaft wieder langsam.

Bergmann Ley aus Langardt bekundet: Ich habe beobachtet, wie Steiger Dörr den Vergemann Weiß mit den Widen verfolgte, so daß ihm ein Umtauschen des Stimmzettels unbeschadet nicht möglich war; ob Weiß infolge dieser Beobachtung anders gewöhlt hat, als er wollte, ist mir nicht bekannt.

Fahrsteiger David aus Dudweiler bekundet: Obersteiger Schröder sagte mir im Dezember 1901: „Als ich hörte, daß Sie hierher versetzt wurden, habe ich gefragt, warum man mir denn einen so tüchtigen Centrumsmann herabschide. Im Januar 1902 machte ich dem Inspektor Hoch von dieser Bemerkung des Schröder Mitteilung. Hoch sagte mir: Sie können ja in nächster Zeit zeigen, daß Sie waschecht sind. Bei den eigenartigen Verhältnissen im Saargebiet haben nur diejenigen Beamten Aussicht vorwärts zu kommen, die waschecht sind. Auf meine Bemerkung, ich hätte zu meiner vorgelegten Behörde das Vertrauen, daß sie nicht nach der politischen Gesinnung allein urteilen würde, sagte Hoch, das ist aber nun einmal so. Bei Gelegenheit eines Kommerces sagte mir der Inspektor Lissenhoff: David, wissen Sie, daß man Sie deshalb knuten könnte (wegen der politischen Gesinnung). Auf näheres Verfragen giebt Zeuge zu, an Geheimrat Hilger einen Brief geschrieben zu haben, daß er aufgehört habe Centrumsmann zu sein und jetzt nationalliberal sei, er habe dies gethan, weil er es nach den Äußerungen Lissenhoffs für besser gehalten habe. Schmerzen habe es ihm allerdings gemacht, als er nationalliberal wählte.

Berginspektor Hoch bekundet: David beklagte sich bei mir, daß er politisch falsch beurteilt würde und darauf ist meinerseits die Wendung von „waschecht“ gefallen. Auf die Worte, daß nur die vordwärts kämen, die waschecht seien, kam ich nicht befinnen.

Berginspektor Lissenhoff: Bei einer geselligen Feier gab David seiner politischen Gesinnung Ausdruck und ich schmit diese Erörterung ab. Am folgenden Tage bin ich auf die Angelegenheit noch einmal zurückgekommen, habe aber kein Gewicht darauf gelegt, wie daraus hervorgeht, daß ich als David sein Fahrsteigerexamen machen wollte, ihm unterliegt habe.

David bleibt dabei, daß Lissenhoff ihm abends gesagt, dafür könne man ihn knuten.

Materialvertreter Scherer hat das Ende des betreffenden Gesprächs gehört, weiß aber nichts von der Äußerung betreffs Knuten.

Bergmann Schaale aus Ebersberg bekundet: 1901 am Tage nach der Reichstagswahl fragte mich mein Fahrsteiger: Was haben Sie denn gestern bei der Wahl gemacht? Ich antwortete, ich hätte gut gewöhlt. Er sagte dann weiter, wir sollten uns doch nicht gängeln lassen von den Weissleuten, sonst sollten diese mal sehen, was ihr am Lohnstage für Geld mit nach Hause bringt. Einige Monate später wurde ich verlegt an schlechtere Arbeit.

Der Nebenkläger erklärt, daß diese Verlegung erfolgt sei, weil Zeuge nicht vorschriftsmäßig gearbeitet habe.

Steiger Kiefer und Bergmann Wagemann bekunden, daß einem Vergemann Müller die Strafe von 2 Mark wegen frechen Benehmens gegen den Schlafhausmeister Bremer doch vorher bekannt gegeben sei, was Müller bestritten hat.

Bergwerksdirektions-Sekretär Stimpfel bekundet: Ich war seiner Zeit in einem Komitee, das eine Petition für Ausdehnung des Militärpensionsgesetzes auf die Civilbeamten vorbereiten sollte. Herr Hilger ließ mich kommen und sagte, er verspreche sich keinen Vorteil von der Petition. Ich gewann den Eindruck, daß Herr Hilger die Beteiligung nicht gerne sehe und aus Dankbarkeit handelte ich dementsprechend. Auf meine Frage, ob es Herrn Hilger angenehm sei, wenn andre Beamten von seiner Aufschauung informiert würden, erfolgte die Bejahung und ich habe dann den Herren entsprechende Mitteilung gemacht. Einer der Herren hat sich trotzdem weiter beteiligt, es ist ihm aber nichts geschähen.

Hilger hat die von Heine überreichten Lohnzettel prüfen lassen, weiß aber nicht anzugeben, warum die betreffenden Löhne so niedrig waren. In seinem Verhältnis zum christlichen Gewerksverein bemerkt er: es wurde seiner Zeit offensichtlich das Gerücht verbreitet, daß es die Verwaltung gern sähe oder nichts dagegen habe, wenn die Versammlung besucht oder die Mitgliedschaft des Vereins erworben würde. Darauf ist bekanntgegeben, daß dies falsch sei, daß die Verwaltung nicht den Wunsch habe, die Vergleute möchten dem Gewerksverein beitreten; Warnung oder Verbot ist nicht erlassen.

Angellagter Krämer teilt mit, daß die Steiger nach der Verurteilung sagten, nun wisse jeder, was er zu thun habe.

Hilger: Dazu habe ich keinen Auftrag gegeben.

Kaufmann Simon, Fabrikbesitzer Bopelers, Vorsitzender der Hauptstelle für Scharfmacherei, D. B. Kaufmann, Großkaufmann Liesenbrun, Schreinermeister Bürger bekunden, daß sie Unregelmäßigkeiten bei der Wahl nicht bemerkt, Beobachtung ausgeschlossen; sie halten die Lebensverhältnisse der Vergleute für gute; die „Vergemannsdamen“ thun es in den letzten Jahren nicht mehr ohne weiße Handschuhe am Sonntag.

Pfarrer Dr. Meyer-Sulzbach wird gefragt, ob er von der Kanzel erklärt habe, die Katholiken, die nicht Centrum gewöhlt, müßten dies mit ihren Gewissen abmachen. Er bestreitet, „nationalliberal“ gesagt zu haben; er habe nur von denen gesprochen, die der latholischen Kirche ihre Grundrechte nehmen wollten.

Heine erklärt, er habe an diesen Feststellungen absolut kein Interesse, Angellagter habe nichts geschrieben, wozu diese Feststellungen nötig seien.

Schlafhausmeister Bremer bekundet, bei dem Gespräch mit dem Gendarm Walltzel habe er nicht gesagt: Wenn Dregler Schmidtsches Bier hätte, würde er kein Geschäft machen, da dasselbe in der Kantine drei Pfennige billiger verkauft würde. Der Namen des Vergrats Wippert sei überhaupt bei dieser Gelegenheit nicht genannt, sondern in späterer Unterredung in andern Zusammenhang.

Walltzel bleibt bei seinen Behauptungen, Bremer habe gesagt: der Chef wolle nicht haben, daß Dregler verlaufe, weil er nicht Schmidtsches Bier habe. (Der Chef ist Vergat Wippert.)

Lehterer kann nicht zur Zeugnisabgabe erscheinen, da telegraphisch gemeldet ist, er sei verreist.

Nachdem auf Antrag des Nebenklägers die Vorstrafen Dreglers verlesen worden sind, wird die Sitzung um 1 1/2 Uhr auf 4 1/2 Uhr vertagt.

Die heutige

Nachmittags-Sitzung

beginnt um 4 1/2 Uhr. Der frühere Steiger Paulke aus Sulzbach bekundet: Mir ist in 1898 von dem Obersteiger Jakob der Befehl geworden, im Wahllokal aufzupassen.

ob und wen die Vergleute wählten, es sei der bezügliche Befehl von der Inspektion gekommen.

Der Staatsanwalt beanstandet die weitere Vernehmung, da Zeuge als früherer Beamter nicht das Recht habe, über die Vorgänge, wenn es sich um einen amtlichen Befehl handle, auszusagen ohne Genehmigung der früheren Dienstbehörde (§§ 53 der Strafprozess-Ordnung).

Nebenkläger giebt auf die Frage des Vorsitzenden, ob er etwas dazu zu sagen habe, keine Erklärung ab.

Das Gericht beschließt: Die weitere Vernehmung Paulkes darüber, ob ihm von der vorgelegten Behörde Auftrag geworden ist,

die Vergleiche bei der Wahl zu beobachten, wird für unzulässig erklärt, solange die Genehmigung nicht beigebracht ist. Das Gericht hat keine Veranlassung, die Genehmigung einzufordern, da es den fraglichen Punkt für unerheblich erachtet.

Zeuge: Hat Zeuge beobachtet, daß die Vergleiche von Beamten kontrolliert wurden, wie sie wählten, oder hat er selbst solche Beobachtungen angestellt?

Zeuge darf über diesen Punkt ausfallen, da es nicht Dienstgeheimnis ist.

Zeuge: Ich beobachtete, ob die Leute einen Zentrumszettel oder einen nationalliberalen Zettel nahmen, und ging ihnen dann nach, um zu sehen, ob sie den Zettel nicht vertauschten. Ich that das besonders bei solchen Leuten, die zentrumsverdächtig waren, und machte mir dann entsprechende Notizen.

Staatsanwalt: Wachte der einzelne Wähler, daß er beobachtet wurde?

Zeuge: Ei ja, ganz sicher.

Die Anwälte des Nebenklägers stellen fest, daß Zeuge infolge eines Disziplinarverfahrens entlassen ist, weil er verdächtig war, ein Verhältnis mit einer Frau zu haben.

Verfälschung von Dienstzeit giebt Zeuge zu. Die betreffende Wirtin (um die Wirtin handelt es sich) will er nur wie jeder andre Gast besuch haben.

Für den Grunderwerb Alles ist Genehmigung zur Aussage vorhanden. Er sagt aus: Ich weiß mich nicht zu erinnern, daß Herr Berggrat Krümmer mich zwischen Haupt- und Stichwahl aufgefordert hat, bei der Stichwahl liberal zu wählen.

Heine: Sind Sie in dieser Sache vernommen worden?

Zeuge: Nein, nein, überhaupt nicht, kein Mensch hat mich ausgefragt.

Oberberggrat Krümmer aus Bonn, früher Berggrat in Sulzbach, behauptet: Ich habe den Alles ins Bureau kommen lassen, weil eine Beschwerde vorlag, daß Alles andre Arbeiter beschäftigt hatte, indem er ihnen Zentrumszettel anbot. Was ich im einzelnen gesagt habe, weiß ich nicht mehr. Ich weiß aber bestimmt, daß ich ihn nicht aufgefordert habe, liberal zu stimmen.

Heine: Hat Alles denn die Leute bedroht oder so etwas?

Krümmer: Bedroht nicht, aber belästigt, indem er zum Zettelnehmen zuredete.

Heine: Haben Sie denn auch mal einen Bergmann vorgenommen, der Zentrumsleuten zuredete nationalliberale Zettel zu nehmen?

Krümmer: Ich griff nur ein, wenn eine Beschwerde vorlag; eine solche Beschwerde ist mir aber nicht vorgekommen. (Weiterleit.)

Zeuge Steiger Kaul aus Wiebelskirchen soll über Beobachtungen bei der Wahl in Wiebelskirchen vernommen werden; er verweigert sich hinter das Dienstgeheimnis.

Heine: Es handelt sich hier um kein Dienstgeheimnis, sondern darum, ob Sie bei der 98er Wahl beobachtet konnten oder beobachtet haben, wie die Leute wählten.

Zeuge: Solange ich keine Genehmigung habe, kann ich darüber nichts ausfallen.

Nach längerer Rede und Gegenrede zwischen Vorsitzenden, Verteidigung und Nebenkläger sagt Zeuge:

Ich kann mich nicht erinnern.

Auf erneute präzise Frage, ob Beobachtungen durch andre Beamte oder ihm gemacht worden seien, antwortet er wieder: darüber darf ich wohl nicht ausfallen. Schließlich sagt er: nein, man konnte nicht sehen, wie die Leute wählten.

Heine: Sind Sie bei Ihrer Ankunft im Gerichtsgebäude nicht von zwei Beamten auf dem Flur in Empfang genommen worden. Hat man Sie nicht in ein besonderes Zimmer geleitet und dort mit Ihnen über die Sache gesprochen?

Zeuge: Ich habe mich bloß bei meinem Vorgesetzten gemeldet. Gendarm Wieser behauptet: Am vergangenen Sonntag hat in Altenwald eine Glasmacherverammlung stattgefunden, in der außer dem Referenten ein Arbeiter sprach und sagte: Die Vergleiche müßten die Hälfte verdienen, dann würden sie wohl in die Organisation gehen.

Staatsanwalt: Er meinte, daß die Unzufriedenheit der Arbeiter wünschenswert wäre, um sie in die Verbände zu bekommen?

Zeuge: Jawohl.

Diltscheiger Biß soll beklunden, ob er nicht von der Vergewaltigung beauftragt gewesen sei, in eine auf den 27. März d. J. anberaumte Bergarbeiter-Versammlung zu gehen. Er sagt: Ich traf auf einem Spaziergang einen Kollegen und bin auf dessen Einladung mitgegangen zu dem Versammlungsort. Die Versammlung fand aber nicht statt.

Heine: Der Wagen soll von der Grube gestellt gewesen sein.

Zeuge: Das weiß ich nicht. Bergmann Weiß, auf dessen Vernehmung die Verteidigung, nicht aber der Nebenkläger verzichtet, weiß nichts von Wahlkontrolle.

Bergmann Schmidt-Reumkirchen behauptet, daß Bergmann Lang vom Steiger Giesemann geschlagen worden sei.

Bergmann Lang bestätigt, daß Giesemann ihn mit dem Meterstock (kräftiger Stock, den die Steiger tragen) ein paar „übergezogen“ habe; es wäre nicht so schlimm gewesen. (Weiterleit.)

Heine fragt, ob der Saarbrücker Anaptschaftsverein beteiligt sei an der Petition, die Abschaffung der geheimen Wahl bei den Kleinstwahlen fordere.

Hilger erklärt, soviel er wisse, sei dieselbe nur von dem kleineren Anaptschaftsvereine ausgegangen; der Verein für die sächsischen Gruben sei, wenn er nicht irre, nicht beteiligt.

Die vom Staatsanwalt beantragte Verlesung einer Anzahl Artikel aus der Dabach-Presse wird durch Gerichtsbeschluss abgelehnt, da dem Gericht die Haltung der Presse aus eigener Anschauung bekannt sei. Der Vertreter des Nebenklägers sagt, die Aussage Paulis: die Inspektion habe die Kontrolle bei der Wahl angeordnet, könnten sie nicht unabweisbar hingehen lassen, weshalb sie den Berggrat Krümmer zu morgen früh laden würden.

Heine: Ich teile mit, daß ich dann auch für Pauli die Genehmigung zur vollen Aussage haben möchte. (Zum Vertreter des Nebenklägers): Wollen Sie die mitbesorgen, Herr Kollege?

Rechtsanwalt Trier: Ich möchte nicht in Ihre Befugnisse eingreifen, Herr Kollege.

Schluss der Sitzung 6 1/2 Uhr.

Morgen Vormittag Vernehmung einiger Zeugen, dann beginnen die Plaidoyers, die allem Anschein nach morgen erledigt werden.

Aus Industrie und Handel.

Die westfälische Zementindustrie hat auch im Jahre 1903, wenn gleich dieses im ganzen etwas günstiger war als das vorausgegangene Jahr, noch sehr schlechte Geschäfte gemacht. Von den 10 größten westfälischen Zementwerken, mit einem Gesamtaktienkapital von 25,15 und einem Anlagekapital von 6,74 Millionen Mark, hat nur ein einziges Werk eine Dividende verteilt und nur drei haben einen Gewinn erzielt, während sieben ihre Jahresrechnung mit einem Verlust schlossen, der sich insgesamt auf 1,13 Millionen Mark beläuft. Seit einigen Monaten ist die Lage etwas günstiger geworden. Der Absatz geht schneller von hatten und die Preise haben angezogen. Da erfahrungsgemäß die Nachfrage nach Zement während der

Sommer- und Herbstmonate infolge der ausgedehnten Bauhätigkeit zunimmt, so ist im laufenden Jahre auf einen besseren Geschäftsabschluss zu rechnen.

Die Lage der Maschinenindustrie hat sich in den letzten Monaten nur wenig geändert. Von einer durchgreifenden Besserung kann jedenfalls, wie die „Arbeitsmarkts-Korrespondenz“ schreibt, gegenüber dem Vorjahre nicht gesprochen werden. Hat sich auch in den größeren Betrieben die Zahl der Beschäftigten etwas erhöht, so wird dies doch durch den schleppenden Eingang von neuen Aufträgen ziemlich weitgemacht. Im größeren Maschinenbau zu erhalten, geht man mit den Preisen auf ein Niveau herunter, das gegenüber den wieder anziehenden Rohstoffen und Halbfabrikatpreisen als unannehmlich bezeichnet wird. Vor allem fällt auf dem Gebiete des Dampfmaschinenbaues die schlechte Geschäftslage noch immer an. Bezeichnend für die prekäre Lage ist der Umstand, daß manche Betriebe sich der Herstellung neuer Spezialitäten zuwenden, in der ausgesprochenen Hoffnung, dadurch wenigstens mehr Arbeitsgelegenheit zu erhalten. Auch die Herstellung von Spezialmaschinen für einzelne Gewerbe geht in mäßigem Tempo vor sich. Die Neuanfassungen der Juckerfabriken sind nicht erheblich, ebenso lassen die Aufträge aus dem Textilgewerbe zu wünschen übrig, wodurch z. B. der Beschäftigungsgrad in Chemnitz beeinträchtigt wird. Etwas besser ist die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Maschinen, doch genügt sie keineswegs, um sämtliche in Frage kommenden Betriebe auch nur einigermaßen normal zu beschäftigen. Im Werkzeugmaschinenbau zeigt sich auch kein Fortschritt, manche Betriebe wenden sich unter großen Opfern neuen Produktionsgebieten zu. Verhältnismäßig am beständigsten ist noch der Lokomotiv- und Wagenbau beschäftigt, bei dem neben den Aufträgen aus dem Inland auch erhebliche Auslandsbestellungen vorliegen. In der Elektrizitätsindustrie sind die Großbetriebe gut beschäftigt. Mittlere und kleinere Betriebe weisen dagegen, soweit sie mit den Großbetrieben in Konkurrenz treten, eine unerfreuliche Lage auf. Ramentlich ist die Beschäftigung in elektrischen Licht-, Kraft- und Signalanlagen infolge des fortwährend verschärferten Wettbewerbs bei den kleineren Betrieben ungünstig. Auch die kleineren Akkumulatorenbetriebe können kaum mehr ihren Betrieb weiterführen. Charakteristisch ist die Liquidation eines solchen Betriebes in Rheinland-Westfalen, das nach Erledigung der noch vorhandenen Aufträge den Betrieb stilllegt, da der Kampf gegen die auf Herbeiführung eines Monopols abzielenden Bestrebungen des Großkapitals aussichtslos sei.

Der Schiffsahrtskrieg zwischen der englischen Cunard-Linie und ihren kontinentalen Konkurrentinnen hat bereits eine Reihe Ermäßigungen der Passagierpreise zur Folge gehabt. Wie aus London gemeldet wird, bietet der Norddeutsche Lloyd Zwischenbedspassage von einem beliebigen Punkte Großbritanniens nach Boston zu 53/2 Schilling an. Er will damit der Cunard-Linie im Verkehr Liverpool-Boston Konkurrenz machen. Die Hamburg-Amerika-Linie sucht ebenfalls die Auswandererförderung von Schottland nach Amerika an sich zu ziehen. Sie will Zwischenbedspassagiere für 40 Schilling befördern und wird den Verkehr über Leith leiten. Die in Hamburg aufgenommenen Auswanderer müssen für die Fahrt bis Leith bezahlen.

Auch die Red Star Line sowie die American Line, beide Mitglieder des Schiffsahrtstrusts, haben für die Ueberfahrt Liverpool-New York den Preis bis auf 40 Schilling (41 Mk.) ermäßigt, und zugleich haben die genannten beiden deutschen Linien im Verein mit den übrigen kontinentalen Linien die alte Standia-Linie wieder aktiv gestaltet, um dem skandinavischen Geschäft der Cunard-Linie, das den betreffenden Linien bis vor einigen Monaten infolge der Bestimmungen der nordatlantischen Konferenz nicht geöffnet war, Konkurrenz zu machen.

Der Stahlwerksverband ist jetzt, nachdem ihm die Ausführung des Plans, mit den englischen Stahlwerken ein Preisabteil abzuschließen, mißlungen ist, mit aller Energie dabei, die Londoner Vertreter der deutschen Stahlwerksverbände angehörenden Werke zur Gründung einer gemeinschaftlichen Verkaufsgesellschaft zu veranlassen, die als Limited-Gesellschaft (Gesellschaft mit beschränkter Haftung) registriert werden sollte. Es hat sich denn auch eine Kommission unter dem Vorsitz des Vertreters der Firma Krupp in London gebildet, die die nötigen Vorarbeiten in die Hand genommen hat. Indessen scheint die Öffnung der Verkaufsgesellschaft auf eine rasche und in ihrem Sinne günstige Erledigung dieser Angelegenheit, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ berichtet, nicht so bald in Erfüllung gehen zu sollen. Man hatte dem Stahlwerksverband einen Vorschlag für die Gestaltung der Geschäftsbeziehungen zwischen der Verkaufsgesellschaft und dem Verbande unterbreitet. Der Stahlwerksverband ist aber darauf nicht eingegangen, sondern hat seinerseits einen Vertragsentwurf vorgelegt, der den Londoner Agenten eine große Enttäuschung gebracht hat. Nach diesem Entwurf wird zunächst die Provision der Agenten auf 1/2 Proz. herabgesetzt. Ferner ist das Londoner Verkaufshindernis gehalten, seine Aktien bei einer deutschen Bank zu hinterlegen. Der Verband behält sich weiter das Recht vor, im Bureaupersonal der Londoner Verkaufsgesellschaft beliebige Änderungen vorzunehmen, sowie von den bei einer deutschen Bank hinterlegten Aktien nach Gutdünken Stücke an dritte zu übertragen, eventuell auch das Syndikat zur pro rata-Übernahme solcher Aktien anzuhalten und die Vertretungsbesugnisse mit dreimonatlicher Kündigung zu lösen. Darauf aber wollen die englischen Vertretungen der deutschen Stahlwerke absolut nicht eingehen.

Die amerikanische Eisenindustrie sieht heute wieder auf demselben Fleck, wo sie zu Beginn des Jahres stand. Die im März einsetzende Frühjahrsschmelzung des Marktes ist einer erneuten Abflauung gewichen. Obgleich im Mai 20 000 Tonnen Roheisen weniger produziert worden sind als im April, haben die Vorräte um 100 000 Tonnen zugenommen. Es wurden im Mai 1 534 000 Tonnen Roheisen produziert, wovon auf die United States Steel Corporation 973 000 Tonnen entfielen, während im April die Produktion 1 554 000 Tonnen betrug. Die wöchentliche Produktion stellte sich am 1. Juni auf 338 000 Tonnen gegen 366 000 Tonnen am 1. Mai.

Die chemische Fabrik Grünau, Landshoff u. Meyer, Aktiengesellschaft, in Grünau bei Berlin, veröffentlicht ihren Jahresbericht. Die Gesellschaft erzielte in dem verflossenen Geschäftsjahre eine Bruttoertragsnahme von 1 252 898 Mk. (im Vorjahre 1 295 122 Mk.). Nach Verrechnung der Unkosten mit 743 337 Mk. (701 918 Mk.) und der Abschreibungen mit 160 884 Mk. (159 525 Mk.) verbleibt ein Reingewinn von 348 676 Mk. (344 119 Mk.), aus dem 10 Proz. Dividende ausgeschüttet werden sollen.

Verfammlungen.

Nieder-Schönebeck. Der Wahlverein hielt am 2. Juni seine Versammlung bei Spadale ab. In Ermangelung eines Referenten wurde als 1. Punkt „Das Gefinderrecht seit dem 16. Jahrhundert“ zur Vorlesung gebracht, die das Interesse der Mitglieder erregte, schon angesichts der Wählerbewegung, da diejenigen, die der Gefinderordnung unterstellt sind, auch den Wählerhilfen und -Arbeiten nicht viel nachgeben. Mit besonderer Entrüstung wurde das Verhalten der Nieder-Schönebecker Wählermeister ausgenommen; auch wurde darauf hingewiesen, die nötigen Folgerungen aus dem Streit zu ziehen. Es haben in Ober-Schönebeck 5 Wählermeister die gerechten Forderungen der Gehilfen anerkannt. Anders in Nieder-Schönebeck, wo sich der Wählermeister Behndt erlaubte, seine Gehilfen angesichts der Forderungen zu entlassen; hingegen es ihm ein leichtes war, sich willige und vielleicht auch billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Der Schwiegersohn ist Feldwebel bei dem Franz Garde-Grenadier-Regiment, von wo sich ja auch zwei arbeitswillige Soldaten eingefunden hatten. Nachdem die Forderungen, soweit wie notwendig war, von den Meistern bewilligt waren, konnten die Herren Militärs auch wirklich Wählern wieder Platz machen. Aber allzu schwierig ist es am Orte auch nicht, sich Brot und Nachware aus Ober-Schönebeck zu bestellen. Desgleichen wurde der Lokalkampf, welcher gegenwärtig gegen das Lokal-Kaffehäuser geführt wird, besprochen. Es wurde mit Genehmigung begrüßt, daß zu Pfingsten am allen Ecken

Plakate prangen, die dem erholungsfindenden Publikum mitteilen, daß das obengenannte Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht. Obwohl dieses den nassen Thatsachen entspricht, so fehlt doch die Haasebrauerei, die Inhaberin dieses Lokals ist, ihren ganzen Apparat an Stellern usw. in Bewegung, um diese Plakate zu zerstören und den Rest mit schwarzer Farbe zu bestreichen. Hervorragend bei dieser Art arbeiteten der Zigarrenfabrikant Stehner und dessen Gehilfe am Orte, Inhaber des Zigarrengeschäftes vis-a-vis vom Bahnhof.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Münster, 10. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der Spielwarenbranche Münsters (Flaschner und Metallbrüder) wurde der Streik mit 2/3 Majorität beschloffen. Vorher stattgefunden Verhandlungen mit den Industriellen hatten kein annehmbares Resultat. Weitere Verhandlungen in Aussicht. 3000 Personen sind bei dem Streik beteiligt.

Hamburg, 10. Juni. (B. Z. V.) Heute nachmittag fand eine Versammlung der ausständigen Brauerei-Arbeiter statt; in dieser wurden Resolutionen eingebracht, die sich gegen die Vernehmung des Schiedsgerichts sprachen; genehmigen könne man diesen nur, wenn ein wirklich partiatischer Arbeitsnachweis und nicht nach dem Muster des Berliner eingerichtet werde und wenn die Arbeitgeber sich verpflichten, die jetzt Ausständigen binnen einer kurzen Frist wieder einzustellen.

Grubenunfall.

Reh, 10. Juni. (B. Z. V.) In den Gruben der Saar- und Mosel-Bergwerksgesellschaft zu Karlingen bei Spittel an der Lothringischen Grenze erfolgte heute nach Abgabe eines Sprengschusses eine Explosion schlagender Wetter. Ein Steiger war sofort tot, drei Mann sind tödlich verletzt, die Verunglückten sind bis jetzt noch nicht geborgen; außerdem sind zwei Mann leicht verletzt. Die Arbeit in den Gruben ist nicht gestört.

Mainz, 10. Juni. (B. Z.) Seit etwa 14 Tagen wird gegen den Zeughauptmann Kühnemann eine Untersuchung außerordentlich geheim betrieben. Es soll sich um bedeutende Betrügereien mit Unterschlagungen handeln.

Wien, 10. Juni. (B. Z. V.) Die österreichische Quotendeputation stimmte nach längerer Debatte mit 7 gegen 6 Stimmen dem Vorschlag der ungarischen Quotendeputation auf Beibehaltung der bisherigen Quote zu.

Berlin, 10. Juni. (B. Z.) Die Regierung verbot für morgen die aus Anlaß des Jahrestages der Ermordung des Königspaars geplanten Konzerte wie auch die Välle im Offizierskasino. Ein projektiertes Offizierskonzert findet erst am 15. Juni statt.

Borsdorf, 10. Juni. (B. Z.) Die Arbeiter der hiesigen Petroleumgruben sind in Streik getreten.

Venedig, 9. Juni. (B. Z. V.) Heute nachmittag brach in einer hiesigen Webefabrik Feuer aus, das sich auch auf die umliegenden Gebäude, darunter eine Weberei, ausdehnte. Den Anstrengungen der Feuerwehr gelang es schließlich, den Brand auf die Webefabrik und die Weberei zu beschränken, welche vernichtet wurden. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Man befürchtete, daß das Feuer infolge des heftigen Sturmes sich auf die Kirche San Giorgio Maggiore ausdehnen würde und ließ deshalb die Gemälde Carpaccios aus derselben entfernen. Glücklicherweise gelang es, das Feuer zu löschen; über die Entstehung des Brandes ist noch nichts festgestellt.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 10. Juni. (B. Z. V.) Justizminister Fallé erklärt, die Tarife für die Gerichtskosten seien von seinem Amtsvorgänger aufgestellt worden, und berichtet einige von Vos angeführte Zahlen. Vos und Jaurès rufen sich unter dem Lärm der Reden einige Bemerkungen zu. Millerand (Soc.) erklärt, der Justizminister Fallé, der 14 Monate Zeit gebraucht habe, ehe er die Tarife genehmigte, könne die Verantwortung nicht auf seinen Vorgänger abwälzen; die Regierung sei für diese Tarife verantwortlich. Redner sagt hinzu, zweifellos werde man zur Verteidigung der Regierung wieder anführen, daß das von der Regierung unternommene Werk der Verweltlichung und der Befreyung auf sozialem Gebiet in Frage gestellt werde, wenn man die Regierung stürze. (Bewegung.) Wenn man aber näher zusehe, dann seien die angeblich von der Regierung eingeführten Reformen nur Rauch und Augentuschung. (Weisfall rechts und im Centrum. Murren links.) Ministerpräsident Combes erwidert, der einzige Fehler der Regierung sei, daß sie schon zu lange bestünde. Die Opposition komme nicht mehr von der Rechten oder vom Centrum, sondern von den Mitgliedern des früheren Ministeriums Waldeck-Roussin, das die jetzigen Minister drei Jahre lang verteidigt hätten. (Lebhafter Weisfall links.) Es sei unwürdig von Millerand, die Regierung wegen einer Gerichtskostenfrage zu stürzen zu suchen. (Weisfall.)

Paris, 10. Juni. (B. Z. V.) Senat. Le Provost de Launay (Monarchist) bringt den Weimarsch der Soldaten vom 29. Mai zur Sprache. Kriegsminister Andreé erklärt, wie er es auch in der Kammer getan hat: er debauere, die Genehmigung zu diesem Marsch erteilt zu haben. De Lamazelle (Nationalist) erwidert dem Kriegsminister, es sei bedauerlich, daß der Minister die Gesuche um Genehmigung des Marsches nicht abgewiesen habe. Die Linke beantragt hierauf die einfache Tagesordnung, welche mit 181 gegen 88 Stimmen angenommen wird.

Som ostantischen Krieg.

Mulden, 10. Juni. (Meldung der „Russischen Telegraphen-Agentur“.) Die Armee des Generals Auroki beginnt ihre Vorwärtsbewegung. Die russischen Vorposten sind im Gebiet von Ramahaj (Ramagaj?) und Tienshan auf beträchtliche japanische Streitkräfte gestoßen. Jeden Tag finden Scharmüel zwischen den beiderseitigen Vorposten statt. Die russischen Truppen gehen langsam vor den überlegenen feindlichen Streitkräften zurück.

Tokio, 10. Juni. (B. Z. V.) [Amtliche Meldung.] General Auroki berichtet: Eine unserer Abteilungen hat am 7. Juni Saimatji besetzt. Unsere Verluste waren: 3 Mann tot, 24 Mann verundet, während der Feind 28 Tote auf dem Schlachtfelde zurückließ, außer zwei Offizieren und fünf Mann, die gefangen genommen wurden. General Aurokis Armee, die mit den in Tsalushan gelandeten Truppen gemeinsam operiert, hat am 7. Juni Sijusen besetzt und den Feind auf Tomatshö und Kaping zurückgedrängt. Der Feind zählte 4000 Mann Kavallerie mit 6 Geschützen. Unsere Verluste betragen: 3 Mann tot, ein Leutnant, ein Unterleutnant und 28 Mann leicht verundet.

London, 10. Juni. (B. Z. V.) Der Korrespondent des „Neuerischen Bureaus“ im japanischen Hauptquartier in der Randshurei telegraphiert heute über Japan: Seit einiger Zeit werden von der ersten Armee sehr wichtige Operationen unternommen. Die Armee marschiert seit zwei Tagen in vier Kolonnen vorwärts und unternimmt Reconnozierungen auf den Straßen nach Nausang, Haischöng, Saimatji und Hsuijen. Die Japaner haben bereits einige Städte besetzt, deren russische Garnisonen, in Stärke von je mehreren hundert Mann mit Geschützen, nach heftigem Kampfe zum Abzug genötigt wurden. Die Verluste der Japaner betragen 65 Mann.

New York, 10. Juni. (B. Z.) Militär schloß die einzige noch im Cripple-Creek-Distrikt befindliche Grube, um alle Gewerkschaftsmitglieder entfernen zu können. Gestern wurden insgesamt 80 Gewerkschaftsparteiler fortgeschafft. Die Bürgeralliierten und die Minenbesitzer erließen eine Proklamation, derzufolge alle Gewerkschaftsparteiler entfernt werden sollen. Wafferte Männer drangen in die Redaktion eines arbeiterfreundlichen Blattes, vertrieben die Redakteure und Seher und demolierten die Druckerei.

Reichstag.

95. Sitzung. Freitag, den 10. Juni 1904, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratliche: Graf Pofadowsky.

Die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Kaufmannsgerichte wird bei den Paragraphen, die das Wahlrecht zu den Gerichten regeln, fortgesetzt.

Abg. Träger (fr. Sp.):

Eigentlich ist alles bereits gesagt, was zu der Sache zu sagen ist, aber gegen gewisse Vorkommnisse kann nicht scharf und oft genug protestiert werden. Der Kompromissantrag hat uns eine sehr unangenehme Ueberraschung bereitet. Am meisten hat mich geschmerzt, daß auch Herr Trimborn ihn unterschrieben hat. Herr Trimborn war bisher ein sozialpolitischer Leuchturm (Weiterleit), der Leuchtturm hat sich aber auf einmal gedreht und die Lichter nach innen gehalten. Auch Leuchttürme wandeln manchmal. (Weiterleit.) Herr Trimborn hat ein heiteres und ein nasses Auge, das nasse wendet er der Regierung zu, wenn er mit herzlichem Bedauern jedes Opfer bringt, und mit dem heiteren Auge blickt er getrost auf den Rest, der ihm gnädigst überlassen wird. (Weiterleit und Sehr gut! links.) Er sagt, es geht auch so. Dies Wort ist eines der verderblichsten, die ich kenne. (Sehr richtig! links.) Mit diesem Worte sind die kühnsten Hoffnungen, die idealsten Pläne begraben. Gewiß, es geht auch so; es ist eine lange Zeit ohne Verfassung gegangen, und es kommen ja auch heute noch Dinge vor, die uns bezweifeln lassen, ob wir überhaupt eine Verfassung haben! (Sehr richtig! links.) Die lange Kette der parlamentarischen Tätigkeit des Reichstages ist vielfach variiert durch Kompromißnoten. (Weiterleit.) Dieser neueste Kompromiß aber verdient seinen Namen voll und ganz. Mit ihm kompromittieren Sie sich und Ihre Sache. (Weiterleit und Sehr richtig! links.) Es hat sich gewissermaßen das Gewohnheitsrecht herausgebildet, daß die Volksvertretung der Regierung unter allen Umständen nachgibt. Die Regierung sagt: Das konzediere ich, Gründe gebe ich nicht an, Ihr müßt Euch fügen. Und die Reichstagsmehrheit ist auch so gutmütig sich zu fügen und der Regierung die Verantwortung abzunehmen. Es wird gesagt, die Kaufmannsgerichte müssen zu stande kommen; aber die Regierung hat daran doch das gleiche Interesse wie der Reichstag. (Sehr richtig! links.) Käufchen Sie sich darüber nicht: Wenn die Kaufmannsgerichte in dieser verschlechterten Gestalt angenommen werden, dann werden die Klagen der Enttäuschten und der Benachteiligten sich nicht gegen die Regierung wenden, sondern gegen den Reichstag, der so schwach gewesen ist. Das Wort: „Schwäche, Dein Name ist Reichstag!“ wird man dann umwandeln: „Schwäche, Dein Name ist Reichstag!“ (Weiterleit und Sehr gut! links.) Von 60 verbündeten kaufmännischen Vereinen weiblicher Angestellter ist dem Reichstage eine Erklärung zugegangen, wonach jene die Kaufmannsgerichte nicht als wirkliche Berufsvertretung anerkennen können, wenn ihnen das aktive und passive Wahlrecht nicht gegeben wird. Und sie haben vollkommen recht damit. Das Ziel dieses Gesetzes ist doch gerade der Schutz der Schwachen, jeder soll von seinesgleichen abgeteilt werden. In gewissen kaufmännischen Branchen bilden die weiblichen Angestellten die Majorität. Es giebt weibliche Angestellte, die von ihren Prinzipalen zu Prokuristen gemacht, mit äußerstem Vertrauen beehrt und in die schwierigsten, verwickeltesten Sachen eingeweiht werden. Diese Damen sollen nicht fähig sein, als Beisitzer bei Kaufmannsgerichten zu fungieren? Wer mir da die Logik nachweist, dem verspreche ich eine außerordentliche Belohnung, die aber nicht als Wette, sondern als Auslobung gelten soll. (Große Heiterkeit.) Es giebt ja einzelne männliche Angestellte, die galant und einsichtig genug sind, die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts anzuerkennen. Die Mehrzahl derselben aber steht ihren weiblichen Kollegen geradezu feindlich gegenüber. Der große Hamburger Verein von 1858 hat es sogar gewagt, die Sittlichkeit der weiblichen Angestellten anzuzweifeln. (Hört! hört! links.) Als Grund seiner ablehnenden Haltung führt er aus: „Wir haben zu befürchten, daß infolge der Beteiligung der Frauen an den Beisitzergewahlen das für die Handlungsgehilfen schädliche Eindringen der weiblichen Angestellten in kaufmännische Betriebe noch weitere Förderung erfährt und die Gegensätze zwischen männlichen und weiblichen Angestellten verstärkt würden.“ Da haben Sie die Konkurrenzangst. Aber nicht durch die Gewährung des Stimmrechts, sondern gerade durch die Verjagung desselben wird der Gegensatz zwischen den männlichen und weiblichen Angestellten immer mehr verschärft werden. (Sehr richtig! links.)

Das Wesen der Berufsgerichte liegt doch gerade darin, daß jeder von Leuten, die mit seinen Verhältnissen auf das innigste vertraut sind, abgeteilt wird. Erhalten die Frauen das Wahlrecht nicht, so ist es begreiflich, wenn sie mit äußerstem Mißtrauen gegen die Kaufmannsgerichte erfüllt werden. Gründe gegen das Frauenwahlrecht sind von keiner Seite angeführt worden. Die Regierung stellt sich einfach auf den Standpunkt: sic volo, sic jubeo! (Sehr wahr! links.) Die Regierung scheint weitere Ansprüche der Frau zu fürchten, wenn sie hier das Wahlrecht erhält. Aber das Frauenwahlrecht zu den kaufmännischen Gerichten ist doch noch kein Rechtstitel auf das politische Wahlrecht. Oder meint die Regierung, am Ende könnte gar eine Frau Staatssekretär oder Reichskanzler werden? Wer das ausdenken kann, den beende ich um die Stärke seiner Phantasie. Es giebt gewiß viel Gescheitheit dazu, solche Posten zu besetzen, und die Frauen stehen in dem Maße, diese Gescheitheit zu besitzen. (Weiterleit.) Die Erfahrung aber zeigt, daß auch Männer sie besitzen. (Große Heiterkeit.) Der Weltkrieg der Frauen, der gerade jetzt in Berlin zusammenbricht, wird Ihrer Entscheidung über das Stimmrecht der weiblichen Angestellten besondere Aufmerksamkeit schenken. Fällt diese Entscheidung im Sinne des Kompromissantrages, so ist das ein Hauptschlag ins Gesicht des Kongresses. An Verhinderungen theoretischen Wohlwollens haben Sie es ja nicht fehlen lassen. Aber bevor dieses theoretische Wohlwollen sich in die geringste Handlung umsetzt, wird, so fürchte ich, der blonde Scheitel einer jungen Verkäuferin längst ergraut sein. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall links.)

Abg. Trimborn (C.):

Wenn Herr Träger einmal spricht, hört ich ihm jeder im Hause mit außerordentlicher Freude zu. Wäre er alt würde ich sagen: Diesen Alten höre ich immer gern. (Weiterleit und Zustimmung.) So sehr ich ihn schätze, will ich einen Gang mit ihm wagen. Die Heraushebung des passiven Wahlalters von 25 auf 30 Jahre halten wir alle für sehr bedenklich. Die Auswahl der Beisitzer wird dadurch außerordentlich beschränkt, ja in kleineren Orten können Verlegenheiten entstehen. Aber die Verantwortung dafür trifft die Regierung und wir wollen wegen dieses Mangels nicht das ganze Gesetz zu Fall bringen. (Lachen links.) Als ich Ihnen längst zurief: Folgen Sie den Beschlüssen der Kommission, war es der rechte Weg; wenn Sie aber jetzt der Kommission folgen und die Kompromissanträge ablehnen wollten, wäre es der Weg des Verderbens. (Lachen links.) Die Herren Müller-Meinungen und Dove haben es sehr billig, den Satz zu spielen, da sie im Herzen Gegner der Vorlage sind. Das ist bei den Kommissionsberatungen deutlich hervorgetreten...

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht intime Vorgänge aus der Kommission mitteilen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Trimborn (fortfahrend):

Herr Müller-Meinungen meint, der Reichstag sei nur noch ein Automat, der die Vorlagen der Regierung so wiedergebe, wie sie an ihn kämen. Das wird doch den Thatsachen nicht gerecht. Wir haben allerdings Wesentliches konzediert, was uns gewiß sehr schwer geworden ist, aber andererseits haben wir eine Reihe wesentlicher Punkte, wie zum Beispiel das Proportional-Wahlssystem, gegen den

scharfen Widerspruch der Regierung durchgesetzt. Also ein Kompromiß liegt in der That vor, und ohne Kompromisse geht es nun einmal bei unserer heutigen Verfassung nicht ab. Wir sind in keinem Punkte hinter das Gemeinrecht zurückgegangen. Die Herren Socialdemokraten möchte ich einmal direkt fragen, ob sie das Gesetz wollen oder ob sie es nicht wollen. Ich bin überzeugt, in ihrem Herzen denken sie, wenn doch nur das Gesetz mit dem Kompromissantrag angenommen würde! Warum sagen Sie das denn nicht offen? Es ist immer dasselbe, wie bei allen sozialpolitischen Gesetzen; wir müssen die Sache zu stande bringen und hinterher müssen wir dann von Ihnen hören: ja, wenn wir nicht wären, dann wäre überhaupt keine Sozialpolitik. Aber in der That die Wohlthaten dem Volke zuführt, das sind die positiv arbeitenden bürgerlichen Parteien. (Sehr richtig! im Centrum. Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Es wird gesagt, lassen wir doch das Gesetz scheitern, in einem oder zwei Jahren muß die Regierung mit einem neuen kommen. Wer so argumentiert, kennt die Situation sehr schlecht, die Gegnerschaft gegen dieses Gesetz ist immer stärker geworden; der Anschlag an die Gewerbegerichte ist nur jetzt zu erreichen oder nie; daher sage ich mir, der Sperling in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dache, das ist klug und weise Politik. (Lachen bei den Socialdem.) Ich behaupte, daß auch die Frauen mit dem Gesetze zufrieden sein können. Wenn sie auch das Wahlrecht nicht haben, so haben sie doch den Vorteil, von ihren Berufsgenossen abgeteilt zu werden. Wenn es nach Herrn Träger ginge, beläßen sie gar nichts. Also vom Standpunkte eines praktischen Sozialpolitikers, nicht vom Standpunkte eines dichterisch veranlagten Sozialpolitikers erscheint die Vorlage auch für die Handlungsgehilfen annehmbar. Freilich, Sie (nach links) werden jetzt als die „Helden“ gefeiert, wahrscheinlich schon auf dem internationalen Frauenkongreß (Weiterleit), aber wenn das Gesetz jahrelang legendärisch gewirkt hat, dann wird man sagen: Damals strahlten die Herren Träger, Dove, Müller-Meinungen in der Glorie unentwegter Tapferkeit. Der Lauf der Zeit hat doch gelehrt, daß die Klägerin und Weiserin die um Herrn Trimborn waren. (Große Heiterkeit.)

Staatssekretär Graf Pofadowsky:

Es ist eine tatsächliche Unrichtigkeit, wenn man behauptet, daß durch den Kompromissantrag die Regierungsvorlage wiederhergestellt wird. Es bleiben noch sehr viele Änderungen übrig, die die Regierung zwar bekämpft, aber aller Voraussicht nach annehmen wird, wenn nach dem Kompromissantrag beschlossen wird. Herr Dove hat gestern sehr energisch für das aktive und passive Frauenwahlrecht gesprochen. Wenn er ganz offen sein würde, würde er zugeben, daß, wenn das ganze Gesetz im Erlaß verschwände, er sich darüber sehr großes Haargelächeln machen würde. (Große Heiterkeit, in die Abg. Dove, der sich nur eines sehr spärlichen Haargelächels erfreut, mit einstimmt.) Es wird behauptet, wenn die Frauen das aktive Wahlrecht nicht hätten, so würden die Männer als ihre Konkurrenten zu ihren Ungunsten entscheiden. Wenn das richtig wäre, dann würde daraus nur eins folgen, daß nämlich Frauen überhaupt nicht befähigt sind, ein Richteramt zu üben. Ich habe zu der Gewissenhaftigkeit deutscher Männer, die ihr Brot ehrlich erwerben, ein größeres Vertrauen. Ich halte den Schritt, der hier gethan werden soll, für außerordentlich wichtig, um so mehr, da nicht vorauszu sehen ist, wann die Reform eintreten wird, die auf zivilrechtlichen Gebieten geplant ist und die, wenn sie früher eingetreten wäre, wahrscheinlich alle Sondergerichte überflüssig gemacht hätte. Ich kann Ihnen nur dringend raten, den Kompromissantrag anzunehmen, wenn Sie wirklich und sachlich den Volksworten helfen wollen, für die das Gesetz gemacht ist. Sie wissen ja, das Gesetz wird intra et extra muros bekämpft.

Abg. Lipinski (Soc.):

Der sozialpolitische „Leuchtturm“, der Herr Trimborn nach Herrn Träger ist, leuchtet nicht sehr anhaltend und ist in Wahrheit ein ungeheures Juchaz. Denn wenn der Kompromissantrag angenommen wird, dann wird ein Gesetz beschlossen, dessen Ausführung praktisch in der Luft schwebt. Herr Trimborn meint, wenn jetzt die Vorlage scheiterte, sei nicht abzusehen, ob überhaupt jemals noch Kaufmannsgerichte den Reichstag beschäftigen würden. Aber die ganze soziale Gesetzgebung wäre bedeutend weiter, wenn nicht eine Reihe von Parteien den Mut besäßen, gerade dann zurückzuweichen, wenn der entscheidende Moment gekommen ist, etwas zu erlangen und hinter den Coulissen abzuschließen. Wenn Windthorst nach dieser Taktik verfahren wäre, hätten Sie (zum Centrum) die Waage noch in vollen Umfang. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Graf Pofadowsky meint, daß die Beschäftigung der männlichen Angestellten könnten ungerecht gegen ihre weiblichen Kollegen urteilen, gegen die Laiengerichte überhaupt sprechen würde. Es ist aber nur darauf hingewiesen worden, daß zwischen Mann und Frau im kaufmännischen Berufe ein besonders großes Mißtrauen besteht, und daß dieser Gegensatz sich auch auf die richterliche Tätigkeit übertragen würde. Wer die Handlungsgehilfen-Bewegung kennt, weiß, daß dieser Gegensatz vorhanden ist. Was bringt der Bundesrat gegen die Erteilung des Frauenwahlrechts eigentlich vor! In der Kommission hat der Staatssekretär nach dem Verichte ausgeschrieben, die Regierung könnte der Frau keine politische und richterliche Funktion übertragen. Das passive Wahlrecht der Frau wäre ja allerdings eine richterliche Funktion, aber das aktive Wahlrecht hat weder mit der Politik, noch mit dem Richteramt etwas zu thun, sondern gewährt der Frau bloß die Möglichkeit, unter den Kandidaten denjenigen auszusuchen, der ihr am geeignetsten erscheint, ihre Interessen wahrzunehmen. Es handelt sich also nur um die Wahrnehmung materieller Interessen. Es ist weiter behauptet worden, der Zeitpunkt sei noch nicht gekommen, den Frauen das Wahlrecht zu geben. Wenn wir aber immer warten wollten, bis die sozialpolitische Weisheit im Bundesrat Boden gewonnen hat, so könnten wir lange warten. Bekanntlich besteht das aktive Frauenwahlrecht bei den Gewerbegerichten in Italien und Oesterreich und hat sich durchaus bewährt. Die Nichtbewilligung des Wahlrechts an die Frauen würde das Mißtrauen zwischen den weiblichen und männlichen Angestellten nur erhöhen und in den Agitationen würde der Gegensatz noch stärker als bisher hervortreten. Alle Verbände der kaufmännischen Angestellten von rechts und links sind darin einig, daß das passive Wahlalter das 25. Lebensjahr sein muß. In einer Petition vom 12. Februar d. J. haben deutsche Verbände kaufmännischer Vereine, der „Verein von 1858“ und der „Verband deutscher Handlungsgehilfen“ übereinstimmend darauf hingewiesen, daß unter 447 140 männlichen Handlungsgehilfen 308 082 im Alter bis zu 30 Jahren und 227 591 im Alter bis zu 25 Jahren sich befänden. Nach dem Regierungsentwurf würden also 69 Proz. aller Handlungsgehilfen vom passiven und 51 Proz. vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen sein. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Nimmt man noch die Bestimmung des zweijährigen Wohnsitzes hinzu, daß nur Handlungsgehilfen bis zu einem Einkommen von 5000 Mark wählen sollen, so ergibt sich, daß es an vielen Orten gar nicht möglich sein wird, genügend Weisiger zu stellen. Wenn Sie die Kaufmannsgerichte in ihrer Existenz nicht in die Luft stellen wollen, müssen Sie das passive Wahlalter auf das 25. Lebensjahr festsetzen. Bei den Gewerbegerichts-Wahlen ist das passive Wahlalter allerdings auf das 30. Jahr festgesetzt und beim Gerichtsverfassungsgesetz ist es ebenso. Andererseits aber ist es Thatsache, daß im kaufmännischen Berufe bei der Hinaufgründung des passiven Wahlalters gar nicht genug geeignete Personen zu Weisigern gefunden werden können. In Oesterreich und Italien tritt die Wahlfähigkeit und das aktive Wahlrecht bereits mit der Volljährigkeit ein. Auch in einer Petition der Kleinsten der Berliner Kaufmannschaft heißt es: Die Handlungsgehilfen sind mit 21 Jahren wohl im Stande, in angemessener Weise ihre Interessen zu vertreten. Ebenso hat sich die färschlich in Magdeburg stattgehabte Generalversammlung des Centralverbandes der Handlungsgehilfen für die Herabsetzung des wahlfähigen Alters aus-

gesprochen. Herr Trimborn war sehr neugierig, wie wir stimmen würden. Er wird schon warten müssen bis zur 3. Lesung. Dann wird er unsere Stellungnahme zum ganzen Gesetz erfahren. Herr Latmann wußte gestern noch nicht, was für eine Stellung seine Freunde zum Gesetz einnehmen werden. Das ist sehr undankbar von ihm gegen den deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband, durch dessen Unterstützung er doch wesentlich gewählt ist. Dieser Verband hat in einer Petition den größten Nachdruck darauf gelegt, daß die Kommissionsbeschlüsse in der zweiten und dritten Lesung beibehalten werden möchten. Ich bitte Sie dringend, von den Kompromissanträgen zurückzutreten und unsern Antrag, zum mindesten aber die Beschlüsse der Kommission anzunehmen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Böcker (Wirtsch. G.):

Meine Freunde sind seit gestern zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir kaum für die durch den Kompromissantrag veränderte Vorlage stimmen können. Rückhaltlos und freudig hat der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband die Verbesserungen der Kommission begrüßt, und man wird in den Kreisen der Handlungsgehilfen über diesen plötzlichen Rückzug sehr enttäuscht sein. Noch gestern abend haben mir die Führer des deutsch-nationalen Verbandes gesagt: Jetzt müssen Sie gegen das Gesetz stimmen, zu den Kaufmannsgerichten, wie Sie sich nach dem Kompromissantrag gestalten werden, haben wir kein Vertrauen. Vor allem die Heraushebung des Wahlalters auf 30 Jahre ist für die Handlungsgehilfen unannehmbar, nennt man doch mit Recht den Handlungsgehilfenstand den Stand der jungen Leute. In den kleinen Geschäften giebt es überhaupt fast keine Gehilfen mit dreißig Jahren, es kommen da höchstens die Wagners des großen Warenhäuser in Betracht. — Daß bei dieser Gelegenheit auch das Frauenwahlrecht fällt, kann uns nicht weiter berühren. Wenn man es erlöst hat, wie beim Kampfe um das Warenhaussteuer-Gesetz unter der Führung der Hausfrauen und Vater von Weichem und Tieg die jungen Damen die Redner der anderen Richtung niederquiechten, wird man zu der Rechtspredung durch die weiblichen Handlungsgehilfen kein besonderes Vertrauen haben können. — Die Unannehmbarkeitsdeklarationen von Seiten der Regierung haben sich in letzter Zeit so gehäuft, daß wir endlich einmal entschieden dagegen Stellung nehmen müssen. Wir werden dahin kommen müssen, gewisse Lieblingsvorlagen der Regierung einmal gründlich ins Wasser fallen zu lassen. (Bravo! bei den Antifeministen.)

Abg. Dove (fr. G.):

Ich muß dem Abg. Trimborn das Recht bestreiten, mich als einen Gegner der Vorlage zu bezeichnen. Herr Trimborn kann die Probe auch Fremper machen: Wenn er seine Anträge zurückzieht, will ich gern für die Kommissionsbeschlüsse stimmen. An und für sich nehme ich auch lieber den Sperling in der Hand, als die Taube auf dem Dache. Nur darf der Sperling nicht so naß sein, auf den verzichte ich! (Weiterleit und Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.):

Wenn der Kompromissantrag angenommen wird, so werden wir uns noch sehr überlegen müssen, ob die Annahme der Vorlage im ganzen möglich ist. Es ist durchaus nicht richtig, daß wir der Vorlage ein Nein stellen wollen, wie Herr Trimborn meinte. Gerade aus unsrer Anrogung sind verschiedene Verbesserungen in das Gesetz gekommen. Also wir sind bereit, positiv zu arbeiten, freilich nicht unter allen Umständen positiv, ganz gleichgültig, was dabei herauskommt, wie es das Centrum macht, das doch nur seine Taktik verfolgt, um der Regierung immer klar machen zu können: Wir sind die allein positive, die allein maßgebende Partei.

Abg. Trimborn (C.):

Herr Dove hat auf dem Handelskongreß eine Resolution zur Annahme empfohlen, welche die Vorlegung dieses Gesetzes bedauerte. Uebrigens hat auch Herr Kommen den Zwischenruf gemacht: Wenn das Gesetz scheiterte, wäre es auch kein Schaden. Ich konstatiere auch, daß von der socialdemokratischen Partei eine präcise Antwort auf meine Frage, ob sie eventuell das ganze Gesetz scheitern lassen würde, nicht erfolgt ist.

Abg. Dove (fr. G.):

Ich kann nur wiederholen, daß ich allerdings kein Freund des Kompromissantrages, wohl aber ein Freund der Kommissionsbeschlüsse bin.

Abg. Singer (Soc.):

Herr Trimborn hat wohl überhört, daß mein Fraktionsgenosse Lipinski gesagt hat, wir behalten uns unsere Stellung zum Gesetz für die dritte Lesung vor. Dann wird er freilich die Antwort so klipp und klar bekommen, daß er sie verstehen wird.

Abg. Kommen (fr. G.):

Ich habe allerdings den Zwischenruf gethan „wenn das Gesetz fallen würde, so wäre es kein Schaden“, ich habe aber den Kompromissantrag damit gemeint und nicht die Kommissionsbeschlüsse.

Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung werden zunächst die gleichlautenden socialdemokratischen und freisinnigen Anträge auf Gewährung des passiven Wahlrechts an die weiblichen Handlungsgehilfen gegen die Stimmen der Socialdemokraten, Freisinnigen und des Abg. Semler (natl.) abgelehnt. Die Kompromissanträge auf Heranziehung des passiven Wahlalters von 25 auf 30 Jahre, des aktiven Wahlalters von 21 auf 25 Jahre und auf Befreiung des aktiven Wahlalters der weiblichen Handlungsgehilfen werden abgelehnt gegen die Stimmen der Konservativen, des Centrums und der Nationalliberalen. Für die Kommissionsbeschlüsse stimmen hier die sehr zahlreich vertretenen Socialdemokraten, Freisinnigen und Antifeministen. Die Kommissionsbeschlüsse sind danach durchgängig aufrechterhalten.

Die folgenden Paragraphen werden debattellos angenommen.

§ 15 handelt vom Verfahren.

Abg. Jshert (C.)

beantragt hierzu, daß Rechtsanwalte vor dem Kaufmannsgericht zugelassen werden sollen bei Prozessen wegen der Konkurrenzklause, oder wenn eine der Parteien am Sitz des Gerichts weder wohnt noch eine Handelsniederlassung hält. Redner erklärt, daß in seiner Partei viele dem Gesetzestwurf widersprechen wegen der weiteren Abänderung eines Stabesgerichts, wegen der Einbeziehung der Konkurrenzklause und wegen des Ausschlusses der Rechtsanwalte. Wenn im Kompromissantrag eine mittlere Linie gesucht worden ist, so ist das, wenn überhaupt ein Unfall, ein Unfall zu Gunsten der Handlungsgehilfen. Auch der vorliegende Antrag enthält keinen Unfall, sondern will das Gesetz denjenigen annehmbar machen, die gegen die Einbeziehung der Konkurrenzklause sind.

Die Socialdemokraten beantragen zu diesem Paragraphen die Verfassungssumme von 300 auf 500 R. zu erhöhen.

Abg. Lipinski (Soc.)

begründet diesen Antrag und verweist auf die Petitionen der Handlungsgehilfenverbände aller Richtungen, die einhellig den Ausschluß der Rechtsanwalte und die Heranziehung der Verfassungssumme verlangt hätten. Durch die Teilnahme der Rechtsanwalte würden die schiedsrichterlichen Aufgaben der Kaufmannsgerichte leiden. Der Antrag Jshert müsse daher abgelehnt werden. Ein Streit darüber, welche Partei die Mehrheit der Handlungsgehilfen hinter sich habe, sei sehr müßig. Die Hauptsache sei, das Gesetz vernünftig zu gestalten und dies Ziel erstrebten die socialdemokratischen Anträge. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.):

Wenn Reichsgericht bekämpft die Socialdemokratie die Heraushebung der Verfassungssumme und hier bei dem Kaufmanns-

gericht will sie die Revisionssumme schablonenmäßig erhöhen. (Sehr wahr! im Centrum.) Da die Konkurrenzkauf mit in den Kreis der Aufgaben der Kaufmannsgerichte gezogen ist, liegt es durchaus im Interesse der Arbeitnehmer, daß die Rechtsanwälte hierbei nicht ausgeschlossen werden. Redner erucht um Annahme des Antrages Jtschert.

Abg. Lattmann (Antif.)

tritt für den Antrag der Socialdemokraten ein und bekämpft den Antrag Jtschert. Man solle doch nicht alle Fortschritte, die in der Kommissionsberatung erzielt worden seien, wieder herausbringen. Selbst den wärmsten Freunden des Gesetzes, die sich vielleicht doch noch dem Kompromiß in irgend einer Form angeschlossen hätten (Hört! hört! bei den Socialdemokraten), werde es dadurch unmöglich gemacht, dem Gesetz zuzustimmen.

Gesamrat Caspar:

Es liegt eine Unbilligkeit gegen die Interessenten darin, bei den schwierigen Rechtsfragen der Konkurrenzkauf die Rechtsanwälte ausschließen zu wollen. Man sollte deshalb entweder die Regierungsvorlage wiederherstellen oder den Antrag Jtschert annehmen.

Abg. Henning (L.)

spricht sich gegen den Antrag Auer aus. Dem Antrag Jtschert sehe er persönlich sympathisch gegenüber. Als Unterantrag zu diesem Antrag möchte ich aber beantragen, daß Rechtsanwälte auch zugelassen werden sollen, wenn die eine Partei weiblichen Geschlechts ist.

Abg. Kirsch (C.)

wendet sich gegen diesen Antrag. Die Erfahrungen bei den Gewerbegerichten beweisen, daß die Frauen meist weit geschäftsgewandter seien als die Männer.

Abg. Semler (natl.):

Wir sind principiell gegen die Zulassung von Rechtsanwälten und wünschen aber vor allem nicht, daß Vertreter von Vereinen zu einer Art Winkeladvokatur bei den Kaufmannsgerichten zugelassen werden.

Abg. Lipinski (Soc.):

Ich bin durchaus nicht von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Arbeiter bei den Gewerbegerichten immer recht bekommen. Unberechtigte Ansprüche der Arbeiter werden von den Gewerbegerichten ebenso abgewiesen wie solche der Arbeitgeber.

Damit schließt die Diskussion. Die Anträge Auer (Soc.) und Jtschert (C.) werden abgelehnt. Für den Unterantrag Henning stimmt nur der Abg. Arendt; als das der Antragsteller sieht, legt er sich schnell wieder. (Stürmische Heiterkeit.) § 15 wird unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

§ 16 handelt von dem Recht der Kaufmannsgerichte, Gutachten zu erstatten und Anträge an die Behörden zu stellen.

Abg. Henning (L.) begründet einen Antrag seiner Partei, den Kaufmannsgerichten das Recht zur Stellung von Anträgen zu entziehen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten debattelos abgelehnt, der § 16 unverändert angenommen.

§ 17, der eine vorläufige Entscheidung kaufmännischer Streitfragen durch den Gemeindevorsteher zuläßt, wird debattelos angenommen.

§ 18 ist von der Kommission neu eingefügt worden. Er verleiht den Kaufmannsgerichten das Recht, als Vergleichsämter zu fungieren.

Der Paragraph wird mit einer vom Abg. Trimborn beantragten redaktionellen Änderung debattelos angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes. Auch die Resolution, die von der Kommission vorgeschlagen ist und Reform des Amtsgerichtsverfahrens, Beschleunigung und Verbilligung, fordert, wird einstimmig angenommen.

Danach vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Wahlprüfungen, Petitionen.)

Der Präsident teilt mit, daß Montag keine Plenarsitzung stattfinden wird, um der Ausschüßungskommission vor der Vertagung noch Zeit zu einer Sitzung zu geben.

Schluß 5/2 Uhr.

Soziales.

Kerzte und Krankenkassen.

Das sächsische Ministerium des Innern hat in seiner, gestern im Depeschenbeleg noch erwähnten Entscheidung in Sachen der Leipziger Orts-Krankenkasse das Vorgehen der Kreisgesundheitsämter nicht nur formell für unannehmbar erklärt — was nach Lage des Gesetzes nicht anders zu erwarten war —, sie hat es auch materiell durchaus gebilligt. Auch das Ministerium stellt sich auf den Standpunkt, daß die Vorgehensweise der Kasse notwendig war. Es unterläßt allerdings, diese Notwendigkeit materiell zu begründen. Es steht kein Wort davon in der Entscheidung, was beweisen würde, daß die angestellten Distriktsärzte nicht in der Lage gewesen wären, die Kassenmitglieder ausreichend mit ärztlicher Hilfe zu versehen. Diesen Nachweis könnte ja das Ministerium ebenso wenig führen, wie ihn die Kreisgesundheitsämter führen könnten, denn wenn sich diese Behörden erst auf Erörterung des wirklichen Sachstandes, auf zahlenmäßige Untersuchung der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit der Kerzte einließen, dann würde sofort klar, daß das ganze Verfahren gegen die Kasse jeder materiellen Grundlage entbehrt. Deshalb kann man auch trotz der formellen Korrektheit des Verfahrens mit Zug und Recht sagen, es war ein Vordienst gegen die Kerzte, der nur geleistet worden ist, weil die Leidtragenden Arbeiter sind.

So wird auch die in Aussicht gestellte Abziehung der Distriktsärzte auf Grund des § 626 B.-G.-B. (wichtiger Grund) als thatsächlich und rechtlich zulässig bezeichnet. Das königlich sächsische Ministerium übersieht nur in seinem Paragrapheneifer, daß Verträge auch auf Treu und Glauben abgeschlossen werden. Wenn der bloße Wille eines Dritten, hier der alten Leipziger Kerzte, als ein wichtiger Grund im Sinne des § 626 B.-G.-B. gelten dürfte, dann hörte Treu und Glauben in Vertragsabschlüssen vollständig auf, dann wäre der § 626 B.-G.-B. ein Mittel, jede Vertragstreue auszuschließen; eine solche Anwendung des § 626 wäre unsittlich im höchsten Grade.

Im Reichstage wird ja über solche Gesetzesauslegung ein Wort zu reden sein. Da aber überdies auf Wunsch der Kerzte die National-liberalen eine Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes hinsichtlich der Kerztebestellung verlangen, so wird sich ja Gelegenheit bieten, auch über den jetzigen § 56a, der zu dieser Materie gehört, ein Wort zu reden. Es wird eine Abänderung dieses Paragraphen nach der Richtung verlangt werden müssen, daß die Aufsichtsbehörde die auf Grund dieses Paragraphen getroffenen Vorgehensregeln auch materiell begründen müsse, und daß sie auch materiell ansprechbar seien und zwar nicht im Beschwerde-, sondern im Klagewege.

Sächsischer Kinderkutsch?

Ein Volksschullehrer in Sand bei Freiberg in Sachsen schrieb an den Vater eines Knaben, der dort unser Parteiblatt austrägt, folgenden Brief:

Vant Verordnung des kgl. Kultusministeriums vom Januar 1904 ist Kindern unter 16 Jahren das Ausstragen folgender Zeitungen verboten: „Arbeiterzeitung“, „Volkstreu“, „Der arme Lazarus“. Die Lehrer sind angewiesen, solches dem Betreffenden mitzuteilen, im andern Falle es aber der kgl. Bezirksaufsicht anzuzeigen. Falls Lehrer die Anzeige unterlassen, kann gegen sie strafweise vorgegangen werden. Ihnen dies nochmals zur letzten Kenntnisnahme. H. Grunz.

NB. Das Tragen anderer Zeitungen, wie z. B. des „Freiberger Anzeigers“, ist gestattet.

Ob das sächsische Kultusministerium wirklich eine solche Verordnung erlassen hat, ist nicht zu ermitteln, da dessen Verordnungen nicht veröffentlicht werden. Andererseits ist auch nicht gut anzunehmen, daß der Lehrer das Kultusministerium wider besseres Wissen einer Handlung beschuldigen sollte, die offenbar ungeschehlich ist.

Der Arbeitstag als Arbeitseinheit.

Der Hofleger E., für dessen Arbeitsverhältnis beim Schlossermeister während die gesetzliche Kündigungsfrist ausgeschlossen worden war, wurde eines abends vom Arbeitgeber zum nächsten Morgen nach dem Geschäftslokal bestellt. Als E. erschien, erhielt er keine Papiere und wurde entlassen. Diese Entlassung am frühen Morgen hielt E. nicht für berechtigt, obwohl die Kündigungsfrist ausgeschlossen war. Er klagte beim Berliner Gewerbegericht und beantragte volle Bezahlung des Entlassungstages. Der Arbeitstag sei sich demgegenüber auf den Kündigungsansatz. — Die Kammer III unter dem Vorsitz des Gewerberichters Dr. Schälhorn verurteilte den Beklagten zur Zahlung des vollen Tagelohns. Begründend wurde ausgeführt: Es sei gang und gäbe und durch die Praxis des Gewerbegerichts anerkannt, daß bei Kündigungsansatz Arbeitsniederlegungen und Entlassungen abends erfolgen. Der Arbeitstag sei die Arbeitseinheit. Im speziellen Falle sei hier der Gehilfe zum andern Tage hinbestellt worden, ohne daß von seiner Entlassung die Rede gewesen sei. Nach dem Grundsatze von Treu und Glauben habe er annehmen müssen, man werde ihn beschäftigen. Das falle noch besonders ins Gewicht. — Uebrigens sehe auch das Bürgerliche Gesetzbuch den Arbeitstag als Arbeitseinheit an. Bei kurzen Dienstverhältnissen setze es die Kündigung von einem Tag zum andern fest. — Wenn der Arbeitsvertrag des Klägers die Kündigung ausschließe, dann heiße das nur, die durch die Gewerbe-Ordnung festgesetzte vierzehntägige Kündigungsfrist sei ausgeschlossen; es bedeute nicht, daß jemand stündlich oder in jedem Augenblick entlassen werden könne. Die Entlassung des Klägers am Morgen verstoße den Beklagten trotz des Kündigungsanschlusses zur Zahlung des vollen Lohnes für den betreffenden Tag.

Der zweite österreichische Krankentage wird vom 26. d. Mts. ab in Wien abgehalten werden. Bis jetzt sind etwa 400 Delegierte angemeldet.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste.

Arbeiter! Parteigenossen! Gewerkschaften! Vereine! Achtet bei dem morgenden Besuch nach ansehnlich genau auf die Lokal-Liste, verkehrt nur in Lokalen, welche in der Liste vom 17. April, sowie in den Nachträgen verzeichnet sind, denn nur deren Wirte geben ihre Lokalitäten der Arbeiterschaft zu Versammlungen zc. her.

Charlottenburg. Das in Nr. 119 vom 22. Mai als frei bezeichnete Lokal „Germania-Säle“, Sprestr. 13, (Inhaber Wobrich) ist jetzt wieder von der Lokal-Liste zu streichen, weil der Inhaber seine Unterthür zurückgezogen hat. Das Lokal ist infolgedessen wieder gesperrt.

Gehwalde. Das Lokal von Max Wendt, „Zum Waldschlößchen“, steht der Arbeiterschaft zu Versammlungen zc. jetzt nicht mehr zur Verfügung; wir ersuchen daher die Ausflügler nach Gehwalde hieron Notiz zu nehmen und das Lokal streng zu meiden. Bemerk sei noch, daß der Inhaber dieses Lokals auch Inhaber von Wendts Klubhaus, Am Königsgraben 14a, in Berlin (V. Wahlkreis) ist.

Nieder-Schönhausen. Das Lokal von Thiele, Eingang Bismarck- und Kaiserin Augustastrasse ist jetzt als gesperrt zu betrachten, da es zu Versammlungen usw. nicht mehr zur Verfügung steht. In dem Lokal ist Militärmusik und der Kapellmeister hat dem Herrn Thiele erklärt, daß ihm die Militärmusik entzogen würde, wenn er seinen Saal zu Arbeiterversammlungen hergäbe. Man meide dieses Lokal aufs strengste. Gesperrt sind nun die Lokale von Thiele, Ledemitt und Donath, alle andern Lokale dagegen sind frei.

Berlin. Wir ersuchen diejenigen Vereine, Gewerkschaften, Klubs zc., welche in diesem Jahre noch einen Dampfer von der Dampfschiffreederei Robert Tismer, Nieder-Schönhausen, mieten wollen oder schon gemietet haben, sich mit dem Genossen Wilhelm Hinz, Pringestr. 66, in Verbindung zu setzen.

Am Sonntag den 3. Juli erscheint die neue Lokal-Liste. Näheres in der Sonntagsnummer.

Die Lokal-Kommission.

Erster Wahlkreis. Am Dienstag, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35, eine Wahlvereins-Versammlung statt, in welcher Genosse Scheidemann einen Vortrag: „Der innere Feind an der Arbeit“ halten wird. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. Gäste, auch Damen, haben Zutritt. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Morgen Sonntag findet ein Familienausflug der Wahlvereinsmitglieder nach Hirschgarten, Restaurant Buxwert „Zum Aussichtsturm“ statt. Regere Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Dienstag, den 14. d. M., abends 8 Uhr, findet im großen Saale von Buggenhagen, Moritzplatz, eine Volksversammlung statt, in der die Genossin Lily Braun über: Frauenstimmrecht und Socialdemokratie sprechen wird. Außerdem Diskussion. In Anbetracht des internationalen Frauenkongresses und der Aktualität dieser Frage erwarten zahlreiche Besuch der Genossinnen, Genossen und Gäste. Die Vertrauensleute.

Königs-Wusterhausen. Sonntagabend 3 Uhr bei Lange („Siegeskranz“): Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Um zahlreicheren Besuch bittet. Der Vorstand.

Rosen. Sonntagabend 3 Uhr findet bei Ruffer eine Versammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Jubel einen Vortrag hält und ferner die hiesigen Schulzustände zur Sprache kommen. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Lokales.

Die Dahlemer Alpen.

Das Gelände der Mark trägt auch in der Umgegend Berlin einen wellenförmigen Charakter; Senkungen, durch die sich vielfach ein Sumpf, hindurchzieht, werden abgelöst von Anhöhen, auf denen, je nach der Beschaffenheit des Bodens, die Kiefer, der Roggen oder auch gar nichts gedeiht. Im Grunewald kann der Wanderer sich stellenweise das Harzgebirge vorkaufen; aber auch hinter Wilmersdorf schon und besonders bei Steglitz fällt der erwähnte Landschaftscharakter in die Augen. Der Fichtenberg, auf dessen Abhängen außer hübschen Villen auch die schmucklose königl. Windenanstalt steht, ist so eine markante Erhöhung und giebt sogar Gelegenheit zu Beobachtungen, wie der Charakter der Mark sich in wahrhaft gigantische Formen ausbreitet. Denn in der Nachbarschaft nimmt das Gelände ziemlich unvermittelt ganz groteske Gestalt an; der Mensch in seinem Wagemut, dem nichts mehr heilig ist, und der sich die Erde nach seinem Willen bildet, hat hier augenscheinlich seine Hand im Spiel. Was dem Auge bis dahin als harmlose Wellenlinie erschien, deren Ueberwindung nur den radfahrenden Damen eislige Schweitztropfen kostete, erweitert sich mehr und mehr; die Hochebene wird abgelöst von Gebirgsrücken, hinter diesen erscheinen die jactigen Spigen der Alpen und diese wieder eröffnen den Ausblick auf die unerschlossene Hochgebirgsnatur des Himalaya, die der Maler Bereschtichagin und in einem bewundernswürdigen Bilde offenbart hat.

Aber wir sind doch über den ersten April, der solche Phantasmagorien entschuldigen ließe, längst hinaus; was soll der

Insinn? Aber komm mit, lieber Leser, und du kannst mit eigenen Augen sehen, wie das vielbegehrte Edelweiß aus den Felsentümpeln hervorlugt; du kannst die Alpenrose blühen sehen und die zahllosen Blumen, die dem Wanderer Augenweide und den Alpenherden fetter Nahrung sind. Wenn der wie bisher umständliche Wächter am Eingang des neuen Botanischen Gartens einem erst den Eingang gestattet hat, wird noch weit mehr als alles dies dem Auge offenbar. Die sibirische Lundra liegt vor uns ausgebreitet, die Blütenpracht des Märchenlandes Japan, die Flora Americas vom rauhen Canada bis zu den Anden und dorthin, wo in drückend feuchter Luft der Pfeffer wächst. Dann wieder kommt die wasserarme Wüste, die nur Kaktien gebelien läßt; die Woe in zahlreichen Formen erscheint und plötzlich wieder wandeln wir unter den Palmen der Riviera. Wer will die Pflanzen alle mit Namen nennen, die sich hier, nach der Art wie nach ihrer Heimat gruppieren, ein Stellchen geben, und wer würde als Gelehrter, der alle Namen im Kopfe hätte, nicht sein Publikum mit der Aufzählung, der Systematisierung und der Erklärung der Lebensbedingungen bis zum Gähnen ermüden?

Darum und weil uns die Wissenschaft der Botanik ein Geheimnis ist, in das wir in unserm Leben nicht mehr eindringen werden, wollen wir ablassen von solchem verhänglichen Thun und unsre Leser auffordern, aus eigener Anschauung in Dahlem zu lernen.

Der die ersten Schritte in den Garten lenkt, wird ein wenig enttäuscht sein. Es ist alles noch so neu, alles erst im Werden begriffen und auf weiten Flächen wächst noch Gras in seiner Ursprünglichkeit. So ganz anders wie im alten botanischen Garten, wo uralt schattenspendende Bäume zum Lustwandeln einladen. In Dahlem brennt die Sonne und wirbelt der Wind den märktischen Sand uns ins Antlitz. Als Hauptfache gelten dem Laien im Botanischen Garten die Palmenhäuser: diese aber sind erst zum Teil vollendet und harren zumeist noch der inneren „Ausstattung“. Und die Bäume! Alle erst neu eingezogen und von KülturanergröÙe, als sollten sie ausschließlich zu den fünf Weltteilen, im verkleinerten Maßstabe, die wir durchwandern, im Verhältnis stehen. Aber diese kleine Enttäuschung liegt hinter uns, sobald wir in den Alpen sind. In der Gebirgsanlage haben Wissenschaft und Gartenkunst ein Werk geschaffen, das zu stundenlangem Verweilen, zu immer neuer Bewunderung anregt.

Die Intelligenz eines Preußenkönigs. Ueber die Anfänge der ersten Berliner Eisenbahn nach Potsdam enthält die eben erschienene Denkschrift über die Schnellbahn Berlin—Hamburg folgende Mitteilungen. Bei der Begründung des Unternehmens sagte König Friedrich Wilhelm III.: „Kann mir keine große Glückseligkeit vorstellen, ob man einige Stunden früher in Potsdam ankommt oder nicht.“ Generalpostmeister v. Nagler meinte: „Dummes Zeug! Ich lasse täglich diverse Sechsstunden nach Potsdam gehen, und es gibt niemand drinnen. Nun wollen die Leute gar eine Eisenbahn dahin bauen! Wenn Sie Ihr Geld absolut los werden wollen, so werfen Sie es doch gleich zum Fenster hinaus, ehe Sie es zu solchem unsinnigen Unternehmen hergeben!“ 1835 hatte Nagler den Anfall der Einnahmen der Post bei der Personbeförderung auf 17 000 Thaler veranschlagt. Nach dem damaligen Sage ergiebt sich, daß die Zahl der Reisenden 17 000 im Jahre betrug. Damit würde sich natürlich keine Eisenbahn bezahlt gemacht haben. Die Gründer der Bahn erwarteten aber 118 000 Reisende im Jahr. 1839 wurde die Bahn eröffnet. Schon im ersten Betriebsjahr 1839 wurden 684 828 Reisende befördert. Der Verkehr mit Naglers Sechststunden war um das Neununddreißigfache, die Erwartungen der Bahnumnehmer um das Fünfeinhalbfache übertroffen. In der öffentlichen Meinung trat allmählich ein Umsturz ein. Selbst König Friedrich Wilhelm III. fing an, die Eisenbahn zu benutzen. Schon der nachmalige König Friedrich Wilhelm IV. hatte als Kronprinz bei einer Fahrt auf der Lokomotive der Potsdamer Bahn gesagt: „Diesen Karren, der durch die Welt läuft, hält kein Menschenarm mehr auf.“ Später lautete dies Wort bekanntlich: „Den Socialismus in seinem Lauf hält weder Doh noch Esel auf.“

In der Kerzengunst spielt Prof. Schwening eine ähnliche Rolle wie der schwarze Mann bei den kleinen Kindern. Wie die kleinen Kinder sich ängstlich unter die Schürze der Großmutter flüchten, wenn sie das Ungeheuer in der Nähe vermuten, so klammern die Jungmediziner sich an den Staat, wenn es dem Leiter des Väterfelders Kreiskrankenhauses eins zu versehen gilt. Und das ist kürzlich anscheinend insoweit geschehen, als aus unerlässlichen Gründen dem erwähnten Krankenhause nicht die Berechtigung zur Ausbildung von Medizinern für das praktische Jahr gewährt wurde. Darüber herrscht eitel Freude in der Jungmedizin und der Vorstand des Gesundheitsauschusses der ärztlichen Landesvereine hat für die nächste Sitzung den Antrag gestellt, daß der Gesundheitsauschuss seine Befriedigung über diese Vorgehensweise zum Ausdruck bringen möge. Die Jüngster waren sehr schlecht auf den Staat zu sprechen, als er dem schwarzen Mann ein öffentliches Krankenhaus anvertraute und sie haben sich reichlich Mühe gegeben, ihn zu discredittieren. Dem frommen Streben scheint jetzt erst ein bißchen Erfolg zu winken und darum Wonnebeben und Halleufsch. Sachtlich betrachtet ist der Kampf gegen Schwening eben so zu bewerten wie der frühere Kampf gegen die Kerzinnen, die rundweg als Kurpfuschnerinnen beschimpft wurden, und wie der jetzige Kampf gegen die Drtskassen, in welchem ja der Staat in großen Wasserfischen voranschreitet und für die Kerze „Siege“ erringt. Man mag sonst vom Prof. Schwening und seiner Heilmethode denken, was man will; aber der Kampf der Jungmedizin gegen ihn kann unmöglich als Heldenthat gepriesen werden.

Die illustrierte Romanbibliothek „In freien Stunden“ ist jetzt bis zum 24. Heft erschienen, das heute zur Ausgabe gelangt. Es bringt die Fortsetzung des herrlichen Romans „Die Auspiranten des Mississippi“ und daneben eine heitere Geschichte von A. Silberstein: „Der Melbdrans“, sowie eine Skizze aus der Tierwelt: „Liebesleben in der Vogelwelt des Südpolarmeeres“. Daneben „Dies und Jenes“, „Witz und Scherz“. Wöchentlich erscheint ein 24 Seiten starkes Heft zum Preise von 10 Pf., das in allen Parteibuchhandlungen, bei den Parteipostporturen, bei den Aussträgern unserer Parteizeitungen, in Berlin auch in den Parteipeditionen und bei jedem Zeitungspediteur und in der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 89, zu haben ist. Der neue Roman begann am 1. Januar, die Hefte werden noch jetzt von Heft 1 an nachgeliefert. Wir empfehlen unsern Lesern das Abonnement.

Der Maler als Erfinder. Im Glashof des Polizeipräsidiums wurde heute vormittag 11 Uhr ein neuer Schutapparat für Automobile vorgeführt, der sowohl das Ueberfahren wie Zusammenstoße verhüten soll. Der Erfinder dieses Geschwindigkeitsmeters ist der bekannte Maler Hans Dahl. Anwesend waren der Polizeipräsident v. Borries, Ober-Regierungsrat Dumrath, Regierungsrat und Vaurat Truhlsen vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Herren vom Automobilklub u. a. Als Versuchsobjekt diente ein Militärautomobil, ein Dürlopp-Tonneau des Selbstschutformandos, von dem Hauptmann Meyer, ein Lieutenant und mehrere Mannschaften zur Stelle waren. Das Automobil wurde von einem Seergeanten geführt. Der Apparat ist an jenem Fahrzeug seit 7. Mai in Betrieb, und es sind damit bereits mehr als 2000 Kilometer durchfahren worden, und zwar bis zu 60 Kilometer in der Stunde; der Geschwindigkeitsmesser hat dabei ohne Störung funktioniert. Der Erfinder erklärte persönlich der Gesellschaft seinen Apparat. Der durch Patent geschützte Geschwindigkeitsmesser giebt Signale, die bei Tag und Nacht weithin sichtbar sind, und ermöglicht eine zuverlässige und leicht zu erkennende Kontrolle der Fahrgeschwindigkeit.

Der zu gestern angeordnete Termin in der Beleidigungssache des Redakteurs Dr. Wittenberg gegen den Redakteur Georg Bernhardt ist aufgehoben worden und soll erst später stattfinden.

Wesentliche Verbesserungen sind im Verlebe der Großen Weidener Straßenbahn mit dem heutigen Tage vorgenommen worden. Auf den Linien 32 (Charlottenstraße—Reinholdsdorf), 35, 36, 37 (Kreuzberg—Reinholdsdorf resp. Schönholz resp. Demminstraße) und 41 (General-Papestraße—Demminstraße) ist der 7/2 resp. 15 Minuten-Verkehr eingeführt und damit der Gleicheits-Fahrplan in dem gesamten Netz der Straßenbahn-Gesellschaft geschlossen. Der nördliche Endpunkt der Linie 48 ist gleichzeitig von der Demminstraße aus durch die Brunnen- und Badstraße nach dem Gesundbrunnen Ecke Gertrienstraße verlegt. Die Linien 37 und 41 werden zu den Hauptverkehrszeiten, in den Früh-, Mittags- und Nachmittagsstunden bis Bahnhof Schönholz resp. Reinholdsdorf durchgeführt, so daß zu diesen Zeiten für jene Vororte ein 7/2 Minuten-Verkehr besteht. Diezüge der Straßenbahnlinie 10 (Soytowskystraße—Pappelallee) fahren von heute ab zwischen Strom- und Invalidenstraße durch die Straße Alt-Moabit.

Heber die Dächer entlanten zwei Einbrecher, die gestern morgen um 5 Uhr die Leder-Großhandlung von Ständer u. Stehmann in der Alten Jakobstr. 91 heimsuchten. Zwei junge Burschen öffneten mit Dietrich die Haustür und die Ladenellertür am Fluß, zerschritten mit einem Eichelmeißel, das sie im Keller fanden, vierzehn Centner Leder im Werte von 800 M., um es leichter weg-schaffen zu können, packten es auf einen Handwagen des Gastwirts-legers Schulz, der auf dem Hofe stand, verbargen es unter einer mitgebrachten Decke und wollten mit der Deute davonfahren. Jetzt sah eine Nichte des Klempnermeisters Köppen vom Fenster ihres Schlafzimmers aus das Treiben der fremden Männer und rief ihnen zu, was sie mit dem Handwagen vor hätten. Die Einbrecher erwiderten, sie möge nur keine Angst haben, sie würden den Wagen gleich zurückbringen. Das Mädchen weckte aber ihren Onkel und lief selbst die Treppe hinunter den Spitzbuben entgegen. Einer von ihnen drohte ihr mit dem Messer und der andere stieß sie beiseite. Da aber unterdessen auch der Onkel und auf Hüterseite vier Schuhmacher vom 27. Revier kamen, so ließen die Einbrecher die Deute im Stich, warfen das Messer auf die Straße und rannten davon. Von den Schuhmachern verfolgt, öffneten sie mit einem Dietrich die Thür des Gehäuses Stallschreiberstraße 40, stürzten die Treppe hinauf, liefen über die Dächer dreier Nachbarhäuser und verschwand dann spurlos. Die Abjagung der Häuser blieb ohne Erfolg.

Durch einen zerrissenen Stiefel um das Leben gekommen ist der 60 Jahre alte Armenempfänger Karl Bugge aus der Forsterstr. 8. Der Mann war früher Schlosser. Vor einem Jahre rührte ihn der Schlag, so daß er auf der rechten Seite, die Hand eingeschlossen, gelähmt blieb. Da er nicht mehr arbeiten konnte, so erhielt er 18 M. monatlich Armenunterstützung. Da diese nicht einmal zum Lebensunterhalt ausreichten, so konnte er auf die Kleidung gar nichts verwenden. Daher kam es, daß er zuletzt in ganz abgerissenen Stiefeln gehen mußte. Als er am 1. d. M. sein Almosen geholt hatte und in seine Kellerwohnung zurückkehren wollte, blieb er mit einer zerrissenen Stiefelsohle an der Treppe hängen und stürzte kopfüber neun Stufen tief in den Keller hinab. Unter schweren Verletzungen am Hinterkopfe wurde der Verunglückte nach Bethanien gebracht, wo er vorgestern starb.

Eine kleine Komödie. Der Raubfall auf den Berliner Geschäftsreisenden Perera hat sich, wie jetzt aus Hamburg gemeldet wird, als eitel Schwindel herausgestellt. Der junge Portugiese, der bei einer Firma in der Leipzigerstraße tätig ist, hat sich zu dem Geständnis bequemt, daß er den Heberfall, bei dem ihm angeblich 1200 Mark entwendet wurden, fingiert und sich die Schuhwunde selbst beigebracht hat. Er wählte hierbei vorsichtshalber jere Brustseite zum Ziel, auf der er sein biides Notizbuch wußte, so daß die Revolverkugel in diesem stecken blieb. Hierauf barg er die Waffe wieder in seiner Tasche, legte sich „schwerverwundet“ auf den Fluß des betreffenden Hauses und stellte sich benutzlos. Als Motiv zu der „That“ wurde folgendes ermittelt: Perera hatte in der letzten Zeit viele Schulden kontrahiert, die zu bezahlen sich seine Mutter hartnäckig weigerte; diese verwaltete für ihn ein Kapital von 200 000 Mark. Da der Sohn demnächst mündig wird, stand ihm nach portugiesischem Gesetz zunächst die Auszahlung von 50 000 Mark bevor. Diese Summe verlangte er jetzt von der Mutter. Als diese aber bei ihrer Weigerung beharrte, weil sie befürchtete, der Sohn würde bei seinem leichtfertigen Lebenswandel auch die 50 000 Mark in kurzer Zeit verjubeln, verließ er auf das Märchen vom Raub-mord-Vorfall. Auf diese Weise glaubte er, das Geld von seiner Mutter erpressen zu können. Da durch das Komödientenspiel des leichtfertigen jungen Mannes niemand geschädigt ist, dürfte er straffrei ausgehen.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens ist der 23 Jahre alte Schlächter-geselle Paul Ederi verhaftet worden, der im Hause Müllerstr. 163 bei dem Schlächtermeister Tröger in Arbeit stand. Er hatte sich an der 13jährigen Pflanzkinder des im selben Hause wohnenden Zimmermanns J. vergangen. Am Donnerstag wurde Ederi auf Veranlassung des Zimmerers festgenommen.

Die das Riesenferrohr im Treptower Park zu stande kam, darüber berichtete Direktor Archenhold auf dem Stiftungsfest des Vereins von Freunden der Treptow-Sternwarte folgendes: Es war im Jahre 1892 auf der damaligen Brunwald-Sternwarte (einem Zweiginstitut der Königl. Sternwarte) als es Direktor Archenhold gelang, auf einer Himmelsphotographie einen Nebelstern zu entdecken, der bisher in dieser Ausdehnung noch unbekannt war und nach allen Anzeichen eine Nebelwelt von ungeheurer Größe darstellen mußte. Der Stern hob sich gerade nur als ein Hauch von der Platte ab und viele der Gelehrten behaupteten, daß von dem Stern überhaupt nichts zu entdecken sei; ehe man der Sache näherzutreten könne, müßten Beobachtungen vorliegen. Da ergab sich, daß kein in Deutschland befindliches Fernrohr die Größe und Schärfe besaß, die zur Beobachtung des Sterns nötig war. Es blieb nichts übrig, als die Photographie nach Amerika an das Lick-Observatorium zu senden. Dort angestellte Forschungen und Beobachtungen bestätigten voll und ganz die Entdeckung Archenholds und vielen deutsch den Vorhandensein jener großen Nebelwelt in ungemessener Weite nach. In aller Stille beschloß Direktor Archenhold nunmehr, ein großes Fernrohr zu errichten, da er sich sagte, es ist beschämend für Deutschland, daß hier — wo die Wiege der Mechanik und Optik stand — nicht ein einziges, zu beratigen Forschungen ausreichendes Fernrohr existiert. Zahlreiche Reisen nach Jena waren nötig, deren Ergebnis aber war, daß im Jahre 1894 das Fernrohr in Jena den Guß der großen Linse ausführte, ohne daß ihm irgend welche Garantien für das geplante Unternehmen geboten werden konnten, lediglich aus Interesse für die Wissenschaft und im Vertrauen auf die Thätigkeit Archenholds. Die Firma C. Goppe übernahm die Ausführung der Eisenkonstruktion, Siemens und Halske die der elektrischen Anlage, und im August 1896 konnte der eiserne Koloz mit seinem großen Glasauge der Defensivität übergeben werden. Mit stolzer Freude durften die Erbauer und Begründer sich sagen, daß das Fernrohr alle Erwartungen erfüllte, die man gehegt hatte. Nach Schluß der Gewerbeausstellung im Jahre 1896 trat eine Schwierigkeit ein, welche das Weiterbestehen des Rohres in Frage stellte: Der Strom wurde abgeschnitten, und es galt nunmehr, eine eigene Kraftanlage zu bauen. Auch diese Schwierigkeit wurde überwunden, allein nun war es vor allem nötig, einen festen Stamm zu werben, der das Weiterbestehen des jungen Instituts ermöglichte. Zu diesem Zwecke wurde der „Verein von Freunden der Treptow-Sternwarte“ im Jahre 1898 begründet. Der Verein entwickelte sich binnen kurzer Zeit überraschend, so daß es wünschenswert erschien, in der illustrierten Halbmonatsschrift „Das Weltall“ ein geeignetes Vereinsorgan zu schaffen, dessen 1. Heft im Jahre 1900 erschien. Inzwischen wurde der 1896 nur leicht aus Holzwerk ausgeführte Umbau des Fernrohrs altertümlich und im Jahre 1902 entstand der Plan, dieses Gebäude neu und massiv aufzuführen. Zu diesem Zwecke wurde der „Fonds für den Neubau der Vortragshalle“ angelegt, der jetzt die Höhe von 16 000 M. erreicht hat. „Man sieht“ — führte der Redner aus — „daß die Entwicklungsgeschichte dieses Instituts und Vereins sich immer wieder

in die Epoche des Nordjahres — zwei Erdjahre einstellen läßt, denn alle zwei Jahre ist irgend ein wichtiger Werkstein in dieser Geschichte zu verzeichnen. Wir stehen im Jahre 1904, und hoffe ich, daß es unserm Streben gelingen wird, noch in diesem Jahre die fehlenden 14 000 M. aufzubringen, um den Neubau der Vortrags-halle in Angriff nehmen zu können, denn wenn die Summe von 30 000 M. vorhanden ist, so sind uns Unterstügungen in Aussicht gestellt, welche die weiteren Kosten als gedeckt erscheinen lassen“.

Orgelkonzert. Den Orgelvortrag von Otto Dienel in der Marienkirche am Montag, den 13. Juni, abends 7 1/2 Uhr, unterstützten: Fräulein Klara le Breire, Fräulein Teresina Glaeser, der Violinist Herr Max Lange, Herr Paul Schunder und der Groll-Verein unter Leitung von Herrn Hans Bischof durch Gesang und Spiel von Arien, Liedern, Duetten, vier-, sechs- und achttimmigen Chören, Violin- und Orgelstücken von Bach, Händel, Haydn, Righini, Cherubini, Mendelssohn, Reithardt, Groll, Veder, Dienel u. a. Der Eintritt ist frei.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, den 12. Juni 1904: Aus-fug nach Friedrichshagen-Schöneiche. Abfahrt vormittags 8,38 Friedrichstraße, 8,43 Alexanderplatz, 8,50 Schlesischer Bahnhof nach Friedrichshagen. Frühstück dabei selbst im Restaurant W. Wilde, Friedrichstr. 74. Abmarsch nach Schöneiche 1/2 11 Uhr. Radzügler fahren bis Station Mahndorf und gehen die Chaussee links vom Bahnhof entlang (25 Minuten). Treffpunkt Restaurant „Waldschloß“ (E. Clasen). Am zahlreichste Beteiligung wird gebeten. Gäste willkommen. — Der Unterricht in Redeübungen für Fort-geschrittene fällt an diesem Tage aus.

Die freien Fortbildungskurse für Arbeiter, welche von der social-wissenschaftlichen Abteilung der Wissenschaften an der Technischen Hoch-schule veranstaltet werden, haben für ihren nächsten Einzelvortrag, der am 15. Juni veranstaltet wird, einen Vortragenden in der Person des Dr. L. Hirschberg von der Humboldt-Akademie gefunden. Der Vortrag, der durch eine große Zahl von Erläuterungen am Klavier, durch Gesang und Recitationen ein sehr leicht verständliches Bild der Entwicklung unserer Volkspoesie geben wird, dürfte durch den Wechsel von Ernst und Humor in dem Volksgefang unsrer Vorfahren äußerst fesselnd werden. Der Vortrag findet abends pünktlich 8 Uhr in der Aula der Ober-Realschule, Charlottenburg, Schloßstraße 27, statt und ist für jeden, auch wenn er nicht un-mittelbar mit den Kursen zu thun hat, für 15 Pf. mit Programm zugänglich.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Bei der heute stattgefundenen Stadtverordneten-wahl im zweiten Bezirk siegte unser Genosse Paul Liebe, welcher 649 Stimmen erhielt, mit einer Mehrheit von 22 Stimmen über seine bürgerlichen Gegenkandidaten. Von diesen erhielt der Frei-sinnige Poltoroff 387 Stimmen, während es der „Unpolitische“ Dove gar nur auf 240 Stimmen brachte. Trotz aller Anstrengungen ist es den Gegnern nicht gelungen, uns den Bezirk zu entreißen.

Die Richter Stadverordneten-Versammlung vollzog in ihrer Sitzung am Donnerstagnachmittag die Wahl von zwei unbesoldeten Magistratsmitgliedern. Dem Anschein nach hat die Kandidatenfrage bei der bürgerlichen Mehrheit einiges Bauchgrimmen hervorgerufen, aber schließlich hat man doch glücklich eine Liste von vier Kandidaten zusammengestellt. Gewählt wurde an Stelle des verstorbenen Stadtrats Dr. Zimmer der Stadtverordnete Willrich mit 20 und für den ausgeschiedenen Stadtrat Dr. Koppe der Stadt-verordnete Nier mit 19 von 33 abgegebenen Stimmen. Der der Versammlung nicht angehörende Arzt Dr. Staßn erhielt im ersten Wahlgang 12, im zweiten 14 Stimmen, die mit Ausnahme von zweien, im letzteren Falle von der socialdemokratischen Fraktion, ab-gegeben wurden in der Erwägung, daß es durchaus notwendig ist, im Magistratskollegium auch einen auf dem Gebiete der Gesundheits-pflege erfahrenen Mann zu haben. Daß nicht in Berücksichtigung solcher treffenden Erwägungen, sondern nach andern Gründen in der bürgerlichen Wählerfraktion die Rollen verteilt werden, beweist wieder einmal der Ausgang dieser Wahl.

Im weiteren Verlauf der Sitzung genehmigte die Versammlung die Anlegung der Platerrains O und X in den königlichen und Richter Diefen als öffentliche Schmutzplätze. Es ist hierzu ein Kostenaufwand von 28 000 M. erforderlich. — Der Aufnahme einer Stadiallinie von 900 000 M. zur Erweiterung der städtischen Gas-an-stalt wurde zugestimmt. Die städtische Spar-kasse über-nimmt die Anleihe gegen eine 3/4-prozentige Verzinsung und eine 4-prozentige Tilgung. — Die Vorlagen betreffend die Abänderung der Bau- und Straßenfluchtlinien für die Straße 84b (an der böhmischen Kirche am Richardplatz), die Regulierung der Straße 13 und der Donaustraße von der Straße 13 bis zum Triftwege (Zellstraße) und den Bau einer 3 Meter breiten Fußgängerbrücke über den Schiffahrtskanal im Zuge der Straße 13 wurden debattelos angenommen. Der nächste Beratungspunkt betraf den Bau einer neuen Gemeindefschule auf dem Grundstück Elbestr. 11/12. Die Schule soll nach dem vorgelegten Entwurf aus einem 32klassigen Vorder- und einem 19klassigen Hintergebäude be- stehen und erfordert einen Kostenaufwand von 520 000 M. Leider läßt die Größe des Grundstücks den Bau einer Turnhalle nicht zu. Es muß daher Aufgabe der Stadt bei noch zu vollstehenden Grund-stücksanfragen sein, dem Bedürfnis nach solchen für den Unterricht unerwählbaren Anstalten in energischer Weise Rechnung zu tragen. Der Vorlage wurde zugestimmt.

Einen gräßlichen Tod erlitt am Mittwoch in Wannsee der bei dem Fleischermeister Uebach in Potsdam thätige Geselle Rau. Er fuhr mit zwei mutigen Pferden mit dem Geschäftswagen seines Meisters in ruhigem Tempo die Chaussee entlang, als plötzlich die Tiere scheuten und im wilden Lauf durchgingen. Dabei wurde der Wagen mit großer Wucht gegen einen Baum geschleudert, wobei Rau herabfiel und zwischen Räder und Baum eingeklemmt wurde. Dem Armisten wurde dabei der Leib aufgerissen, so daß die Eingeweide hervorquollen, auch erlitt er eine klaffende Kopfwunde und brach beide Beine, sowie einen Arm. Er wurde zwar noch lebend nach dem Oberlin-Krankenhaus in Nowawes gebracht, ist dortselbst aber unter den Händen der Ärzte verstorben.

Gerichts-Zeitung.

Die Erziehungsmethode der Griegerischen Eheleute.

Ein trauriges Kulturbild wurde in einer Verhandlung entrollt, welche gestern vor der 132. Abteilung des Schöffengerichts stattfand. Die Kaufmann Grieger'schen Eheleute waren beschuldigt, ihr 15jähriges Dienstmädchen Ida Grube fortgesetzt in der brutalsten Weise gemißhandelt zu haben. Die Anklage behauptete, daß besonders die Ehefrau Grieger sich dabei hervorgethan habe. Sie soll das kaum dem Kindesalter entwachsene Mädchen fast täglich Rufe und Mord blutig geschlagen und ihm einmal sogar Hundexcremente in den Mund geschlopfen haben. Das tägliche Weinen und Wimmern der Miß-handelten wurde zuletzt den Nachbarn zuviel, sie führten Beschwerde darüber bei der Polizei. Auf Betreiben der Behörde wurde das Mädchen wieder nach seiner Heimat, einem kleinen Ort im Ostpreu-schen, geschickt. Die Angeklagten bestritten nicht, das Mädchen häufig, fast täglich geschlagen zu haben, es sei aber zu erzieherischen Zwecken nötig gewesen. Sie seien mit den Eltern der Ida Grube befreundet, da sie aus demselben Orte stammten. Nachdem Ida eingekerkert worden, hätten die Angeklagten sie auf Bitten der Eltern zu sich ge-nommen, um ihr etwas Hausarbeit und gesellschaftlichen Schilff beizubringen. Sie hätte ein ganz merkwürdiges Benehmen gezeigt, die geößten Albernheiten und Lügen vorgebracht und dann stundenlang mit weit geöffnetem Munde geschrien. Alle Versuche, sie durch gültiges Jureben zu beruhigen, seien vergeblich gewesen. Da sei der Angeklagten schließlich die Geduld ausgegangen, sie sei zur Züchtigung geschritten. Mit der Rückseite ihrer Hand habe sie das schreiende Mädchen fortgesetzt auf den offenen Mund und die Nase

geschlagen und dabei sei es allerdings wiederholt vorgekommen, daß die Nase blutete. Die haarsträubende Sache mit dem Hundekot be-stritt die Angeklagte mit Entschiedenheit, daß sei ein von den vielen Hingepinseln des Mädchens. Der angeklagte Ehemann wollte lehreres nur einmal geschlagen haben. Zum gestrigen Termin war die Zeugin Grube auf Staatskosten von Ostpreußen nach Berlin be-fördert worden. Unter ihrem Eide hielt sie alle Angaben der Anklage aufrecht. Darauf unterwarf der Verteidiger Rechtsanwält Dr. Werthauer die Zeugin einem Verhör. Sagen Sie mal, Zeugin, ist es wahr, daß Sie häufig Gespenker sahen? — Zeugin: Ja, das ist wahr. — Vert.: Lügen Sie uns auch nichts vor? — Zeugin: Nein, ganz gewiß nicht. — Vert.: In welcher Gestalt erschien denn das Gespenst? — Zeugin: Jumeist war es ein schwarzer Mann, der hinter dem Sofaßich oder hinter der Gardine hervorlief und nach mir langte. — Vert.: Und andre Personen sahen diese Gestalt nicht? — Zeugin: Nein. — Vert.: Und wenn Sie ein derartiges Gesicht hatten, so sängen Sie furchbar an zu schreien? — Zeugin: Ja. — Vert.: Ist es richtig, daß Sie einmal vor der Frau Grieger standen und plötzlich hinter deren Rücken zeigend, ausgerufen haben: Da ist er wieder! — Zeugin: Ja, das ist wahr. — Vert.: Hat Frau Grieger Sie dann nicht als ein dummes Mädchen gescholten und Sie auf den Mund geschlagen, weil Sie so heftig schrien? — Zeugin: Ja, das hat sie gethan. — Auch dem Vorstehenden gegenüber behauptete die Zeugin, daß die soeben dem Verteidiger gemachten Angaben der reinsten Wahrheit entsprächen.

Der Staatsanwalt verkannte nicht, daß die Zeugin an einer Beschränktheit leide, die an Geisteskrankheit grenze — ihr aber eine solche Behandlung zu teil werden zu lassen, wie es seitens der An-geklagten geschehen sei, spreche aller Menschlichkeit Hohn. Er be-antragte gegen die Ehefrau Grieger 3 Monate, gegen den Ehe-mann 14 Tage Gefängnis.

Dem Antrag des Verteidigers auf Freisprechung erklärte der Gerichtshof nicht stattgeben zu können, denn wenn die Angeklagten auch erzieherische Zwecke verfolgt hätten, so seien sie doch bei Aus-übung des ihnen zustehenden Züchtigungsrechts zu weit gegangen. Die Ehefrau Grieger wurde unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 100, der Ehemann zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Daß die Freigelmethode der Grieger'schen Eheleute stand als so war gerade weil es sich um ein beschränktes Mädchen handelte bedarf wohl keiner Erläuterung. Um so beachtenswerter ist die Milde des Gerichtshofs. Man vergleiche auch mit diesem Falle die hohen Gefängnisstrafen, die in Streif-prozessen über Arbeiter verhängt werden.

Verfammlungen.

Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen (Eridverwaltung Berlin) hielt seine Mitgliederversammlung am 3. Juni in Bogisl's Saal, Ritterstraße, ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Ableben der Mitglieder Schönebeck und Baumgürtel in üblicher Weise. Zeigte erstattete hierauf Bericht als Delegierter über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission im letzten Jahre, unter Berücksichtigung der Streiks und Lohnbewegungen, soweit diese von allgemeinem Interesse. Nachdem er auf die seitens der Gewerkschaftskommission von den Gastwirtsgehilfen beantragte und angenommene Resolution eingegangen, die den organisierten Gastwirtsangestellten gegenüber den Arbeitgebern bei Abhaltung von Festlichkeiten und Versamm-lungen seitens der Arbeiterschaft moralische Unterstützung sichert, er-mahnte er, in erster Linie die Bäcker in ihrem Kampfe thätig durch Hausagitation zu unterstützen. Nachdem er noch den Streik der Bergolder, die den Kampf gegen die Haus-industrie führen, hervorgehoben und um deren Unterstützung er-suchte, sprach er den Wunsch aus, an seine Stelle für die Folge einen andern Kollegen als Delegierten für die Gewerkschaftskommission zu wählen, indem er mit Organisationsarbeiten zur Genüge be-lastet sei. In der Diskussion wurde bedeutet, daß man mit dem Verhalten des Delegierten Zeist in den verschiedenen Fragen betreffend die Gewerkschaftskommission einverstanden ist und be-schließt die Versammlung einstimmig. Zeist wieder für die Ge-werkschaftskommission zu delegieren. Als Vertreter wurde Ströb-linger wieder bestimmt. Unter Vereinsangelegenheiten wurde das Mitglied Adolf Szymanski wegen Verstoß gegen die Vor-schriften des Organisationsstatuts aus dem Verband aus-geschlossen. Endlich beschloß man, die Dampferpartie für dieses Jahr nach Hessewinkel, am Dämmersee, Rappmunds Gesell-schaftshaus, zu veranstalten.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 12. Juni, vorm. 8 1/2 Uhr, in der Schul-Aula, Kleine Frankfurterstr. 6: Verfammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Fräulein Ida Altmann: „Jusuf, Schidjal oder Geseh?“ Gäste, Damen und Herren, sind willkommen. — Montag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr pünktlich, Schallianstr. 39: „Beschlüssende Verfammlung“. Wichtige Tagesordnung. Alle vollberechtigten Mitglieder sind auf das dringendste eingeladen. Weiße Leitung legitimiert.

Briefkasten der Redaktion.

R. S. Potsdam. Als Mann „vom Bau“ sollten Sie wohl wissen, daß man auf einem Bauwerk etwas Raum für Korrekturen lassen muß.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2, bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

C. J. 37. Der Ausschluß der Kündigung ist gültig. — **C. J. 38.** Heirat ist kein Grund vor vorzeitigen Lösung eines Mietvertrages gegen den Willen des Vermieters. — **M. O. 4.** 1. Ja. 2. Ja. Den Antrag richten Sie an den Vorstand der Berufsgenossenschaft. In der Praxis wird selber die Geltendmachung der Unfallrente für Ausbilder sehr erschwert. — **C. J. 50.** Ist das in die Ehe gebrachte Kind ein unehelich geborenes, so können Sie ihm Ihren Namen beilegen, erwerben aber dadurch nicht Vaterrechte. Das Kind können Sie adoptieren, auch wenn Sie noch nicht 50 Jahre alt sind, falls Ihnen Dispens erteilt wird. — **M. 1100.** Rein. — **R. 2.** 70. Rein: Sie haben nur das Recht, Ihre Forderung nicht 4 Proz. Verzugszinsen von dem Tage der Fälligkeit ab einzuklagen und dann Vollstreckung vorzunehmen. Sie kommen besser und billiger fort, wenn Sie in irgend einer Art sich mit der Schuldnerin einigen. — **Paul 7.** 1. In 30 Jahren. 2. Ja. 3. Etwa 3 M. — **C. J. 3.** Lohnzahlung ist unzulässig. — **Urtlar.** Beim Ausruhen in eine höhere Stellung (Werk-meister) gilt in der Regel die alte Abrede über Ausschluß jeder Kündigung; weiter, weil kein neues Arbeitsverhältnis begründet, sondern nur das alte in einigen, wenn auch wesentlichen Punkten geändert ist. Jedes kann aus den Umständen das Gegenteil folgen: ist z. B. für alle Arbeiter einer Fabrik Ausschluß der Kündigungsklausel vereinbart, nicht aber für die Werk-meister, so würde auch für den zum Werkmeister ernannten Arbeiter dieselbe Kündigungsklausel wie für die andern Werkmeister gelten. Bei Ausbedingung einer Kündigungsklausel ist die Minimalfrist ein Monat, die mangels anderer Abrede einretende gesetzliche Frist sechs Wochen zum Quartalsersten. — **M. 74.** 1. Zum Einbehalten des Lohnes hatte der Chef kein Recht. Das Recht an Zahlung des Lohnes verlor er in zwei Jahren. 2. Zum Erlaß der Baren sind Sie verpflichtet, weil diese durch Ihre Zahllosigkeit abhänden gekommen sind. Die Zahllosigkeit liegt in dem Nichterschließen. 3. Ihr Verhalten gegenüber den Kunden war ein regelwidriges und kann als ein strafbares (Antreue und Untreue) erachtet werden. Der Brief Ihres früheren Chefs enthält, soweit ersichtlich, nichts Strafbares. — **M. 9.** Das Laubenhäcker- und Laubenschieberrecht ist in den verschiedenen Gegenden verschieden. In G. ist das Abhaken nicht erlaubt. — **M. 9.** 44. 1. Geringe Körperfehler, die voraussichtlich nicht zur Unbrauchbarkeitserklärung führen werden. 2. Alimente sind zu zahlen. Es sind für den Unterhalt des Kindes nötige Alimente zu zahlen. Die Höhe hängt vom Erwerb des Gerichts ab, 15 bis 25 M. monatlich sind für Berlin an-gemessen. — **C. O. 17.** Die Ehen halten nur in Höhe des Rücklasses (Erlaß der Beerdigungskosten gehört dazu nicht), wenn Sie die Rechts-möglichkeit des Inventars sich sichern. Einigung erscheint deshalb ratsam. — **Jahrb. 100.** Ist die Schuld gegen Sie rechtlich gültig ausgelagt, so kann erst in 30 Jahren Verjährung eintreten. Ist nur ein Zahlungsverstoß er-lausen, so können Sie gegen diesen beim Gericht Widerspruch erheben. Ob in diesem Fall Verjährung vorliegt, hängt von der Art der Forderung (Darlehen? Warenkauf? Mietschuld? oder was sonst?) und davon ab, ob Sie inzwischen anerkannt haben. — **C. J. 18.** Sie können auf Erlaß des Schadens klagen. — **M. 9.** 100. 1. Rein. 2. Ja: Sie müssen die Wahrheit als Zeuge sagen. Dazu gehört auch, nichts zu verschweigen z. B. das Datum. 3. Das ist möglich.

Arbeiter unterstützt ausschliesslich nur die Konsum-Vereine

die auf dem Boden des Centralverbandes stehen. Kauft nur in den nachstehenden Verkaufsstellen:

- | | | | | | |
|---|--|---|--|--|--|
| <p>Norden:
Zwinnmünderstr. 44.
Chorinerstr. 46.
Buttmannstr. 19.
Wittenmünderstr. 30.
Gartenstr. 3.</p> <p>Moabit:
Wielestr. 31.
Erdenerstr. 45.
Gabelbergerstr. 6.
Koblenzerstr. 21.
Schlichterei: Wittfischerstr. 8.</p> <p>Nordosten:
Wiesstr. 64.</p> <p>Osten:
Görlingstr. 14.
Krautstr. 7.
Niedrigstr. 7.
Forscherstr. 62.
Mühlbergstr. 32.</p> | <p>Osten:
Stralauer Allee 20A.</p> <p>Südosten:
Zornerstr. 10.
Pöhlstr. 31.
Faldensteinstr. 6.
Forscherstr. 4.
Michaeliskirchplatz 4.</p> <p>Grünrammgeschäfte:
Forscherstr. 20.
Glogauerstr. 3.</p> <p>Milchgeschäft:
Glogauerstr. 27.</p> <p>Bäckereien, Konditoreien, Niederlagen:
Ziegnerstr. 22.
Forscherstr. 20.
Admiralstr. 37.
Reichenbergerstr. 158.
Görlicherstr. 68.</p> | <p>Glogauerstr. 28.
Ratiborstr. 2.
Cypelnerstr. 46.</p> <p>Schlächtereien:
Glogauerstr. 28.
Faldensteinstr. 18.
Ziegnerstr. 24.
Wantenfelstr. 55.
Zfallerstr. 81.
Cypelnerstr. 28.</p> <p>Süden:
Gräferstr. 40.
Kottbusser Damm 9.</p> <p>Bäckereien:
Gräferstr. 12.
Gräferstr. 35.</p> <p>Schlächtereien:
Gräferstr. 13.</p> <p>Südwesten:
Kandstr. 5.</p> | <p>Südwesten:
Fagelbergerstr. 20.</p> <p>Schöneberg:
Kopfel Paulstr. 27.
Göthenstr. 1.</p> <p>Charlottenburg:
Wilmersdorferstr. 27.
Taurrogenerstr. 10.
Potsdamerstr. 12.</p> <p>Steglitz:
Am Markt 2.</p> <p>Gross-Lichterfelde:
Türerstr. 37.</p> <p>Tempelhof:
Berlinerstr. 76.</p> <p>Britz:
Werberstr. 33.</p> <p>Rixdorf:
Zietenstr. 31.</p> | <p>Hohrechtstr. 82.
Kofenstr. 4.</p> <p>Bäckereien:
Steinmehlerstr. 129.
Falkstr. 3.
Kirchhoferstr. 2.</p> <p>Schlächtereien:
Kottbusser Damm 96.</p> <p>Treptow:
Baumschulenweg:
Baumschulenstr. 36.
Ober-Schöneweide:
Eckstr. 4.</p> <p>Johannisthal:
Röpnicker, Ecke Friedrichstraße.
Rummelsburg:
Türschmidtstr. 6.</p> <p>Friedrichshagen:
Lichtenberg:
Waisenstr. 4.
Frankfurter Chaussee 48/49.</p> | <p>Neu-Lichtenberg:
Wilmersstr. 9.</p> <p>Weissensee:
Friedrichstr. 12.
Langhausstr. 60.</p> <p>Adlershof:
Gadenbergstr. 29.</p> <p>Alt-Glienicke:
Röpnickerstr. 32.</p> <p>Friedrichshagen:
Friedrichstr. 98.</p> <p>Erkner:
Königsstraße.</p> <p>Tegel:
Schlieperstr. 70.</p> <p>Zehlendorf:
Zeltowerstr. 1.</p> |
|---|--|---|--|--|--|

Anmeldungen von Mitgliedern werden in jeder Verkaufsstelle entgegengenommen.

108/13

Brennabor Räder.

Sind alle Teile der Erde verbreitet.

Sie vereinigen in sich alle Wunderbar leichter Lauf und feinen Strassen, Unbegrenzte Dauer. Überall Vertretungen.

Vorzüge eines 1. Klasse Rades. sanfter Gang selbst auf schlechthafterigkeit bei leichtem Gewicht. Illust. Kataloge postfrei.

Filiale: Berlin W., Kronen-Strasse 11.

Ganz umsonst und portofrei

kann sich Jeder von uns für entsprechenden Wert Waren erworben

Man ver-lange neuesten Pracht-katalog mit 2000 Ab-bildungen nebst näherer Angabe ebenfalls gratis und franko. (Dass Kostlos.)



Derselbe enthält grosse Auswahl in Taschenuhren, Rasirmessern, Rasirtensilien, Haarmaschinen, Tafelmessern u. Gabeln, Damen-, Haar- u. Schneidemaschinen, Reben- od. Gartenschere, Sonnen, Gärtnermesser, Brot-, Schlacht-, Gemüse-, Hack- u. Wiegemaschinen, Uhren, Uhr- u. Halsketten, Broschen, Ringe, Portemonnaies, Pfeifen, Spazierstöcke, Fernrohre, Feldstecher, Schuss- u. Stichwaffen, Musik-Instrumenten u. sonstigen Schmuck- u. Haus-haltungsaufsätze etc. Gleichzeitig offerieren wir, damit sich Jeder von der Güte und Qualität unserer Waren über-zengen kann Schliess- und zugleich Jagdmesser No. 388, echt Hirschhornheft mit Neustilbeschriftung genau wie Zeichnung für nur Mk. 1.60 franko. 3 Tage zur Probe. Besteller verpflichtet sich, den Betrag einzukassieren oder das Messer zu retournieren. Mehr wie ein Stück nur gegen Nachnahme. Bitte genau auf unsere Firma zu achten. Ältestes Fabrikverbandsamt am Platze, gegründet 1876.

Gebrüder Bell, Gräfrath 202 bei Solingen,

Schmökewitz Gasthaus zur Palme am Zeddissee. (Endstation der „Stern“-Dampfer).

Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.

Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Wasserpumpen und Dampfheizung, Regelmässiger, großer Kaffeehaus, Cäle, Pallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

DAS BESTE

„APENTA“

OFFENER BITTERWASSER

RHEINWEIN MARKE

Uchssprung

mit 75 - 100 CABINET 1.50

edle Blume, garantiert rein überall käuflich

General-Deput. Sommer, Bergstr. 34

Wo?

Neu! Billigste Neu!

Dampfer-Extrafahrten

von der Michael-Brücke jeden Tag, außer Sonnabends, vormittags 9 Uhr. Einlage Fahrt 30 Pf. Nachm. 2 Uhr hin und zurück 30 Pf. Jeden Sonntagvormittag 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr nach Wolters-dorfer Schleuse mit Ausflug. Einlage Fahrt 50 Pf.

Teleph. Amt VII. 2841. [5375L] **H. Tismer.**

Achtung, Bäckerstreik!

Folgende Bäckermeister haben die Bewilligung der Forderungen zurückgezogen:

- | | | | | | | | | |
|---|--|--|---|--|---|--|--|---|
| <p>Moabit:
H. Rühl, Gudenestr. 50.
Th. Neumann, Oldenburgerstr. 19.
B. Warynski, Lehderstr. 31.
G. Rausch, Dönhofsstr. 100.
Gugo Berg, Oldenburgerstr. 23.
Wilib. Knecht, Albederstr. 21.
Bodenstein, Wilhelmshafenstr. 12.
Wilib. Godt, Gudenestr. 54.
Wilib. Valtin, Stromstr. 55.
G. Schmölzer, Wilhelmshafenstr. 39.
Rud. Giesmann, Oldenburgerstr. 8.
G. Kimpfe, Dönhofsstr. 125.</p> | <p>Osten:
G. Weber, Dreiläuterstr. 11.
Karl Czapke, Frankfurter Allee 50.
August Hoffmann, Petersburger-Strasse 38.
Cediasch, Blumenstr. 64.
Frank, Koppenstr. 20.
Paris, Sandberger Allee 37.
Bräuner, Oberstr. 52.
H. Doh, Koppenstr. 70.
Jericho, Dönhofsstr. 17.
Knäuper, Weberstr. 1/2.
W. Schick, Or. Frankfurterstr. 38.
B. Geymann, Bahmannstr. 20.
G. Drecher, Ledderstr. 2.
Prinz, Buchner, Beberstr. 52.
B. Kreichmer, Or. Frankfurterstr. 74.
H. Ladahn, Beberstr. 30.
F. Wendland, Grüner Weg 69.
Krawezowski, Beberstr. 47.
Wiesje, Landsberger Allee 8.
Karl Heide, Androssstr. 51.
Günther, Grüner Weg 27.
W. Ernst, Lohestr. 15.
Engel, Hausburgstr. 12.
Wohl, Hausburgstr. 5.
Kloffe, Weidenweg 74.
Hoffmann, Gudenestr. 61.
Metzner, Dönhofsstr. 13.
H. Naal, Or. Frankfurterstr. 110.
Gehhof, Gudenestr. 16.
Viesberg, Eibingerstr. 13.
J. Wolke, Wehmerstr. 11.
Wolke, Barnimstr. 42.
Wendke, Lützenerstr. 23.
Krausig, Ebelingstr. 20.
Pasinan, Köpckestr. 11.
Pasinan, Barnimstr. 35.
Hemming, Knappestr. 9.
Darmstadt, Gudenestr. 42.</p> | <p>Südosten:
J. Künzel, Brangestr. 25.
G. Köpfer, Rastauerstr. 11.
G. Gampel, Eibenbahnstr. 13.
F. Haupt, Eibenbahnstr. 3.
G. Kaiser, Rastauerstr. 54.
G. Krusanowski, Rastauer Platz 13.
H. Glanz, Waldemarstr. 76.
H. Werner, Pöhlstr. 23.
H. Gähler, Rastauerstr. 13.
H. Giffard, Wanteuffelstr. 19.
G. Hoffmann, Wanteuffelstr. 11.
H. Dreisow, Brangestr. 126.
H. Wöhler, Brangestr. 9.
G. Landahn, Köpckestr. 172.
H. Heide, Gölcher Ufer 2.
G. Häbner, Eibenbahnstr. 31.
G. Nagel, Pöhlstr. 8.
Hiedler, Schleierstr. 23.
Barbahn, Rammstr. 40.
Rastauer Pöhlstr. 23.
3 Stände: Nr. 204, 205, 206.
Zerde, Waldemarstr. 62.
G. Schulz, Rastauerstr. 34.
Kottbusser Ufer 59.
Nicolas, Wlenerstr. 66.
Meinheim, Brangestr. 69.</p> | <p>Norden:
W. Zent, Schwedestr. 21.
Schliephake, Hüfenerstr. 64.
Lutrodt, Wlenerstr. 70.
Wittkoc, Wlendorferstr. 12a.
Ernst Schratke, Wlenerstr. 199.
Hofrichter, Streckerstr. 15.
Widwisch, Vorkingstr. 6.
G. Wittenhagen, Schornhorstr. 35.
H. Schult, Lottumstr. 13a.</p> | <p>Westen:
G. Weitzkopf, Wlendorferstr. 111.
Niemis, Köpckestr. 38.
Rühlow, 48.
Berger, Schliephakestr. 64.
Zehmann, Teltowerstr. 38.
Benz, 40.
Zandzewski, Wlendorferstr. 110.
Walter, Köpckestr. 11.
H. Köpcke, Kirchbachstr. 5.
Krat, Schleierstr. 23.
Svecht, Wlendorferstr. 20.
Bodehl, Wlendorferstr. 75.</p> | <p>Süden:
Böhme, Schleiermacherstr. 11.
Jandke, Ritterstr. 40 u. Breiterstr. 20.</p> | <p>Südwesten:
Karl Wagner, Schenkenborferstr. 4.
Kühn, Chamissostr. 6.
Albert Koch, Schlüterstr. 12.
G. Rindermann, Dresdenstr. 131.
Gustav Wenzel, Kottbuscherstr. 21.
J. Runtz, Reichenbergerstr. 185.
Mummert, 71.
Max Schönefeld, Dresdenstr. 54.
G. Elias, 90.
Wierke, Pringenerstr. 99.
Otto Verthe, Dresdenstr. 64.
H. Barthan, Kottbuscherstr. 12.
Otto Bödewig, 71.
H. Weiner, Kottbuscherstr. 49.
W. Straub, 38.
G. Vieffgang, Pringenerstr. 75.
Zauer, 38.
G. Kretschmer, 29.
S. Krapp, Ritterstr. 15.
Volen, Hofenbeide 69.
H. Halding, Heugöfstr. 8.
Joh. Wendtke, Brandenburgerstr. 6.
H. Rex, Pringenerstr. 112.
Schmidt, Pringenerstr. 10.
P. Wrybda, Fagelbergerstr. 29.
Otto, Scholtanstr. 82.
H. Gronemann, Alte Jakobstr. 120a.
Vohl, Markgrafenstr. 3.
Dehmel, Dönhofsstr. 47.
Wichell, Kottbuscherstr. 49.
Renhardt, Urbanstr. 1.
Wolff Schulz, Gräferstr. 19.
H. Kout, Kottbuscher Ufer 62a.
Ruhrt, Albederstr. 6.
Dobelt, Wlendorferstr. 17.
Wiking, Urbanstr. 104.</p> | <p>Charlottenburg:
Veier Eichhorn, Berlinstr. 50.
Hermann Witte, Kochmeisterstr. 39/40.
H. Virth, Bleibtreustr. 41.
Otto Grundmann, Rosinenstr. 10.
Gedab Wänisch, Kaiser Friedrich-Strasse 59.
Johann Zwickert, Pestalozzistr. 76.
Paul Lehmann, Pestalozzistr. 69.
H. Schmidt, Knobelsdorferstr. 8.
Karl Daniel, Schloßstr. 20.
Hermann Otto, Spielbagenstr. 14.
Max Barisch, Dönhofsstr. 18.
H. Walther, Pestalozzistr. 12.
H. Kühne, Weinmeyerstr. 15.
H. Zorries, Chriftstr. 13.
Fritz Woderich, Dandelmännstr. 12.
Albert Heinrich, Bismarckstr. 43.
Wilhelm Schloffer, Sophie Char-lottenstr. 99.
Wilhelm Tremse, Orangerstr. 4.
H. Lüd, Spandauerstr. 20.
Joseph Schlerke, Kaiser Friedrich-Strasse 47.
H. Naal, Potsdamerstr. 10a.
Hrm. Hansbold, Sattlerstr. 21.
G. Eichhorn, Schillerstr. 114.
H. Witt, Potsdamerstr. 43.
G. Hoffe, Wilmersdorferstr. 156.
H. Nofat, Rosinenstr. 12a.
H. Reimann, Schloßstr. 35.
H. Wände, Potsdamerstr. 14.
H. Tähne, Sophie Charlotten-Strasse 15a.
W. Zwick, Wilmersdorferstr. 66a.
W. Gante, Wilmersdorferstr. 117.
G. Naal, Florantstr. 10.
G. Wilmann, Kaiser Friedrichstr. 9.</p> | <p>Reinickendorf:
H. Schmidt, Reibbenstr. 48.</p> <p>Lichtenberg:
Nagel, Wilmersstr. 75.</p> <p>Friedrichshagen:
Bruno Kretschmer, Gärtnerstr. 27.
Friedrich, Wartenbergstr. 2.</p> <p>Rummelsburg:
W. Joachim.
H. Schulz.
W. Lange.</p> <p>Pankow:
Müller, Wlendorferstr. 32.
Ochsenhagen, Breiterstr. 15.
Schmidt, Berlinerstrasse.</p> <p>Mariendorf:
Weißhagl, Chausseestrasse.</p> |
|---|--|--|---|--|---|--|--|---|

Vom Sonntag, dem 12. Juni ab werden wir nur noch die Liste der bewilligten Bäckereien veröffentlichen.

Bäckermeister und Wiederverkäufer, die in den früheren Listen nicht verzeichnet waren, bitten wir, sich bis Sonnabendmittag 12 Uhr zu überzeugen, ob sie in der Liste verzeichnet sind.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Streikleitung.

Verbandstag der Schuhmacher.

Am Freitag, dem fünften Verhandlungstage, wurde die am Donnerstag begonnene Erörterung über die Verlegung des Vorstandes fortgesetzt. Die für die Verlegung vorgebrachten sachlichen Gründe traten weit zurück hinter den damit in Zusammenhang stehenden Momenten, die im Vordergrund der Debatte standen.

Die nachfolgenden zahlreichen Diskussionsredner gaben fast ohne Ausnahme derselben Ansicht Ausdruck. G. H. L. Frankfurt a. M. meinte, von dem ganzen Anlagematerial könne nur ein Teil übrig gelassen werden; Simon, der auch Vorsitzender einer Krankenkasse ist, hat im Vereinsbureau Krankmeldungen entgegengenommen, und der Kassierer Meiß hat manchmal während der Bureaustunden einen Gang in sein in demselben Hause befindliches Schuhwarengeschäft gemacht.

Der Vorsitzende des Ausschusses befürwortete die Verlegung des Vorstandes von Nürnberg, gleichgültig wohin. — Die namentliche Abstimmung ergab, daß sich 7 Delegierte für, 58 gegen die Verlegung des Vorstandes erklärten. Der Vorstand bleibt also in Nürnberg. Das Bureau soll aber, nach einem Beschlusse der Generalversammlung, in ein anderes Haus verlegt werden.

Die Frage der Vergrößerung und Ausgestaltung des „Schuhmacher-Vorwärts“, die hierauf zur Verhandlung stand, wurde dem Vorstand in Gemeinschaft mit dem Ausschuss und dem Redakteur zur Erledigung überwiehen. Hierauf kamen die Kommissionsvorschläge zur Arbeitslosen- und Krankenunterstützung zur Verhandlung. Sie fanden keinen Anklang. Nachdem auch die Vorlage des Hauptvorstandes abgelehnt worden war, wurde auf Antrag von Weisse-Weissenfels beschloffen, drei Klassen für Beitrag und Unterstützung vorzusehen und zwar sollen die Beiträge wöchentlich 20, 35, 50 Pf. betragen. Die Arbeitslosen-Unterstützung soll für 40 Tage im Jahre gewährt werden und wöchentlich je nach der Beitragklasse sich auf 8 M., 4,50 M., 7,50 M. belaufen.

Ueber die Tarifgemeinschaften referierten der Verbandsredakteur V. G. G. und der Hauptvorsitzende Simon. Sie betonten, daß sie, entgegen den Behauptungen der Unternehmerpresse, in dieser Frage einer Meinung seien. Eine von beiden Referenten eingebrachte Resolution wurde ohne Debatte angenommen. Sie lautet:

„Das Bestreben des Unternehmertums, die Folgen der mit der modernen Produktion verbundenen schrankenlosen Konkurrenz auf die Arbeiter abzuwälzen, in Verbindung mit der Geltendmachung eines brutalen Prozentums leitend eines großen Teils der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitern hat in den letzten Jahren zu zahlreichen und schweren wirtschaftlichen Kämpfen geführt. — Diese Kämpfe zu mindern und teilweise ganz zu beseitigen, giebt uns nur das Mittel der gegenseitigen Vereinbarung des Arbeitsvertrages auf längere Dauer. — In allen demjenigen Gewerben, in welchen Tarifvereinbarungen abgeschlossen wurden — und die Zahl derselben hat sich in den letzten Jahren verdreifacht — haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Nutzen der stabilen Arbeitsverträge schätzen gelernt und sind zu Erneuerungen der Verträge geschritten. Sogar Regierungen und Behörden haben den hohen Wert der Tarifvereinbarung dadurch anerkannt, daß sie die zu vergebenden Arbeitsaufträge nur an Firmen erteilen, welche den Tarif, wo ein solcher besteht, durchführen. — Auch für die deutsche Schuhindustrie und das Schuhmachergewerbe ist eine Tarifgemeinschaft eine dringende Notwendigkeit geworden. Die zahlreichen Lohnkämpfe, die furchtbare Schmutzkonkurrenz können nur durch festgelegte, gegenseitig vereinbarte Arbeitsbedingungen eingedämmt werden. — Die von Eigenmut und Kurzsichtigkeit diktierten Einwendungen der Unternehmerpresse gegen Tarifgemeinschaften sind durch die Thatlage, daß solche in dem Mutterlande der Schuhindustrie, Amerika, sowie in andern Ländern bestehen, längst widerlegt. — Die Generalversammlung beschließt, der Vorstand und die einzelnen Filialen haben die Pflicht, wo immer nur die Möglichkeit besteht, Tarife abzuschließen und mit Energie auf die Verwirklichung des Tarifsystems hinzuwirken. — Grundbedingung für Durchführung und Aufrechterhaltung getroffener Vereinbarungen ist aber eine starke Organisation und ist es deshalb Pflicht jedes Kollegen, derselben beizutreten.“

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Ergänzungswahlen für den Gesellenausschuss bei der Handwerkskammer beschloffen am 9. Juni eine Konferenz der Altgesellen der Innungsgruppen V (Bauhandwerk — 9 Innungen), VI (Poliergewerbe und verwandte Berufe — 10 Innungen) und VII (Metallgewerbe — 13 Innungen). Die Zusammenkunft hatte im wesentlichen den Zweck, eine Einigung über die Kandidaten zu erzielen. Es stellte auf die Gruppe V den Holzleger Edmund Koriß und als Stellvertreter den Maler Max Bartel, die Gruppe VI den Tapezierer Otto Weis und als Stellvertreter den Drechsler Emil Köppen, die Gruppe VII den Schlosser August Rosenberg und als Stellvertreter den Gelb- und Zinnleger Georg Rathes. — Die Schneider, die für sich die Gruppe IV bilden, werden die Angelegenheit noch unter sich erledigen.

Zum Kampf im Bädergewerbe.

Gegenwärtig machen alle Innungsvorstände mobil, um den bedrängten Bäder-Jahresmeistern Hilfe in ihrer Not zu bringen. In einem Flugblatte richten sie ein „erstes Wort an ihre Mitbürger“, in dem sie es als unerbötlich bezeichnen, daß „selbst ein Teil unserer bürgerlichen Hausfrauen dem Wohlstand geneigt“ ist. Sie beschwören jedermann, sich doch kräftig für die armen wohlthätigen Bädermeister anzunehmen, deren Selbständigkeit unter allen Umständen von der Sozialdemokratie „vernichtet“ werden sollte. Denn wenn erst das Bädergewerbe ruiniert und in sozialistische Verwaltung übergegangen sei, dann würden auch bald die „andern Zweige der Nahrungsmittelgewerbe“ folgen und schließlich „in rascher Folge auch alle andern Gewerbe von der Sozialdemokratie aufgefressen werden“. Deshalb müssen die Bädermeister unterstützt werden, denn „das freie Spiel der Kräfte darf zum Zwecke der Erringung der Herrschaft einer revolutionären Partei nicht unterbunden werden!“ Dieser Aufruf ist unterschrieben von den Obermeistern der Berliner und Charlotten-

burger Bäcker-, Schuhmacher-, Schmiede-, Schlosser-, Barbier-, Tischler-, Schneider-, Schlächter-, Maler-, Glaser-, Konditoren-, Kupfer- und Holzleger-, Klempner- und Fuhrherrn-Innungen. Auch einige Stadtverordnete sowie der Stadtrat Wielenz haben sich ihnen in trauter Seelenharmonie angeschlossen.

Wie die Zurückziehungen zu Stande kommen.

Auf dem Verbandsbureau der Bädereigenen sind bisher etwa 360 Mitteilungen von Meistern eingegangen, daß sie die Bewilligung wieder zurückziehen. Als sich bei diesen Meistern gleich darauf die Wirkung des Wohlwollens in verstärkter Weise geltend machte, da erklärten 97 der Meister, ihre Unterschriften unter den Zurückziehungen müßten von anderer Seite unbedingt gefälscht sein, denn sie hätten überhaupt keine Briefe an den Verbandsvorstand geschrieben, auch hätten sie gar nicht daran, die getroffenen Abmachungen zu durchbrechen. Weitere 66 Meister wiederum beteuerten, ihnen sei die Unterschrift unter die Zurückziehungen von Mitgliedern des Wohlwollens-Abwehrausschusses geradezu abgeprecht worden, aus eigenem Antrieb würden sie die Bewilligung nicht zurückgezogen haben. Sie unterschrieben denn auch sämtlich sofort aufs neue. Von dem Wohlwollens-Abwehrausschuss ist einigen Meistern nach deren eigener Aussage sogar Geld angeboten worden, damit sie nur ihr Wort dem Bäderverband gegenüber wieder brechen sollten. Als den Ausschussmitgliedern jedoch gesagt wurde, sie müßten schon so viel Geld zahlen, als die Bäderei gelohnt habe, wenn sich der Wortbruch rentieren sollte, da ließen sie schließlich von ihren Bemühungen ab. An solchen Manipulationen zeigt sich recht drastisch, wie niedrig die maßgebenden Innungsherren den Wert eines Ehrenwortes einschätzen. Das Ehrenwort eines „modernen“ Bädermeisters ist tatsächlich nur so viel wert wie eine Frühstücksbrotkrume; denn nur frisch ist sie gut, nach einem Tage ist sie unbrauchbar, und nach zwei Tagen nicht mehr zu genießen. —

Die Nebenart von der „socialdemokratischen Nachtrabe“

hat am vergangenen Mittwoch auf dem Gewerkegericht eine Würdigung erfahren, die den Herrn Ober-Innungsvorstandern und sonstigen Scharmachern recht arg in die Glieder sahnen dürfte. Am genannten Tage fand auf dem Einigungsamt die erste Sitzung der Schlichtungskommission für diejenigen Bädereien statt, die mit den Gesellen für längere Zeit abgeschlossen haben. Es wurde dort das aus drei Meistern und drei Gesellen bestehende Kuratorium für den paritätischen Arbeitsnachweis gewählt, der dem städtischen Nachweisbureau in der Gormannstraße angegliedert werden soll. Bei dieser Gelegenheit äußerte sich der Vorsitzende, Magistratsrat v. Schulz, etwa folgendermaßen: Es werde von den Innungsvorständen stets gesagt, daß die Forderungen der Bädereigenen eine socialdemokratische Nachtrabe darstellten. Demgegenüber verweise er auf den vor dem Gewerkegericht festgelegten alten Tarif vom Jahre 1900. In Punkt 6 jenes Tarifs haben sich die Innungsvorstände der Bäder damals ausdrücklich verpflichtet, sich über geeignete Mittel und Wege schlüssig zu werden, wonach die Abschaffung von Kost und Logis nicht nur für die verarbeiteten Gesellen und solchen, die in größeren Betrieben arbeiten, sondern auch für alle übrigen Gesellen eingeführt werden solle. Dies sei jedoch nicht geschehen. Nichts handle es sich jetzt auch um keine socialdemokratische Nachtrabe, sondern es werde von den Gesellen nur dasjenige durchzuführen beabsichtigt, was damals von den Meistern bereits versprochen (aber nicht innegehalten) wurde.

Am Donnerstag fanden nun zwei von dem Gesellenverbande einberufene Versammlungen in Rixdorf und Schöneberg statt. In Rixdorf handelte es sich um die Abwehr eines verhängnisvollen Tarifs, den die dortige Innung den Gesellen aufdrängen wollte. Herzlich schloß sich dabei der Obermeister der Rixdorfer Innung an. „Sein“ Tarif war nämlich den Berliner Scharmachern zu arbeiterfeindlich, den Gesellen aber zu reaktionär. Als nun die Gesellen die Annahme dieses Tarifs ablehnten und die Berliner Freunde den Obermeister Marx auch noch mit Vorwürfen überschütteten, legte dieser aus Verdruss über sein verkanntes Genie sein Amt als Obermeister nieder.

Die Schöneberger Versammlung war eine öffentliche. Nach einem Referat Henscholds über die Ursachen des Wohlwollens und einer scharfen Kritik des Wortbruchs einer Anzahl Schöneberger Bädermeister nahm die stark besuchte Versammlung einstimmig eine Resolution an, in der sich die Anwesenden zur nachdrücklichsten moralischen Unterstützung der Bädereigenen verpflichteten.

Der Bauschlichterstreik in Steglitz und Groß-Lichterfelde ist nach circa 17wöchentlicher Dauer beendet resp. seitens der Gesellen mit 80 gegen 18 Stimmen aufgehoben. Wir berichteten in voriger Woche, daß die Unternehmer in letzter Zeit sich doch noch zur Anknüpfung von Verhandlungen verstanden haben, doch blieben sie auf dem Standpunkt stehen, zunächst nicht mehr als 2 Proz. bewilligen zu können und erst nach Verlauf eines Jahres weitere 2 Proz. zuzulegen. Diese Zusage einer späteren Zulage war für die Gesellen wertlos, da die Herren selbst erklärten, die Baukonjunktur hätte ihren Höhepunkt erreicht. Was sie jetzt nicht thun wollten, würde in einer kommenden schlechteren Periode ganz gewiß gezahlt worden sein. Wenn die Nichtannahme der 2 Proz. Verwunderung hervorgerufen sollte, so diene zur Aufklärung, daß wir dieses Zugeständnis aus keinem Erfolg auszuheben konnten, da schon 12 von 30 in Betracht kommenden Werkstätten zum aufgestellten vollen Nettotarif arbeiten. Würden nun die 88 noch streikenden Stellen auf obiges Angebot eingegangen sein, so müßten die Löhne der ca. 100 bereits zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen von 7 auf 2 Proz. heruntergesetzt werden, da sämtliche Meister, die vorher schon bewilligt haben, ihr Zugeständnis an die Bedingung geknüpft haben, daß, falls später ein Tarif vereinbart würde, dieser auch ihnen zu gute kommen sollte.

Deutsches Reich.

Zimmererstreik in Danzig. Die bereits telegraphisch mitgeteilt, sind die Zimmerer in Danzig in den Ausstand getreten. Bereits im März wurde den Arbeitgebern im Baugewerbe der Lohnsturz zugestimmt. Jedoch hatte nur einer derselben den Rat, eine Antwort zu geben. Er erklärte, daß er sich dem Beschlusse der Innung anschließen würde. Später wurde an die Innung nochmals ein Ersuchen um Antwort gerichtet, aber mit dem gleichen Erfolge wie zuvor. Die Forderung der Zimmerer ist im wesentlichen 45 Pf. pro Stunde, ferner Aufschläge für Nebersunden etc. Am 7. Juni fand nun eine Zimmererversammlung statt, in der auch der zweite Vorsitzende Eduard Hamburg anwesend war. Es wurde von der großen Mehrzahl gegen 22 Stimmen der Streik proklamiert. Die Situation ist außerordentlich günstig und hoffen die Streikenden auf den Sieg.

Von den 430 vor dem Streik arbeitenden Zimmerern haben 330 die Arbeit niedergelegt. Von den dem ärztlichen Bauarbeiter-Verband angehörigen Zimmerern, ca. 100 Mann, ist ein großer Teil nicht in den Ausstand getreten, jedoch wollen diese sich in einer morgen stattfindenden Versammlung den Streikenden anschließen. Von den 41 am Ort befindlichen Baugesellschaften haben heute vier Gesellschaften die Forderungen anerkannt. Zugang fernhalten. Centralverband der Zimmerer, Zahlstelle Danzig.

Zur Lage im Königsberger Baugewerbe. Unter den jüngst beim Streikentwurf Verhafteten befinden sich auch drei Bauhilfsarbeiter.

Einer von ihnen ist jedoch schon freigelassen. Sollte es zum Prozeß kommen, so können Augenzeugen betunden, daß die drei unschuldig sind. Die Bauhilfsarbeiter streiken nun schon 11 Wochen und immer noch ist das Ende des Streiks nicht abzusehen. 29 Firmen haben die Forderungen bewilligt. Von 1800 Bauhilfsarbeitern arbeiten 401 zu den neuen Bedingungen. Im Streik befinden sich 447 und 200 verrichten Erd- und sonstige Arbeiten. Von 300 konnte nichts festgestellt werden, weil die vor den Bauten postierten Schutzleute den die Statistik aufnehmenden Arbeitern den Zutritt zu den Neubauten verwehren.

Unter den Italienern gärt es. Ein Trupp ist kürzlich abgereist, und die andren haben erklärt, nicht unter diesen Bedingungen weiter arbeiten zu wollen, weil sie bei wenig Essen und Lohn wie Sklaven behandelt würden.

Der Zimmererstreik in Düsseldorf ist nach 13wöchentlicher Dauer beendet. Eine stark besuchte Zimmerer-Versammlung beschloß, über die Unternehmer, die noch nicht bewilligt haben (es handelt sich um einige kleine Krainer, die insgesamt 17 Arbeiter beschäftigen) die Sperre zu verhängen. Es ist also ein voller Erfolg erzielt. Beschlossen wurde ferner, die noch Ausständigen, etwa 17 Mann, so lange zu unterstützen, bis sie zu den neuen Bedingungen untergebracht sind.

Der Streik der Steinseher und Kammer in Dortmund ist mit einem teilweisen Erfolge für die Arbeiter heute beendet worden. Am Montag wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Ausland.

Die englischen Gewerkschaften im Jahre 1903. Nach dem vor kurzem erschienenen amtlichen Bericht über die englischen Trades Unions waren Ende vorigen Jahres 1 535 184 Arbeiter in gewerkschaftlichen Verbänden organisiert. Gegenüber dem Jahre 1902 bedeutet dies nur eine Zunahme von 8315 Mitgliedern. Viel stärker als die Mitgliederzahl sind dagegen die Fonds der Gewerkschaften gestiegen. Die 589 Trades Unions verfügten am Ende des Jahres 1903 insgesamt über 4 809 383 Pf. Sterl. (über 96 Millionen Mark) gegen nur 4 442 000 (88 840 000 M.) im Jahre vorher. Auf den Kopf eines jeden Mitgliedes entfallen aus den vorhandenen Fonds durchschnittlich 62,65 Mark.

Die Zunahme ist, gemessen an der der deutschen Gewerkschaften, äußerst gering; wie es scheint, haben die Trades Unions ihren Höhepunkt erreicht; wenigstens soweit Arbeitersichten in Frage kommen, auf deren Gewinnung die Unions bisher allein Wert gelegt haben. Dagegen bleiben auch in England noch ungeheure Massen, namentlich ungelerner Arbeiter zu organisieren übrig. Ferner ist es auch in England noch nicht gelungen, die Arbeiterinnen in ihrer Mehrheit zur gewerkschaftlichen Organisation heranzuziehen.

Für neutrale und gegen konfessionelle Gewerkschaften hat sich der Verband evangelisch-socialer Arbeitervereine der Schweiz auf seinem jüngst in Bern abgehaltenen Delegiertentag erklärt. In einer Resolution wurde die Zustimmung zu der Stellung, die der zu Osnern in Luzern abgehaltene Gewerkschaftskongress in der Frage der Neutralität eingenommen hat, ausgesprochen und die Gründung konfessioneller Gewerkschaften als eine Schwächung der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung bezeichnet. Ferner werden die Mitglieder des evangelisch-socialen Arbeiterverbandes aufgefordert, sich an den bestehenden unpolitischen und interkonfessionellen Gewerkschaften zu beteiligen sowie gegen allfällige Verletzungen der Neutralität der Gewerkschaften sich in diesen selber zu wehren.

Die Aussperrung in der Antwerpener Diamantindustrie. Am Mittwoch hat eine Verbandsversammlung der Diamantarbeiter Antwerpens die vom Verbandsvorstand gemachten Einigungs-vorschläge mit den vom Vorstand der Prinzipalvereinigung gewünschten Änderungen angenommen, und zwar mit 2196 gegen 274 Stimmen, bei 21 Stimmenthaltungen. Werden die Vorschläge nun auch von der Mitgliederversammlung der Prinzipalvereinigung gutgeheißen, so kann die Arbeit in Antwerpen am Montag wieder aufgenommen werden.

Aus der Frauenbewegung.

Röpenitz. Am Montag hielt der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein für Röpenitz und Umgegend eine gutbesuchte Generalversammlung ab, in welcher Genosse Johannes Klein einen Vortrag hielt über Arbeiterwohnungsnot. Da die bisherige Vorsitzende ihr Amt niedergelegt hat, wurde Frau Schlicht an deren Stelle und Frau Kopper als zweite Schriftführerin gewählt; alle andern Vorstände bestellten ihr Amt. Zum Schluß forderte die Vorsitzende noch auf, sich an dem vom Verein veranstalteten Ausflug Sonntag, den 12. Juni, recht rege zu beteiligen. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr in den Lokalen Köchly und Helling.

Eingegangene Druckschriften.

Annalen des Deutschen Reiches (Nr. 6) für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. München 1904. A. Schweizer Verlag (Welter & Seiler). Inhalt: Beendigung der Regentenschaft in Bayern bei Lebzeiten des Königs, von Professor Dr. Anton Dross in München. Zwei Fragen des herzoglich sächsischen Thronfolgerechts von Prof. Dr. Conrad Bonhoff in Berlin. Die Bedeutung der Volkswirtschaftslehre für die Rechtswissenschaft, von Privatdozent Dr. phil. os. jur. Adolf Weber in Bonn. Das Vermögen. Juristische Festlegung einiger Wirtschaftsbegriffe von Dr. jur. Fritz Verobolzheimer in München. Die Verfassung im preussischen Verwaltungsprozeßrecht von Referendar Georg Weise in Torgau. Skizzen und Notizen. Zur Aufhebung des § 2 des Juliusengesetzes und zur Frage der Sanktionsfähigkeit eines vom Reichstag genehmigten Gesetzesentwurfes. Aus den Gesetzblättern.

Marktpreise von Berlin am 9. Juni 1904

Table with 4 columns: Commodity, Unit, Price, and another Price. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Rindfleisch, Schweinefleisch, etc.

Witterungsübersicht vom 10. Juni 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 6 columns: Station, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur. Lists stations like Schwabemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien.

Weiter-Prognose für Sonnabend, den 11. Juni 1904. Ziemlich kühl, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, den 11. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Bajazzo.
Neues Opern-Theater. Der Bettelstudent.
Deutsches. Nora.
Berliner. Kamyelle Witouche.
Sefflug. Zapsenreich.
Belle-Alliance. Ham'rad Lehmann.
Anfang 8 Uhr:
Westen. Im bunten Rock.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ein unbeschriebenes Blatt.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt.) Pension Schöller.
Neues. Einen Zug will er sich machen.
Kleines. Nachtschl.
Residenz. Die 300 Tage.
Central. Papageno.
Carl Weich. Sirena.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Winter-Garten. Specialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Vollzug-Theater. Specialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Um 8 Uhr: Die Insel Rügen.
Juwelenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Einen Jux will er sich machen.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Einen Jux will er sich machen.

Central-Theater.
8 Uhr:
Papageno.
Koffe in 4 Akten von Rud. Knechtel.
Gretl Gallus als Gast.
Sonntag:
Der Raub der Sabinerinnen.
Josephine Dora, Emil Richard u. G.

Belle-Alliance-Theater.
Nur noch bis 15. Juni.
Ram'rad Lehmann
mit Guido Thielscher in der Titelrolle.
Som 16. Juni ab:
Original-Tegernseer.
2 Novitäten. „Der kleine Kürassier.“
„Die Automaten-Ärm.“
Im Sommergarten 8 Uhr:
Specialitäten, u. a. Miss Alex mit ihrer Automobil-Schleifenfahrt.
Ringschlamm-Konkurrenz.
Entscheidungskämpfe.
Um 8 Uhr bereits: Promenaden-Konzert der Max Schmidt-Kapelle.

Residenz-Theater
Heute und folgende Tage:
Abends 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwan in 3 Akten von Paul Gouault
und Robert Charvet.
Deutsch von Alfred Palm.

Apollo-Theater.
7 1/2 Uhr: **Garten-Konzert.**
8-9 1/2 Uhr: Die Attraktionen des phänomenalen Juni-Programms.
Hierauf:
Liebesgötter.
Im zweiten Bild:
Götterzug
und die Sensations-Apotheose:
Im Tempel der Glückseligkeit.

Metropol-Theater
Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue
in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Märtyrer.
Liebesträume. X Kollegen.
Serenissimus-Zwischenspiele.

Gossmanns
Konzert-Garten.
SW., Kreuzbergstr. 48.
Jeden Sonntag:
Frei-Konzert
und **Ball.**
Montag:
Eichlers Quartettsänger.
Mittwoch: **Militär-Konzert**

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Ein unbeschriebenes Blatt.
Sonntagmittag 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Geizige.
Dienstagabend 8 Uhr:
Ein unbeschriebenes Blatt.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstadtisches Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Pension Schöller.
Sonntagmittag 3 Uhr:
Was ihr wollt.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Montagabend 8 Uhr:
Das Heiratsent.
Im Garten täglich gr. Militär-Konzert

Max Klie'm's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Verschönerung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Regalbahnen, Büfelfest, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S
PANOPTIGUM.
Friedrichstr. 165.
Die vielbewunderten
zusammengewachsenen
Schwestern
Rosa und Josefa:
!! einzig dastehend in
der Welt !!

ZOOLOGISCHER
GARTEN
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr abends
50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena:
Raubtier-Schule.
Vorstellungen: tägl. 1/2 u. 7 Uhr.
Eintritt 30 Pf., Kinder d. Hälfte.

Passage-Panoptikum.
Der Leichenfund
in Charlottenburg.
Originalgruppe nach Aufnahmen
an Ort und Stelle naturgetreu
dargestellt.
Der lange Josef,
16 Jahre alt, 217 cm gross.

Carl Weiss-Theater.
Große Jannstr. 132.
Das Geheimnis der alten Ramsell.
Nur noch 4 Aufführungen.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Sommerfeste - Fest,
Theater und Specialitäten-Vorstellung.
Auto-Atlas nur noch kurze Zeit. An-
fang 5 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Täglich:
Um Ehr' und Liebe.
Der Dunkel aus Ostpreußen.
Karl Groth. — Klara Segall.
Oskar Böckers. Salvador u. Selma.
Mr. Houson etc. etc.
Anfang 6 Uhr.
Kaffeeküche von 3 Uhr ab.
Donnerstag, Sonnabend u. Sonntag:
Ball.
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung
im Saal.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Heute: **Gr. Sommerfest.**
Grosses Garten-Konzert.
Theater und Specialitäten.
Grosser Sommerfeste-Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Heute: **Grosses Sommerfest**
verbunden mit
Gartenkonzert u. Theater-Vorstellung.
Aufstehen
läufiger engagierter Specialitäten.
Paul Coradini. X Loro-Quartett.
Im Saal:
Gr. Sommernachts-Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entrée 30, numerierter Platz 50 Pf.

Passage-Theater.
Anf. Sonntag 3, Wochentags
5 Uhr, Anfang der Abend-
vorstellung 8 Uhr.
Alfred Bender
Original-Humorist.
14 erstklassige Nummern.

Diez' Specialitäten-Theater.
Landsberger Allee 79/79.
Direkt Ringbahnstation.
Täglich: **Die Regen!**
Im herrlichen Garten od. gr. Saal:
Das konkurrenzlose Juni-Programm,
ca. 36 erstklassige Nummern
mit köstlichem Beifall, u. a.
Neu für Berlin: Marco et Tatjana.
The Orig. Bolero. Burleske elegant.
Die Berliner Liebhaber.
Dirig.: Mita Roselli, Lang-Soubrette,
Dirig.: Fritz Brand, Humorist.
Walter Darton, das Phänomen usw.
Ab 11. cr.: Die berühmte Walsen-
Troupe, Marische Spiele, 5 Berliner.
Kaffeeküche, Volkbesichtigungen.
Sonntag, Montag, Mittwoch
und Sonnabend bis 2 Uhr: **Ball.**

Berliner Prater
Theater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Goldene Herzen.
Bantom: Im Nachtschl.
Harris, Axtfänger, The
Jarrey. — Upts. — Langbe.
Ball, Konzert, Specialität.
Anfang 4 Uhr.
Entr. 30 Pf. Num. Pl. 50 Pf.

WINTER GARTEN
Neues Programm.
Mason u. Forbes, amerik. Excentrics
Clement Lion, Zauberkünstler.
Lydia Debrano, Feuertänzerin.
Professor Mabol, kom. Jongleur.
Perzinas dressierte Affen.
Gebürder Schwarz, Parodisten.
Will Mora, Reckkünstler.
Heloise Titcomb, Sängerin.
Die 4 Milans, Kraftnummer.
Neise-Familie, akrobatischer Akt.
„Carnavalsgeist“, Ballett.
„Lebende Photographien
vom Kriegsschauplatz.“

Schweizer-Garten
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- und
Specialitäten-Vorstellung.
Volkbesichtigungen.
Im Saal: **BALL.**
Zum Schluss:
Berliner Konfektionseisen.
Große Gesangsposse in 2 Bildern.
Entrée 30 Pf.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder
Saal:
Korsts
Norddeutsche
Humoristen
und
Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Nathan Wand,
129 Stallgerstr. 129.
Die Schönsten 55152*
Herren-Sommer-Paletots
und **Anzüge** in neu,
sowie special
Monats-Garderobe
von Modistinnen getragene Sachen,
samt neu, für jede Figur passend,
special Bau-Anzüge sind in
großer Auswahl stets zu staunend
billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand,
129 Stallgerstr. 129.
Hochbahnstation Rothbuckertthor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Charlottenburg.
Sonntag, den 12. Juni 1904, im Volkshaus, Rosinenstraße 3:
Sommer-Fest
des Wahlvereins.
Konzert, Auftreten des III. Trios, Kinder-Festigung und Tanz.
Personen, die am Feste teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang nachmittags 4 Uhr. Billets 25 Pf.
Um zahlreichen Besuch bittet 250/10* Das Komitee.
Jeden Sonntag 2 1/2 Uhr nachm.:
Extrafahrt
nach Seebad und Restaurant
Preis 40 Pf. **Müggelwerder.** Michaelbrücke.
Für Vereine und Gesellschaften in der Woche freie Fahrt. Einige
Sonntage noch frei. Keddig, Müggelwerder. [52525*]

Willy Trapps
Restaurant zur Untergrundbahn, Treppow
Heute Sonnabend, den 11. Juni cr.: 5400L*
Grosse Italienische Nacht
Feenhafte Beleuchtung.
Elite-Konzert. + Sommernachts-Ball.
Hierzu ladet ergebenst ein
Willy Trapp.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinorplatz. Ruderadorferst. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und **Specialitäten-**
Vorstellung.

Sanssouci.
Kottbuscher Thor — Stat. der Hochbahn.
Täglich im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche
Sänger.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Nach der Soliree: **Tanz.**
Wochentags haben Vor-
zugsplätze, auch die zu den Theater-
abenden ausgegebenen, Gültigkeit.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Neu! Biele bei
Vater Philipp.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Allen Freunden und Bekannten
zur gef. Nachricht, daß ich
Willdenow-Strasse 12 ein
Restaurant eröffnet
habe.
57902* **Emil Irmert.**

Kufekes
Hervorragend bewährt bei Brech-
durchfall, Darmkatarrh, Diarrhoe, Ver-
stopfung etc. Die Kinder gedeihen
vortrefflich und leiden nicht an
Verdauungsstörung.

S. Piket,
Herren- und Knaben-Garderoben,
jetzt 44, Prinzenstr. 44, Laden.
Zeige meiner geehrten Kundschaft hierdurch ergebenst
an, dass ich mein Geschäft von Prinzenstr. 77 in die
bedeutend vergrößerten Räume
44 Prinzenstr. 44, gegenüber dem
verlegt habe. alten Geschäft, 53641*
Monats-Garderobe.

Versandhaus Jacob Katz
Alexanderstr. 1
(gegenüber dem Bahnhof).
Vorzugspreise für Phot. Apparate:
Gnom-Camera, 4 1/2 x 6 mit vollständigem Zu- 2.85 M.
behör. nur
Special-Merkur, 6 x 9 jetat 3.50 M.
Hand-Camera, hochelegant, 9 x 12, für 12 Auf- 12.00 M.
Schüler-Apparat, 9 x 12, mit Stativ u. Objectiv 10.00 M.
Papiermasché-Schalen 10 Pl. * **Kanal-Stativ** 1.50 M.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schlosser
Hermann Lemke
am 8. d. M. gestorben ist.
Seine feinen Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 11. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Plus-Kirchhofes in
Wilhelmberg aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
116/10 Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben unvergesslichen Mannes
Anton Dembicki
sage ich allen Kollegen, Verwandten
und Bekannten, insbesondere dem Ge-
sangsverein „Frei“ meinen tiefgefühlten
Dank. 1874b
Die trauernden Hinterbliebenen.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin, Lindenstr. 69.
Wichtig
für
Schlosser
Dreher
etc. etc.
Praktischer Selbstunterricht
im Gewindefachweiden.
Mit 90 Abbildungen und
65 Tafeln.
Preis 1 M., Porto 10 Pf.

Brosds Gesellschaftshaus
am Damerhofsee.
Inhaber: **H. Degebrodt**
vom Strandbischhof am Müggelsee.
Empfehle Fabriken, Vereinen und
Korporationen für Sommervergügen
und Ausflüge mein großartig gelegenes
Festzelt. Zwei große Säle, Hallen,
genügende Nebenräume, Belustigungen
aller Art. Constante Preise.
H. Degebrodt.

Josef Fischer
Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 34, Brombergstr. 19/20
Preise ab Platz von 10 Ctr. an
La Has, Salon-Beifalls 7* p. Ctr. 85 Pf.
La Henckels Werke, do. 6u.7* . 80
La Sontenberger, do. 6u.7* . 70
Anna, Adler, Mario, 70
Industrie-Beifalls, Halbsteine . 65
Druck-Beifalls 60
Frei Keller dr. Ctr. 10 Pf. mehr.
Steinbohlen, Gascoats, Anthracit, Holz
zu billigsten Sommerpreisen.
60 Handwagen verleihe zu Kohlen.

Herren-Anzugstoffe, Kette,
empfiehlt spottbillig 52182*
Tuchhandlung Ferd. Scholz,
Reinickendorfer-Weid, Eichbornstr. 64

Grosse Freiburger
Dombau-Lotterie.
Ziehung 6.-9. Juli 1904.
Hauptpr.: 100 000, 40 000,
20 000, 10 000 usw. 5344L*
Orig.-Lose 3.30 Porto u.
J. Racher, Haupt- u. Kollektur, Mainz.
Liste 30 Pf.

Steife Herren-Filzhüte
in grau und braun, 5310L*
feine Qualität m. Atlasfutter,
Stück 1,25 Mark,
im Hut-Engros-Lager
Neue Königstr. 48, ein
Troppo.

Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer,**
nur **Mariannen-Strasse 2.**
Bereits-Grünze, Palmen- u. Blumen-
Arrangements, Bouquets, Girlanden
usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Kranz- und Blumenbinderei
H. Rodewald,
von Alexandrinenstrasse 1a.
Räume mit Bildungsstellen,
Arrang. zu Festlichkeiten, Bouquets,
Topfgewächse jeder Art zu preiswert.

III. Wahlkreis!

Dienstag, den 14. Juni, abends 8 Uhr, im großen Saale von Buggenhagen (am Moritzplatz):

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Frauen-Stimmrecht und Socialdemokratie. Referentin: Genossin Lily Braun. 2. Diskussion.
In Anbetracht des Internationalen Frauen-Kongresses und der Aktualität dieser Frage erwarten zahlreiche Besucher
Die Vertrauensleute.

Holzbildhauer

des Westen, Südwesten u. Süden.

Montag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Habels Brauerei-Ausschank, Bergmannstr. 5-7:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Kollegen der besseren Geschäfte zu einer 10prozentigen Lohnhöhung? 2. Eventuelle Beschäftigung über Eintreten in eine Lohnbewegung.
Der höchst wichtigen Tagesordnung halber fordern wir jeden Kollegen, ob organisiert oder nicht organisiert, auf, pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen.
Das Erscheinen sämtlicher in Frage kommenden Kollegen erwartet
Die Agitations-Kommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3353.
Mittwoch, den 15. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Öffentliche Versammlung der Bauanschläger Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Das Verhalten der Arbeitgeber zu unserer Tariffrage und welche Folgerungen ergeben sich daraus für uns. Referent: Cohen. 2. Diskussion.
Alle Berufs-Kollegen, ob organisiert oder nicht, sind zu dieser Versammlung eingeladen. Sämtliche Bauarbeiter werden ersucht, die auf den Baustellen arbeitenden Anschläger auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.
Montag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:

Versammlung der Former und Berufsgenossen Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung:
1. Unsere Berufsstatistik und deren Ergebnis. Referent: Kollege Hermann Zornicke. 2. Diskussion. 3. Differenzen in den verschiedenen Gewerkschaften. 4. Verbandsangelegenheiten und Beschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß in dieser Versammlung die Broschüre über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Former und Gießereiarbeiter Deutschlands zur Ausgabe gelangt.
Montag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Zühlke, Denuewitzstr. 13:

Bezirks-Versammlung für Westen und Schöneberg.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
Montag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Germania-Sälen, Chausseestr. 103:

Bezirks-Versammlung für den Norden.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Chajes: Tuberkulose und Metallarbeiter. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.
Sonntag, den 18. Juni 1904

Großes Sommer-fest im Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Direktion: Bornh. Ross Kapellmeister Emil Müller Regie: Heinr. Richter veranstaltet von den

Vertrauensleuten des Nordens.

Die Kaffeelücke ist von 2-5 Uhr geöffnet.
Um 9 Uhr: Fackel-Polonaise, wozu jedes Kind eine Stollaterne gratis erhält.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 4 1/2 Uhr. Billet 20 Pf.
Die Ortsverwaltung.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(Eingeschriebene Kasse Nr. 3 Hamburg.) Ortsliche Verwaltung Berlin F.
Sonntag, den 12. Juni 1904, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung bei Wernau, Schwedterstr. 23/24.
Tagesordnung: 1. Wahl der gesamten Ortsverwaltung, der Beitragsammler und des Vertrauensarztes. 2. Verschiedenes.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 18. Juni unser diesjähriges Sommerfest zum Besten unserer Invaliden im Frobels-Museum-Theater, Schönhauser Allee 148, stattfindet.
Das Sommerfest wegen werden die Beiträge Montag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, in unseren Zahlstellen entgegengenommen.
183/6 Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Dachdecker.

Filiale Berlin.
Sonntag, den 12. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum Streikfonds. 2. Wahlstimme zur Arbeitslosen-Unterstützung. 3. Verbandsangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
54/15 Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung.
in Habels Brauerei-Ausschank, Bergmannstr. 5-7.
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren. 2. Bericht der Wahlkommission u. Ersatzwahl eines Mitgliedes. 3. Komites-Wahl zur Arrangierung von Festlichkeiten. — Mitgliedsbuch legitimiert. — Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.
Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Duffitenstr. 40:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Wollheim über: „Staatshilfe und Selbsthilfe“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen mit ihren Frauen ist erwünscht.
NB. Der Arbeitsnachweis Südost befindet sich vom 15. Juni ab bei Tschacksch, Nannynstr. 6.
Sonntag, den 31. Juli:
Dampferpartie nach Müggelheim.

Billets a 1,25 M., Kinder unter 6 Jahren 50 Pf. für hin und zurück sind in allen Zahlstellen sowie beim Vorstehenden W. Nitschke, Stopeniusstr. 5, zu haben. 146/15 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Einsetzer. Achtung!
Sonntag, den 12. Juni, vormittags 10 Uhr präcise, finden in den bekannten Lokalen die Bezirkssitzungen statt. Hohe Beteiligung erwartet 65/6 Die Kommission.

Montag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 2:
Kommissionssitzung.
Der Obmann.

Rote + Lotterie.

Ziehung schon 15., 16., 17. Juni. — 6023 Gewinne i. W. v.

170,000 Mark.

Hauptgewinne i. W. v. Mark
50,000, 20,000, 15,000, 10,000 etc.

Originallose à 3 Mk. Porto und Liste 30 Pf.

Oscar Bräuer & Co. Nachf., S.m.B.H.

Bankgeschäft, BERLIN W., Friedrichstrasse 161.
Filialen: NW, Wilsnackerstr. 63. — O., Andreasstr. 46a. — SO, Oranienstr. 177. (1903/4)

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

Mein-Verlauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe. Halbbare Blot-Laschen. Große Hüften umfaßt. Die Hose
bei Entnahme von 6 Stück 25 M. 4 M. 50
Schblaues Monteur-Jackett 1 M. 90
Schblaues Monteur-Hose . . . 1 M. 50
Schblaues Monteur-Jackett
Prima Röper-Gewebe . . . 2 M. 50
Schblaues Monteur-Hose
Prima Röper-Gewebe . . . 2 M. 10
Manchester-Hose 8,75, 5,50, 4,50, 3 M. 50
Gefütterter Manchester-Jackett 14,50 8,75
Weißer Felleur-Jackett 3,50, 2 M. 75
Ronditor-Jacken, Zwelfig . . . 4 M. 50
Maier-Hütel . . . 3,-, 2,50, 2 M. —
Mechaniker-Hütel (Braun) 3,-, 2 M. 40
Weißer Leder-Jackett, Zwelfig
7,50, 3 M. 75
Weißer Lederhosen . . . 4,50, 2 M. 90
Felleur-Hütel, blau, nach Vorschrift 5 M. 50
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 21a/25, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 23. Preisliste 1904 wird kostenlos und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Hüteln die Brustweite anzugeben. 47072*
— Versand von 20 M. an franco. —

Nachdruck verboten!

Kinderwagen

neu! hochlegant! unverwundlich und beispiellos billig, weil direkt v. der Fabrik, großen technischen Kinderwagenfabrik J. Treibler, Grimms 134 Mein Katalog Deutscher Katalog, gegen Bar mit 10% Rabatt, od. bequeme Teilzahl. gewünscht.

Dr. Schönemann

Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
Bodenfags 1/2, 12-1/3, 1/6-1/8.

WURM'S NaturAroma Limonade IN PASTA

gibt Er-Quick-Dich zu

2 Glas 10 S

Citronen in Zuckerconcentrat. Genußlich geschickt.

erhältlich in den Colonialwaren-, Drogen- etc. Handlungen
Glasweise à 10 S in den Restaurationen.

Adresse nur für Wiederverkäufer: Apotheker A. Wurm, SO, Michaelkirchstr. 20. Amt 4 Telephon 2745.

